

Wormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Druckerei: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 17. April 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Druckerei: Amt IV, Nr. 1983.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
eine oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Inserate
und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellengefüge und Schließ-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis vierteljährlich 1,10 M., monatlich 30 Pfg., freier Postzuschlag.
Einzelnnummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die türkische Wirrnis.

Truppentransporte aus Saloniki sind auf dem Wege nach Konstantinopel. Die Jungtürken geben den Kampf um die Nacht noch nicht auf. Ganz Mazedonien steht zu ihnen, die Truppen des zweiten und dritten Korps (die fast die Hälfte der ganzen Armee ausmachen, da sie statt der zwei Divisionen, aus denen das Korps normalerweise bestehen soll, drei und vier haben) sind ihnen treu, die Bevölkerung ist für ihre Sache entflammt, Tausende von Freiwilligen — auch aus den christlichen Volksteilen — lassen sich zum Marsch nach der Hauptstadt, zum Kampfe gegen die Reaktion anwerben. Ziehen die führerlosen Truppen der Gegenrevolution nicht vor, sich zu unterwerfen, so ist der Bürgerkrieg nur noch eine Frage von Tagen oder gar Stunden.

Also melden die Telegramme aus Saloniki. Ob sie die Tatsachen getreu und ungesäubert wiedergeben? Ob die Truppen wirklich zuverlässig bleiben werden, wenn es zum Bürgerkrieg, zum Kampfe gegen Volks- und Glaubensgenossen kommt? Nur die Tat kann darüber Gewissheit geben. Noch läßt sich die Frage, ob die Jungtürken Aussicht haben, die verloren gegangene Macht wieder zu erringen, nicht beantworten.

Auf jeden Fall hat der 13. April allen Augen enthüllt, auf welch schwachem, unsicherem Fundament ihre Herrschaft aufgebaut ist. Und an der Unsicherheit ihrer Stellung würde auch ein zweiter Sieg, eine Wiederholung des großen Erfolges der Erhebung von Saloniki im Vorjahre nichts ändern können. Die Umbildung der Türkei zu einem modernen Staat ist eine Riesenaufgabe; die Schwierigkeiten, die sich im ottomanischen Reiche der Partei der Revolution entgegenstellen, sind gewaltig an Zahl und Gewicht. Wären die Machtmittel des Staates, besser der herrschenden Klassen, mit denen eine Revolution zu rechnen hat, in Westeuropa um vieles stärker und zahlreicher sein als in der bankrotteten Türkei mit ihrer korrupten Bureaucratie, unvergleichlich gefährlicheren Hindernisse erwachsen der türkischen Revolution in dem tiefen Stände ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und der damit verbundenen Rückständigkeit der Bevölkerung des Landes, wozu noch die nationale und religiöse Zerrissenheit kommt, die zum Teil von nicht unbedeutenden Unterschieden des Kulturgrades begleitet wird.

Der 13. April hat offenbart, was schon vorher aus mancherlei Anzeichen zu schließen war — daß die siegreiche jungtürkische Revolution die Revolution einer Minorität war. Einer kleinen Minderheit. Sie siegte, weil alles in dem unglücklichen Lande — von den wenigen Nutznießern des Abdul Hamidischen Blut- und Spionagerégiments abgesehen — nach Aenderung, nach Besserung dürstete. Daß es gegen die schlendenden, bedrückenden Paschas ging, das genügte, um der Revolution die Sympathie aller zu erwerben. Die Beamten und Soldaten, die ihren Sold nicht erhielten und denen eine ehrliche Regierung versprochen wurde, die pünktlich zahlen werde, die Handwerker und Bauern, denen das Ende der Bureaucratie willkür verhießen wurde, sie alle begeisterten sich für die nebelhafte Verfassung und die noch nebelhafteren Reformen. Daß es nur besser werden könne, wenn die Schar der großen Diebe aus der hohen Pforte verschwinde, das erkannten sie wohl. Aber was geschahen müsse, um die Wiederkehr der Gauner oder ihre Ablösung durch Gesellen gleichen Wertes zu verhindern, darüber hatten die meisten wohl nur sehr verschwommene Vorstellungen, wenn sie mit Nachdenken darüber überhaupt ihr Gehirn beschwerten.

Die Aufgabe der Jungtürken war es, diese unklaren Massen an die Revolution zu fesseln, indem sie ihre Interessen mit dem Wert der Revolution verknüpften. Indem sie nicht durch Worte allein, sondern auch durch Taten die Bevölkerung über den Wert der neuen Ordnung aufklärten. Sie haben es nicht vermocht.

Objektive und subjektive Hindernisse standen ihnen dabei im Wege. Die Verhältnisse in diesem Staate sind dermaßen verfahren und verworren, daß eine glatte Auflösung des Ananels schier unmöglich ist. Jede Reformmaßregel mußte Unzufriedenheit schaffen, da an jedem lang eingetresenen Mißbrauch eine ganze Klientel hing. Schon in den ersten Wochen der jungen Revolution gingen die Demonstrationen der entlassenen Beamten und Offiziere an, die bei rationeller Regelung der Verwaltung überflüssig wurden. Kultur- ausgaben drängten und die Mittel fehlten; das Vorgehen Oesterreichs und Bulgariens zwang die Regierung zu militärischen Rüstungen. An eine Herabsetzung der drückenden Steuern war so nicht zu denken. Selbst wenn die Jungtürken daran gedacht hätten, das Los der ausgefogenen Bauern zu erleichtern — ob sie es taten, ist sehr zweifelhaft — so würden sie es nicht gekonnt haben, da sie kaum wußten, woher die Mittel zur Zahlung der Beamtengehälter und des Soldaten- solds nehmen. Neue Steuerquellen aber ließen sich nicht leicht erschließen. Die Inhaber der tragfähigen Schultern mußten den Jungtürken als die wertvollsten Stützen ihrer Macht erscheinen, da sie ihnen sozial viel näher standen als die Masse der Bauern und Proletarier. Zudem ist das feuer- kräftige Kapital zum größten Teil in der Hand von Aus- ländern, und ihre schärfere Heranziehung zu den Staatslasten

verhieß Konflikte mit dem Auslande, dessen Unterstützung oder wohlwollende Neutralität man nötig brauchte. So ist es offenbar nicht gelungen, dieser große ausländische Erwerbs- gesellschaften, die sich unter dem alten Regime durch scham- lose Bestechungen das Recht auf gehörige Steuerhinterziehungen erkauft hatten, nachträglich zur Erstattung des zu Unrecht dem Staatsfiskus Entzogenen zu zwingen.

Zu diesen Schwierigkeiten kommen nun jene, die aus den nationalen, religiösen und kulturellen Unterschieden in der Bevölkerung entspringen. Türken, Albanesen, Griechen, Armenter, Kurden, Araber wohnen im Rahmen dieses Staates zusammen. Ihre wirtschaftliche Position, ihre kulturelle Entwicklung, ihre Anschauungen sind mannigfach verschieden. Von einer Volksmasse mit in der Hauptsache gleichgearteten Interessen ist keine Rede. Eine Maßregel, die einem Bevölkerungsteil nützt, schadet dem anderen. Was dem städte- bewohnenden Griechen höchst vernünftig und erfreulich erscheint, ist dem noch halbbarbarischen Bewohner der albanischen Berge höchst widersinnig und verhaßt. Einer der hervor- stichendsten und überraschendsten Erfolge der Revolution war die schnelle Befriedung Mazedoniens, das Erlöschen der Wandenkämpfe. Erklärlich wird es aus dem Umstande, daß der Feind der Jungtürken auch der Feind der christlichen Nationalitäten war. So konnte in den Hüttenwochen der Revolution das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller ent- stehen, die die Mißstände des alten korrupten Régiments abwerfen wollten, im Austausch des Erfolges die Verbrüderung der Muselmanen und Christen sich vollziehen. Nicht lange, und es stellte sich heraus, daß man für verschiedene Ziele gekämpft hatte, daß die Jungtürken nicht daran dachten, den Bulgaren, Serben und Griechen völlig freie Bahn für ihre nationale Entwicklung zu geben, wie sie forderten, daß die neuen türkischen Herren im Gegenteil den Nationalitäten am liebsten auch noch die Schulen genommen hätten, die sie schon unter dem Absolutismus erhalten hatten.

Gleichzeitig aber stießen die Jungtürken nun auf die Hindernisse, die die religiöse Gebundenheit der Muselmanen für das Reformwerk bedeutet. Der Europäer kann sich von der Macht der religiösen Gefühle im Orient einen unvoll- kommenen Begriff machen, wenn er sich die Gewalt vergegen- wärtigt, die die katholische Kirche auf die Gemüter ihrer Gläubigen ausübt. Wenn die religiöse Ideologie im Westen noch so stark ist, daß sie große Arbeitermassen über ihre Klassenlage hinwegtäuscht und im Gefolge einer Partei er- hält, die ihre Interessen ständig verrät, um wie viel ge- waltiger müssen ihre Wirkungen dann in dem kulturell tiefer stehenden Orient sein, wo diese Wirkungen noch vielfach ge- steigert werden durch den Umstand, daß die Religions- unterschiede zugleich Klassen- und Nationalitätenunterschiede sind und daß die Befenner des Islams die herrschende Ratio- nalität bilden. So manche überlebte und schädlich gewordene Einrichtung, die dem Reformwerk zum Opfer fallen mußte, ist infolge der innigen Verbindung des materiellen und religiösen Lebens mit dem Heiligenschein einer durch die Religion gebotenen Institution umgeben — das Scherriagefetz ist ein Beispiel davon. So kann es den Reaktionen nie schwer fallen, die Revolution des Frevels am Heiligen zu be- zichtigen.

Das sind die außerhalb des Jungtürkentums liegenden Schwierigkeiten ihrer Aufgabe; vermehrt werden sie durch die in ihm selbst liegenden. Die Jungtürken bilden die dünne Schicht der Intelligenz des Landes. Den sogenannten unteren Klassen der Bevölkerung sind sie durch ihre euro- päische Bildung entfremdet — am nächsten stehen sie den Besitzenden. Da die Klassengegenstände noch nicht scharf ausgeprägt sind, werden die Jungtürken sich als die Vertreter der gesamten Bevölkerung fühlen und, wie es die Bour- geoisie Westeuropas in ihren Kämpfen getan hat, ihre Inter- essen für die Interessen der Gesamtheit nehmen und mit der Erfüllung ihrer Forderungen alle berechtigten Forderungen erfüllt glauben. Darauf deutet schon ihr Programm hin, das außer staatsrechtlichen Forderungen eigentlich nichts von Belang enthält. Auch dieser Umstand hinderte die Ver- schmelzung der revolutionären Minorität mit der Masse der Bevölkerung.

So war die Revolution der Jungtürken nicht bloß zu Anfang die Revolution einer Schar von Verschworenen, so blieb es auch ihr Regiment. Bis in die letzten Tage hinein haben die Jungtürken durch geheime Komitees und durch allerlei Mittel der Geheimpropaganda geherrscht. Das ist die — historische bedingte — Schwäche ihrer Stellung.

Ein nochmaliger Sieg der Jungtürken ändert an alledem nichts, und deshalb bleibt auch in dem Falle, daß demnächst die Truppen Mazedoniens die Weiterer von Konstantinopel zu Paaren treiben, das Schicksal der jungtürkischen Reform- arbeit höchst unsicher und ungewiß.

Die wichtigsten Meldungen vom Tage sind die folgenden:

Konstantinopel, 15. April. Wie verlautet, hat der Sultan dem liberalen Abgeordneten Ismail Kemal gegenüber erklärt, was auch kommen möge, er werde an der Verfassung fest- halten, da er in der Verfassung die einzige Hoffnung für das Wohl des Reichs erblicke. Der bisherige Militärattachee in Berlin, Emver Bey, soll an der Grenze ver- haftet werden. Im Laufe des gestrigen Tages sind in den Straßen drei Offiziere erschossen worden.

Gerüchten zufolge sollen sich die Batterien der Dar- danellen in den Händen der Jungtürken be- finden.

Wie die Blätter melden, hat die Regierung über Adana (Kleinasien) den Belagerungszustand verhängt.

Konstantinopel, 15. April. Nachmittags entstand in Galata eine neue Panik. Soldaten begegneten dem Kapitän des Kreuzers „Asar-i-Tewfik“, umringten und mißhandelten ihn und führten ihn schließlich in einem Wagen vor das Hilizpalais. In unmittelbarer Nähe der Hamidie-Moschee wurde der Kapitän an einen Baum gebunden und mit Bajonetten durchbohrt. Der Sultan, von den Soldaten fürnehmlich gerufen, sah weinend vom Balkon des Palais aus dem ganzen Vorgange zu. Daß Motiv des Mordes ist angeblich, daß der Kapitän Befehl gegeben hatte, die Kanonen des Kreuzers gegen den Hiliz sowie die Pforte zu richten.

Konstantinopel, 16. April. Der Kriegsminister hat gestern zahlreiche Unteroffiziere und Soldaten verschiedener Regi- menter versammelt und ihnen empfohlen, keinen Unterschied zwischen den aus den Mannschaften und den aus den Schulen hervorgegangenen Offizieren zu machen. Er hat sie zur Einhaltung der Disziplin aufgefordert und versprochen, daß alle Offi- ziere mit schlechter Führung entlassen würden.

Konstantinopel, 16. April. Die Vereinigung der Ulema hat an die Kammer und an die Nation eine Prokla- mation erlassen, welche besagt: Angesichts der Furcht einiger Deputierten für ihr Leben und angesichts ihrer Demissionsabsicht sowie der Furcht der Bevölkerung vor einer Rückkehr des Absolutis- mus wird erklärt, daß das Verfassungsregime nicht gegen das Scherriagefetz verstößt. Die Ulema-Verein- gung hat nicht vergessen, daß unter dem Absolutis- mus die islamitischen Bücher verbrannt wurden. Sie will daher vereint mit der Kammer, welche das Scherriagefetz beobachtet, die Verfassung bewachen und erklärt, daß die Ulema und die Nation zu den mohammedanischen und den christlichen Deputierten außer den Geflüchteten, welche des Mandats verlustig erklärt werden, volles Vertrauen haben. Sie werden jedoch diejenigen De- putierten, welche künftig flüchten würden, als Landesverräter betrachten. Die Ulema bitten die glori- reichen Truppen, Ruhe und Gehorsam zu beobachten, und nach dem Rate der Ulema zu handeln.

Konstantinopel, 16. April. Das Amtsblatt stellt in Abrede, daß Truppen anderer Korpsbereiche herbeufen worden seien. — Der Sultan hat für die geistlichen Seminarschulen 10 000 Pfund gespendet.

Konstantinopel, 16. April. (3 45 Uhr nachmittags.) Soeben ist in dem belebtesten Stadtteile von Pera eine neue Panik entstanden. Eine Gruppe von herziehender Marine- soldaten, die den Passanten Wertfächer entrißen, wurde von einem Trupp Salonikier Jäger verfolgt. Da die Marinesoldaten die Flucht ergriffen, gaben die Jäger Feuer und töteten dadurch einen unbeteiligten Passanten. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß trotz der gegenteiligen Versicherung des Kriegsministers die Vorgesetzten den Truppen gegenüber immer noch machtlos sind. Die Be- völkerung ist von neuem erregt. Entgegen anderen Mel- dungen verlautet aus besser Quelle, daß in der Tat mehrere Truppentransporte aus der Provinz nach Kon- stantinopel unterwegs sind.

Konstantinopel, 16. April. Trotz der relativen Ruhe herrscht über die künftige Entwicklung der Dinge die größtmögliche Ungewißheit. Die gesamte hiesige Garnison verbleibt vor- läufig ohne Offiziere. Diese halten sich verborgen und scheuen jede Verbindung mit der Truppe. Nur die direkt aus dem Mannschaftenstande hervorgegangenen Offiziere sind bei ihren Cadres verblieben. Auf den Geist der Armee wirkt dies Verhalten nicht gerade günstig. Man hat das Gefühl, die Epoche der Janit- scharen, welche den Sultanen ihren Willen aufzuzwingen ver- standen, habe eine Regeneration erlebt. Auch die gestrigen Demon- strationen der Marinesoldaten, welche die Absetzung des neuen Marineministers ausriefen, bestärkt diese Ansicht. Eine Persön- lichkeit, welche die Auffassung und die Absichten des Sultans wiederzugeben in der Lage ist, äußerte: Die dem Sultan im Juli ausfoktroierte Verfassung ist durch das vorgestrichene kaiserliche Ferman vom Sultan aus freien Stücken bestätigt worden. Die Verfassung wird vom Sultan durchaus respektiert, aber möglicherweise in strikterem Sinne interpretiert werden. Auf die Frage nach einer Erläuterung dieses Wortes erwiderte der Gewährsmann, die Kammer solle einen mehr repräsentativen als parlamentarischen Charakter annehmen.

Die Stimmung in Mazedonien.

Saloniki, 16. April. (Meldung des Wiener I. Z. Tel. Kor- poreau.) Aus allen großen Provinzhäupten wird gemeldet, daß man das neue Kabinett nicht anerkennt und bereit sei, die stärksten Maßregeln zu ergreifen und sich dem Marsch nach Konstantinopel anzuschließen. Oberalbanien stellt 20 000 Mann zur Verfügung (?). Nizim Bey ist von Konastier bereits mit einem Bataillon hier eingetroffen. Der Zentralrat des Komitees für Einheit und Fort- schritt wurde wieder nach Saloniki verlegt. Die Anwerbung von Freiwilligen und deren Bewaffnung wird eifrig fortgesetzt.

Pera, 16. April. Ein Militärzug mit 17 Wagen Sol- daten, einem Wagen Offiziere und acht Wagen mit Pferden ist gestern abend um 10 1/2 Uhr von Saloniki abgegangen. Ein zweiter Militärzug, von Konastier kommend, ging heute früh 6 Uhr von Saloniki ab. Dieser führt 15 Wagen Sol- daten, zwei Wagen Offiziere, zwei Wagen Pferde und zwei Wagen

Effekten. Die vorläufige Bestimmung beider Züge sind die Festungswerke Tschataldcha, wo der erste Zug morgen früh, der zweite Sonntag früh eintreffen wird. Der dies Militär hierher beordert hat, weiß kein Mensch. Die Annahme, daß es vom Kriegsmilitär herangezogen wird, um es mit den Reutereern vom Dienstag zu vertauschen, ist unwahrscheinlich. („Tag.“)

Konstantinopel, 16. April. Depeschen aus Saloniki und Monastir bestätigen, daß die dortigen Garnisonen über die Vorgänge in der Hauptstadt empört und entschlossen sind, die Fahne des Komitees hochzuhalten. („Frankf. Ztg.“)

Sofia, 16. April. Man glaubt, daß die Truppen von Saloniki versetzt werden, gegen die Aufständigen vorzudringen. Infolgedessen ist es möglich, daß die bulgarische Regierung militärische Maßregeln ergreift.

Saloniki, 16. April. Man befürchtet infolge englischer Unterstützung ein Aufleben der bulgarischen Vandalentätigkeit. Einzelne bulgarische Vandalen tauchen hier auf. Die Stimmung ist unüberändert. Alle Provinzgarnisonen sind bereit, sich dem Marsch auf die Hauptstadt anzuschließen. Es herrscht große Begeisterung. Das ganze Land protestiert gegen das neue Kabinett.

Die Lage in Kleinasien.

Konstantinopel, 16. April. Die Zahl der in Adana getöteten Armenier beläuft sich auf 80. Ein Deutscher und der Dragoman der englischen Gesandtschaft sind verwundet worden.

Saloniki, 16. April. Die Jungtürkischen Komitees in Sivas, Trapezunt, Brussa und Smyrna dröhnten dem hiesigen Zentralkomitee, daß sie den Abmarsch von Truppen, welcher im Hinblick verlangt werde, mit äußerster Mittelkraft hindern würden. Bei Ankunft des Konstantinopler Zuges wurden gestern zahlreiche Verdächtige auf dem Bahnhof verhaftet. („Tag.“)

Konstantinopel, 16. April. Im Laufe des morgigen Tages werden aus Saloniki zwei Eisenbahnzüge mit zusammen 1600 Mann Militär hier eintreffen. Die Truppen werden in der Umgebung der Hauptstadt Stellung nehmen und mit der Garnison von Konstantinopel verhandeln. Gegebenenfalls wird die Hauptstadt angegriffen werden. Man vermutet, daß die Truppen unter Führung von Enver Bey stehen. Auch aus Serres werden Truppen erwartet.

Zentrumstaktik.

In geschichtlicher, strupelloser Demagogie ist das Zentrum allen seinen Gegnern über. Das beweist wiederum der neueste Wechsel seiner Kampfesaktive gegenüber dem Bloch und dem jetzigen Stand der Reichsfinanzreform-Kompromisselei. Als die Regierung dem Reichstag ihren Nachlasssteuerentwurf vorlegte und die Agrar-Konservativen gegen diese alsbald eine wütende Kanonade eröffneten, da erklärten sich auch die Säupter der Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ energisch gegen die den Bauer in den Ruin treibende und das germanisch-christliche Familienleben vernichtende Nachlasssteuer, denn vielleicht bot sich auf diese Weise die günstige Gelegenheit, den Bloch zu sprengen und wieder die Konservativen zu einer Koalition mit dem Zentrum zu bewegen.

Der Plan schien auch zu glücken. Herr Herold als Vertreter des Zentrums in der Finanzkommission operierte recht geschickt und schon war die Liberal-konservative Steuerkompromisselei halb fertig, als der um seine Stellung bangende, die Rechte der Zentrumsgläubigen fürchtende Kanzler dazwischen fuhr und erklärte, die Reichsfinanzreform nur mit dem Bloch machen zu wollen. Aus seinen schönen Hoffnungen gerissen, eröffnete das Zentrum zunächst durch seine Presse ein scharfes Gefecht gegen den Kanzler, dann aber wechselte es, da es einsah, auf diesem Wege nicht zum Ziele zu gelangen, seine Stellungnahme zur Nachlasssteuer — besonders als es fand, daß diese in den Kreisen der kleineren und mittleren Beamten sowie im gewerblichen Mittelstand auf manche Sympathien stieß. Es erklärte jetzt, keine Politik der Raube oder Verdrängerung treiben zu wollen. Wenn die Nachlasssteuer in eine Erbschaftsteuer umgewandelt und der kleine ländliche Grundbesitz gespart werde, dann sei es auch unter gewissen Umständen und Bedingungen für die Ausdehnung der Besteuerungspflicht auf direkte Nachkommen und Ehegatten.

Jetzt, nachdem in den letzten beiden Wochen die Bewegung für die Erbschaftsteuer immer größere Dimensionen angenommen hat, und das Zentrum sieht, daß auch wahrscheinlich ohne seine Hilfe die Erbschaftsteuer im Reichstage zur Annahme gelangen wird, wechselt es wieder seine Taktik. Jetzt gebärdet es sich als die demokratische, um das Wohl der unbemittelten Volksklassen aufs äußerste besorgte Partei und erklärt, daß nicht nur die geplante Erbschaftsteuer viel zu winzig ist und so gestaltet werden muß, daß sie dem Reiche mindestens 100 Millionen Mark einbringt, sondern daß auch außerdem der Besitz noch mit 150 Millionen Mark belastet werden müsse, damit durch die Verbrauchsteuern nur ungefähr 250 Millionen Mark aufgebracht zu werden bräuchten. So schreibt z. B. die „Germania“:

Die Eydowische Vorlage ging davon aus, daß von 500 Millionen zunächst 150 Millionen durch den Besitz allein aufgebracht würden und dann weitere 100 Millionen in erster Linie durch die bestehenden Kreise; die andere Hälfte von 250 Millionen Mark hätte der Massenverbrauch zu tragen. Diese Verteilung ließ sich im Kerne sehen: halb und halb ist immer eine gute Regel. Die 150 Millionen Mark Besitzsteuern sollten der Ausbau der Erbschaftsteuer und die erhöhten Matrifularbeiträge einbringen, davon allein 62 Millionen durch die verschiedenen Erbschaftsteuern. Von den indirekten Steuern aber sollten in erster Linie den Besitz treffen: Weinsteuern (20 Millionen), Elektrizitätssteuer (50 Millionen), Inzertalensteuer (35 Millionen). So war es die Absicht der Regierung; in den Motiven und Entwürfen kommt dies sehr deutlich zum Ausdruck. Wenn nun auch die Form dieser indirekten Steuern nicht so gewählt worden ist, daß sie den Besitz trafen, so ist doch der Gedanke gut, der Gedanke nämlich: neben den eigentlichen Besitzsteuern noch 100 Millionen Verbrauchsteuern den bestehenden Kreisen aufzulegen. Dieser Kern der Regierungsvorlage ist gut; aber er steht in Gefahr, verloren zu gehen. Denn gerade diese indirekten Steuern sind abgelehnt worden; dagegen haben die meiste Aussicht auf Annahme jene indirekten Steuern, welche die allerärmsten Volksklassen treffen: Steuern auf Bier, Branntwein und Tabak. Das bedeutet eine erhebliche Verschlechterung des Grundgedankens der Vorlage, eine Verschlechterung zu Ungunsten der Armen; denn was man bisher als Erbschaftsteuer nannte (Kaffeezoll, Rindholzsteuer) trifft gerade diese Kreise wiederum. Wir erheben daher die Forderung: zurück zum Grundgedanken der Regierungsvorlage, welche die Hälfte der neuen Steuern den bestehenden Kreisen aufzulegen will. . . . Aber bisher hat die Reichstagsmehrheit in der umgekehrten Richtung gearbeitet: Sie tat alles, um den Besitz zu schonen und die Armen zu treffen. Dieser Vorwurf trifft nicht so sehr die Konservativen, als die Liberalen, die sich zuerst auf die unmögliche Reichsvermögenssteuer verließen.

Aber dadurch wurde „erreicht“, daß die Summe der Besitzsteuer immer kleiner wurde, und daß am Ende von den 250 Millionen der Regierungsvorlage keine 40 Millionen Mark auf dem

Besitz mehr hängen blieben. Das hat der Reichstag mit seiner wunderbaren Taktik fertiggebracht; der Berliner Tiergartenfreisinn kann ihm dafür dankbar sein. Wir kennen nämlich das neue Kompromiß über die Erbschaftsteuer, das allerdings borecht noch keine Mehrheit hat. Aber diese Besitzsteuer bringt keine 40 Millionen Mark ein. . . .

Soll denn der Rest bis zu 100 Millionen Mark auf die Matrifularbeiträge genommen werden? Woher sollen die anderen 150 Millionen Mark Besitzbesteuerung kommen? Oder sollen nur die armen Kreise Steuern bezahlen?

Und in gleichem Sinne schreibt die „Köln. Volksztg.“:

„Deshalb kann man die Einnahme aus der Erbschaftsteuer auf die Anfälle an Kinder und Ehegatten (ebenso wenig wie die aus der Nachlasssteuer) nicht als eine genügende Belastung der Leistungsfähigen (des Besitzes und der großen Einkommen) ansehen, welche die Auflegung von 400 Millionen Mark Steuern auf die Bedürfnisse des Mittelstandes und der Arbeiter rechtfertigen würde. Nichtiger würde es sein, daß man den Bedarf an neuen Steuern halbiert, und wenn solche wirklich 500 Millionen Mark betragen sollte, dann etwa die Hälfte auf Verbrauchsmittel, die andere Hälfte auf Einkommen und Vermögen legt.“

Dem Zentrum erscheint also jetzt die Erbschaftsteuer als kein genügender Ausgleich der den Unbemittelten zugehörigen Belastung durch die Verbrauchsteuern. Es fordert eine stärkere Heranziehung der Besitzenden durch die Erbschaftsteuer. Hoffentlich bleibt es bei dieser Ansicht und stimmt demnach nicht nur für eine Erhöhung der Erbschaftsteuer auf größere Nachlässe, sondern auch gegen alle Veruche den ärmeren Volksklassen mehr als 250 Millionen Mark Verbrauchsteuern aufzubürden.

Sollte es bis dahin schon seine heutigen grundsätzlichen Forderungen wieder vergessen haben, werden wir es mahnen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. April 1909.

Gut pariert.

Die konservative Parteileitung scheint sehr erobst zu sein, daß die Regierung, müde der Bearbeitung der konservativen Blochhälften durch liebevolles diplomatisches Zureden, jetzt zu schärferen Mitteln greift und gegen die konservativen Feinde der Nachlasssteuer nicht nur die Professoren der königlich preussischen Universitäten, sondern auch allerlei Beamtenvereinigungen, staatliche privilegierte Korporationen und schließlich sogar die Mittelstandsvereine aufmarschieren läßt; denn in einem parteioffiziösen Artikel der „Konservativen Korresp.“ antworten die Wortführer der Agrarkonservativen auf die veränderte Kampfesaktive Bülow's und seiner Kommis damit, daß sie die Frage aufwerfen, wie weit denn die offizielle Reichsfinanzreform die besonderen Interessen des Mittelstandes berücksichtige. In dem geschickt geschriebenen, die Regierung als Vertreterin der Erwerbsinteressen des Großkapitals denunzierenden Artikel heißt es:

„Da ist es denn ganz interessant, einmal zu untersuchen, in welcher Form der Mittelstand durch die Finanzvorlagen der Regierung getroffen wird. Die Deutsche Mittelstandsvereinigung hat vor nicht sehr langer Zeit, am 10. Januar 1909, auf diese Frage selbst eine Antwort gegeben, indem sie in einer Resolution sagte, daß die Vorlagen der veränderten Regierung hauptsächlich die mittleren Erwerbsklassen belasten und das leistungsfähige Großkapital nicht in ausreichender Weise heranziehen. Tatsächlich hat das Reichsfinanzamt bei der Ausarbeitung der Finanzvorlagen die Interessen und Forderungen der mittleren und kleineren erwerbsfähigen Berufsstände, deren Hilfe es jetzt zur Durchführung dieser Vorlagen anruft, nicht im mindesten berücksichtigt. Das zeigt sich ja besonders deutlich bei der Elektrizitäts-, Gas- und Inzertalensteuer, in denen vielleicht ein on sich berechtigter guter Kern stecken mag, die aber in so mangelhaften, jeder Kenntnis des praktischen Lebens entbehrenden Entwürfen vorgelegt wurden, daß sie mit Recht vom gesamten deutschen Mittelstand abgelehnt werden. Was soll man ferner dazu sagen, daß man die verlangten Mehreinnahmen aus der Brausteuern dem Reichstage einfach dadurch glaubte mündgerecht machen zu können, daß man die Erhöhung der bisher bestehenden Steuerföge von 4—10 M. pro Doppelzentner Maß je nach der Höhe des Jahresverbrauchs auf 14—20 M. vorzuschlug? Gewiß eine an sich höchst einfache Maßregel, wenn man gleichmäßig eine Erhöhung von 10 M. ohne Rücksicht auf die Größe der Brauerei vorschlägt, was aber sofort in seiner ganzen Mittelstandsfeindlichkeit erkannt wird, wenn man sich vergegenwärtigt, daß damit eine Erhöhung des Steuerföges für die kleineren und mittleren Brauereien um 850 Proz. für die allergegrösten aber nur um 100 Proz. verbunden ist! . . .

Auch die vorgeschlagene Tabakbanderolesteuer muß als nicht besonders mittelstandsfreundlich angesehen werden. Vor allem deshalb, weil diese Steuerart ein neues Heer von Beamten erfordert, die jeden Kaufmann, jeden Zigarrenhändler, jeden Fabrikanten kontrollieren müssen und daher zur ungeheuren Belastung und Schikane dieser mittleren und kleinen Leute werden. Wir denken doch, daß der Mittelstand schon an Kontrollen, Revisionen und Bewachung der Betriebe über und über genug hat.

Nicht die geringste Spur von mittelstandsfreundlicher Tendenz zeigt sich aber vor allem an der Tatsache, daß das Reichsfinanzamt nur an die Erhöhung von Verbrauchsteuern gedacht hat und völlig an den sonstigen dem Reiche zustehenden indirekten Abgaben vorbeigegangen ist. Es ist und muß den Angehörigen des Mittelstandes völlig unbekanntlich sein, daß man bei einem so hohen Mehrbedarf von 500 Millionen Mark nicht auch eine Erhöhung der Börsensteuer vorgeschlagen hat. — Die außerordentliche Generalversammlung der Deutschen Mittelstandsvereinigung am 10. Januar 1909 hat die Erhöhung der Börsensteuer ausdrücklich gefordert — ob ein Mittelstandsmann sich dagegen wenden würde, wenn statt $\frac{1}{10}$ pro Tausend beim Umsatz von Aktien in Zukunft $\frac{1}{10}$ pro Tausend erhoben würden? —

Was wird das Kanzlerblatt auf diese Abfuhr erwidern? Bisher schweigt es.

Hausmeier-Politik.

Bisher schon gehörte es zu den lächerlichen Eigentümlichkeiten der Bülow'schen Regierungskunst, daß der Kanzler auf jede politische Zustimmung, die ihm irgend ein Stammtisch, Kneipverein oder Sekundaner-Pfeifenklub sandte, sofort mit einer langen gedrechselten telegraphischen Dankagung antwortete und diese dann in seinem Moniteur, der „Nordd. Allgem. Ztg.“, als Beweis dafür veröffentlichte, daß er die ganze deutsche Bevölkerung hinter sich habe.

Jetzt soll diese komische Art der Popularitätshascherei noch weiter ausgedehnt werden. Wie aus der Wilhelmstraße inspirierte Blätter zu melden wissen, wird Fürst v. Bülow am 20. d. M., dem Tage des Wiederzusammentritts des Reichstages, Abordnungen aus ver-

schiedenen Teilen des Reiches zur Entgegennahme von Adressen zugunsten der Reichsfinanzreform empfangen. Man erwartet, daß der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit eine bedeutungsvolle Ansprache halten und noch einmal die für die verbündeten Regierungen leitenden Gesichtspunkte darlegen wird.

Zum Schluß des feierlichen Aktes wird Bülow jedem Teilnehmer eigenhändig seine Photographie mit Unterschrift überreichen.

§ 11 des Pressegesetzes und seine Anwendung.

Der Braunschweiger „Vollstreund“ brachte in seiner Nummer vom 5. Februar d. J. einen Artikel aus dem Harz, der sich mit der Sozialentziehung zu einer Versammlung befahte und dessen Anfang lautete:

„Muß der Mensch alles haben, was er braucht? Ueber dieses Thema wollte Herr Dr. mod. Fehner in Elbingerode einen Vortrag halten.“

Keine Silbe weiter von Dr. Fehner.

Am 18. Februar verlangte der Hilfsbeamte des Landrates, ein Herr v. Herberg, die Aufnahme der folgenden Verächtigung:

„Die in Nr. 30 gebrachte Mitteilung, Herr Dr. med. Fehner in Elbingerode habe auf Anregung von sozialdemokratischer Seite einen öffentlichen Vortrag über das Thema: „Muß der Mensch alles haben was er braucht?“ halten wollen, ist unzutreffend. Der Urheber dieser Mitteilung, der Drechslmeister Heinrich Matthias in Elbingerode, hat sie in dem dort erscheinenden „Harzboten“ öffentlich widerrufen.“

Elbingerode, den 18. Februar 1909.
Der Hilfsbeamte des königlichen Landrates.
v. Herberg.

Diese Verächtigung war mit dem Stempel des Landrats verschlossen und ihre Aufnahme wurde ohne Vornahme von Einschaltungen und Beglosungen unter Berufung auf die §§ 11 und 19 des Pressegesetzes verlangt, wobei noch gnädigst bemerkt wurde, daß Dr. Fehner dann von weiteren Schritten Abstand nehmen wolle.

Der „Vollstreund“ verteidigte die Aufnahme der Verächtigung und sprach in einem Artikel dem Landratsgehilfen als Unbeteiligten die Verächtigung zu einer Verächtigung im Namen von Privatpersonen ab. Er merkte es auch, daß im Interesse einer Privatperson, die auch nicht im entferntesten beleidigt oder in der Achtung herabgesetzt worden sei, die amtlichen Protokollen in Anspruch genommen würden. Die Verächtigung entspräche nicht einmal der pressegesetzlichen Vorschrift, da von Matthias in dem „Vollstreund“ Artikel mit keinem Wort die Rede gewesen sei.

Genosse Brenner als Redakteur des „Vollstreund“ erhielt darauf eine Anklage wegen Uebertretung der §§ 11 und 19 des Pressegesetzes, die am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Braunschweig verhandelt wurde.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte 100 M. Strafe und Aufnahme der Verächtigung. Dr. Fehner habe gegen den „Vollstreund“ einen Antrag auf verleumderische Beleidigung (!) stellen wollen, und da das Landratsamt hierbei von ihm angegangen sei, so habe dieses als beteiligte Behörde zu gelten.

Das Gericht sprach den Genossen Brenner von der Anklage unter Uebnahme der Kosten auf die Staatskasse frei, verfügte jedoch unbegreiflicherweise die Aufnahme der Verächtigung. In der Begründung des Urteils wurde ausgesprochen, daß der Hilfsbeamte des Landrats als beteiligte Behörde anzusehen sei; denn es sei nicht erforderlich, daß eine Behörde selbst angegriffen werde, es genüge vielmehr schon daß eine Behörde glaube, die Interessen des Publikums zu wahren.

Wir haben noch niemals gehört, daß eine Behörde um einer solchen Lappalie willen zugunsten eines Arbeiters eingegriffen hätte. Hier genügt ihr schon eine nichtsagende Notiz über einen Arzt zum Eingreifen.

In der für die ganze Presse wichtigen Sache ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Agrarier und Proletarier als Steuerobjekte.

Der Nachweis, daß die agrarischen Vermögen und Einkommen viel zu niedrig eingeschätzt werden, ist unseren Strohdachflüchtenden begreiflicherweise sehr unangenehm. Die „Deutsche Tages-Ztg.“ bringt fast täglich längere oder kürzere Besprechungen der agrarischen Steuerhinterziehungen. Auch in ihrer letzten Nummer veröffentlicht sie wieder die Zuschrift eines Grundbesizers, die die Tatsache der zu niedrigen Veranlagung zu leugnen sucht. Dabei schreibt der Grundbesitzer selbst:

„Endlich wäre aber hervorzuheben, daß die Einnahme aus landwirtschaftlichen wie aus gewerblichen Betrieben schwankend ist, daß sie nach Vorschrift des Gesetzes also nicht nach ihrem mutmaßlichen normalen Umfange, sondern zu dem Betrage veranlagt wird, den die Einnahme im vorangegangenen Kalenderjahre erreicht hat. Ein Gut, das einen Normalertrag von 20000 Mark zu haben pflegt, aber 1908 nur einen solchen von 4000 M. erreicht hat, wird 1909 eben nur zu einem Einkommen von 4000 M. veranlagt. Daraus kann man doch nicht den Vorwurf böswilliger Unterdeklaration ableiten.“

In der Tat bestimmt das Gesetz, daß bei der Veranlagung des Einkommens aus landwirtschaftlichem Grundbesitz die Einnahme des vorhergegangenen Jahres zugrunde zu legen ist, nur wenn eine kaufmännische Buchführung geführt wird, der Durchschnitt der letzten drei Jahre. Es kann also nach dem obigen Beispiel vorkommen, daß ein Grundbesitzer mit 4000 M. veranlagt ist und tatsächlich 20000 M. Einkommen besitzt!

Die Proletarier dagegen müssen ihr armseliges Einkommen bis zum letzten Pfennig versteuern, da ja die Arbeitgeber verpflichtet sind, der Steuerbehörde genaue Auskunft über das Einkommen aller Arbeiter und Angestellten mit einem Einkommen bis zu 3000 M. zu geben. Selbst wenn ein Arbeiter längere Zeit arbeitslos war, wird er mit dem Einkommen eingeschätzt, das er gehabt haben würde, wenn er voll beschäftigt gewesen wäre. Er wird also niemals zu niedrig, aber oft zu hoch eingeschätzt, und hat dann die größte Mühe, durch Reklamation eine Herabsetzung der Steuer durchzusetzen!

Verflechtung des Prozesses Molke-Garden?

Ueber die Aussichten des für den 20. d. M. vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I angehängten Termins im Prozeß Molke-Garden kursieren in Kriminalgerichtsbau abseits der Beteiligten Kreise in absoluten Stillschweigen. Am Donnerstag wurde die ordnungsmäßige Sitzung der vierten Strafkammer auf einige Zeit unterbrochen, da, wie der Vorsitzende erklärte, ein wichtiger Beschluß zu fassen wäre. Bald danach hatte Landgerichtsdirektor Lehmann eine längere Konferenz mit dem am Mittwoch in Berlin eingetroffenen Verteidiger Gaidens, Justizrat Bernstein-Mündens und dem Vertreter des Nebenklägers Grafen Rolke, Justizrat Dr. Sello. Mit großer Bestimmtheit wird allgemein davon gesprochen, daß der Prozeß mit aller Wahrscheinlichkeit nicht verhandelt werden wird. Als Grund wird hierfür angegeben, daß sich Graf Rolke wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes auf einer Erholungs-

reife befindet. Es heißt, daß er sich in einem österreichischen Bade, nach einer anderen Version in Abbazia, befindet. Ferner verlautet, daß Harden unter keinen Umständen auf das persönliche Erscheinen des Fürsten Eulenburg als Zeugen vor Gericht verzichtet und sich auch nicht mit einer kommissarischen Vernehmung des Fürsten einverstanden erklären will, da sich in der Verhandlung fortwährend Punkte ergeben könnten, die nur durch eine sofortige Auskunft des Fürsten Eulenburg, nicht aber bei einer vielleicht mehrfach zu wiederholenden kommissarischen Vernehmung des Fürsten klargestellt werden können. — Es verlautet ferner, daß Harden für den Fall, daß der Prozeß doch verhandelt werden sollte, einen sehr eingehend begründeten Ablehnungsantrag gegen den Vorsitzenden vor Eintritt in die Verhandlung zum Vortrag bringen wird.

Zeppelin als Vorspann für die neuen Steuern.

Eine Demonstrationsversammlung für die Reichsfinanzreform hatte ein Komitee, zusammengesetzt aus Mitgliedern der liberalen Volkspartei und einer Anzahl Männer mit großen Titeln, für Donnerstagabend in den Viederhallensaal in Stuttgart einberufen. Da man dem Thema trotz ungeheurer Reserven wohl nicht zuviel Anziehungskraft zutraute, hatte man den Grafen Zeppelin, den genialen Erfinder, als Zugstaud der Versammlung ausgeführt. Aber trotz der großen Popularität, die Zeppelin in Stuttgart genießt, hätten noch Hunderte in dem Saal Platz gefunden.

Der erste Referent, Prof. Rindermann, legte sich stark für ein Reichsbraunweinmonopol und für neue Tabaksteuern ins Zeug. Der Hauptteil der Rede galt der Nachschlüsselsteuer. In seinem Eifer, die Nachschlüsselsteuer zu begründen, schmetterte der Referent in den Saal, bei einem Kulturvoll sollte eigentlich nur das durch Arbeit Eroberte als „Reich“ gelten. Auch gefand er, daß nicht nur die Großagrarien Steuerermogelei treiben, sondern auch das mobile Kapital sich wahrscheinlich darauf verstehe. Damit mag er sehr recht haben!

Sodann sprach Reichstagsabgeordneter Sieber. Auch er schlug ziemlich energische Töne an. Jeneß etwas Neues wußte er aber nicht zu sagen. Der Reichstagsabgeordnete Storz (Volkspartei) bemühte sich, das noch schöner und ausführlicher zu sagen, was seine Rede vorher ausgeführt hatten. Neu war, wenigstens in dieser Versammlung, die Empfehlung der Ueberführung der Eisenbahnen in Reichsbefitz. Ganz besonders liebevoll behandelte er die „Panik“ in England über die deutsche Flottenrüstung, den Gedanken einer Inzukunft einer deutschen Luftflotte in England. Er hofft aber, als rosenroter Optimist, daß wenn das Flottenprogramm ausgeführt und die Reichsfinanzreform gemacht ist, dann die finanziellen Verhältnisse des Reiches sich bessern würden. Ueber die Arbeiten der Geschäftsordnungskommission des Reichstags erstattete er Bericht. Und weiter redete er, und redete er, immer darauf los. Die fast verzweifelte Reden tröstete er schließlich mit der großen Volkssache, der Volk werde wahrscheinlich nur Scheintot sein. Der Volk sei zwar zu vergleichen mit einem Wagen, an dem Pferde hinten und vorne angepaßt seien, aber vorwärts komme er doch. Der Redner vergah nur hinzuzufügen, daß die demokratischen Säule dabei rückwärts trappen müssen. Den Schluß machte Graf Zeppelin. Er beantragte, eine kurz vorher bekannt gegebene und ohne Widerspruch gebliebene Resolution für die Reichsfinanzreform durch eine Deputation nach Berlin überbringen zu lassen. Damit war die Versammlung beendet.

Aus dem württembergischen Landtage.

Bei der Beratung des Etats des Innern kam es heute, Freitag, zu einer großen Debatte über Wohnungspolitik. Die Regierung hatte am Grund früherer im Landtage zutage getretener Wünsche den neuen Posten eines Landes-Wohnungsinspektors in den Etat eingestellt. Von der Sozialdemokratie war die Schaffung dieser neuen Stelle lebhaft begrüßt worden, da nur durch eine solche Landes-Zentralinstanz eine einheitliche Wohnungsaufsicht und Wohnungsfürsorge ermöglicht werden kann. Gegen dieses neue, aus Gründen der Sozialpolitik und Wohnungshygiene in gleichem Maße notwendige Amt ließen jedoch Bauernbund und Volkspartei Sturm. Unter dem Vorwande, daß es notwendig sei, den staatlichen Beamtenapparat weniger umfangreich und kostspielig zu gestalten, bekämpfte der Volksparteiler Hauptmann das Eingreifen des Staates in die Wohnungsfürsorge und wollte die Wohnungsinpektion der privaten Fürsorge überlassen wissen. In zwei eindrucksvollen Reden trat Genosse Lindemann diesem Standpunkt entgegen und schilderte eingehend die Wohnungsstände des arbeitenden Volkes. In der Stadt, wo die Mietkassernen dominierte, und ebenso auf dem Lande, das immer mehr industrialisiert werde, sei planmäßige Wohnungskultur zu treiben, und darum müsse ein Landes-Zentralamt geschaffen werden, in dem alle der Wohnungsreform getätigten Bestrebungen ihren Mittelpunkt finden.

Die Abstimmung gestaltete sich infolge des heftigen Kampfes zu einer Entscheidung von sozialpolitischer Bedeutung, bei der die rückständige Haltung der Volkspartei ihr eine empfindliche Schlappe eintrug; denn der Etatartikel wurde mit 45 gegen 37 Stimmen angenommen. Dafür stimmten Sozialdemokratie, Zentrum, 6 Nationalliberale und 3 Volksparteiler; dagegen stimmte das Gros der Volkspartei, der Bauernbund, die andere Hälfte der Nationalliberalen und ein Zentrumsmann.

Der Wahlrechtskampf der preussischen Arbeiter ist großer Unlug.

So hat am Donnerstag das Breslauer Schöffengericht entschieden! 19 Angeklagte hatten sich wegen Teilnahme an den StraßenDemonstrationen vom 31. Januar zu verantworten. Es wurde ihnen zur Last gelegt, auf der Straße „Hoch“ gerufen zu haben. 19 Polizisten aller Grade waren als Zeugen erschienen. Das Gericht erklärte in den Straßendemonstrationen großen Unlug und verurteilte die Angeklagten zu Haftstrafen von drei Tagen bis zu einer Woche.

Ein Angeklagter, der Widerstand geleistet haben sollte, wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte, die sich den polizeilichen Anordnungen gegenüber „ungehorsam“ gezeigt hatten, wurden zu sechs Tagen Haft verurteilt. Ein Angeklagter, der nach Beendigung der Demonstrationen auf offener Straße „Hoch das Wahlrecht“ gerufen haben sollte, wurde zu neun Monaten Geldstrafe verurteilt.

Schweiz.

Die Opfer des Militärmolochs in der kleinen Republik.

Zürich, 14. April. (Fig. Ber.) Das kapitalistische Massenregiment in der schweizerischen Demokratie macht alle Eggel der anderen Staaten in getreuer Nachahmung mit, so die volksfeindlichen Hochschutzzölle, den Militarismus, die Ausnahmegerichte gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei und anderes mehr. Und während die Weisung auf diesen Gebieten geradezu mit Mißgeschehen, werden sozialpolitische Materien, wie die Revision des Fabrikgesetzes, Kranken- und Unfallversicherung, Besoldungserhöhungen für die Bundes- und Staatsbahnangestellten in der unverantwortlichsten Weise jahrelang verschleppt. Augenblicklich bereitet sich der Militärmoloch zu einem neuen Auszug auf

die Taschen des Volkes vor. Es sollen 16 bis 20 Millionen Frank aufgebracht werden zur Neubewaffnung der Infanterie und der Bundesrat will schon in der nächsten Junisession der Bundesversammlung eine bezügliche Vorlage zugehen lassen.

Dabei sind erst in der verflochtenen Märzsession von der Bundesversammlung 6 Millionen Frank zur Anlegung neuer Schießplätze für die Artillerie bewilligt worden, schließt die eidgenössische Staatsrechnung pro 1908 mit einem Defizit von 3 1/2 Millionen und das Budget pro 1909 sieht ein solches von weiteren 5 Millionen vor. Diese Defizitwirtschaft ist um so bedenklicher, als die Bundes-einnahmen fortwährend gestiegen sind und die letzten Zoll-erhöhungen allein die Einnahmen um rund 10 Millionen von 62 auf 72 Millionen gesteigert haben. Die Militärausgaben betragen 1874 erst 6,84, 1885 schon 17, 1895 23, 1905 30,5, 1908 über 40 Millionen, und bald werden sie die 50 Millionen erreicht haben. Die Staatsschulden des Bundes beliefen sich 1880 auf nur 4,84, heute betragen sie gegen 100 Millionen und nun sollen die zickel 20 Millionen für das neue Gewehr, da sie den laufenden Einnahmen nicht entnommen werden können, gepumpt und so die Staatsschuld wie die Schuldenbergung weiter erhöht werden.

Das ist im Kleinen der gleiche Entwicklungsgang, den das Deutsche Reich im großen bisher gemacht hat und das Ende wird hier wie dort der finanzielle Zusammenbruch sein. Unsere Partei-pressen schlägt vor, den neuen Auszug des Militärmolochs zum Hauptthema für die Festreden an der kommenden Waisfeier zu nehmen und so diese zu einer wichtigen Demonstration gegen den Militarismus zu gestalten.

Frankreich.

Die Postbeamtenbewegung.

Paris, 16. April. Alle Beamten des Haupttelegraphenamtes erklärten sich in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung für die Umwandlung des Allgemeinen Verbandes der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten in ein Syndikat und wiesen die Einführung eines Beamtenstatuts zurück.

Meuterei in der Marine.

Paris, 15. April. Mehrere Blätter melden aus Toulon, nach Privatnachrichten aus Grand Bassin hat an Bord des nach Dakar entsandten Kreuzers „Du Chahla“ eine ernste Meuterei stattgefunden. Die Mannschaft, welche sich über allzu strenge Behandlung beklagte, sang die „Internationale“, veranstaltete eine lärmende Kundgebung gegen den Schiffskommandanten, weil ein Maschinist angeblich wegen Mangels an ärztlicher Pflege gestorben war, und verlangte Ruhepausen und bessere Kost. Der Kommandant habe hierauf die Forderungen der Meuterer bewilligt.

Rußland.

Wie weht der Wind?

(Fig. Ber.) Die russischen Junker sind von demselben Schläge wie die deutschen. Sie gehen immer auf Ganze, wenn es auch nicht gewiß ist, daß sie ihr Ziel gänzlich erreichen. Jedemfalls wissen sie, daß ein energisches Drängen den Schwerpunkt der Politik in der von ihnen gewünschten Richtung verschiebt. Auch das Stolypinsche Regime ist ihnen zu wenig reaktionär. Es muß die von der Revolution nicht gelösten Fragen auf konterrevolutionäre Weise zu lösen versuchen, es muß also an der Verbergrückung Rußlands in gewissen Grade arbeiten. Und das ist den Krautjüngern ein Greuel. Sie ärgern also keinen Augenblick mit einer Antide.

Die „Revoje Bremsa“ beginnt einen Kreuzzug gegen den neuen Handelsminister Limriaziew. Er ist der Mann der Dörse. Die russische Bourgeoisie hat die Regierung nicht erobert. Dies konnte nur nach dem Siege der ihr verhassten revolutionären Elemente geschehen. Sie muß also versuchen ihre Interessen durch ein „Eindringen“ in die Krautjüngerschaft und die Bureaukratie zu wahren. Ihr Vertrauensmann muß natürlich sein Gesicht etwas liberal schminken. Das schimmerte in seiner Dumarede und in einer Ansprache in Moskau leise durch. Darob die Entrüstung der „Rechten“.

Auch Stolypin wurde vor Ostern angegriffen. Jetzt bringt die Oktoberistenpresse die „freudige“ Nachricht: Stolypin liegt im Sattel!

Die Oktoberisten antworten selbstverständlich auf diese Anrempelungen durch die Rechte mit „oppositionellen“ Reden. Dah bewegt schon die Schwadköpfe der „unentwegt“ liberalen Presse zu schnäffeln, ob der Wind nicht nach links weht. Um die Qualität dieser Spekulationen auf das Aufsteigen des oppositionellen Geistes in der Bourgeoisie unter dem Einfluß der reaktionären Angriffe zu bezeichnen, genügt sich an die Gruppierung der sozialen Kräfte in Rußland zu erinnern; die Bourgeoisie sucht Anschluß nur nach rechts; alles Spintisieren über einen „Umschwung in der Stimmung“, „Symptome“ usw. ist eitel Schaumhügelerei.

Galgen und Anebel.

Im Laufe des März wurden in Rußland 143 Personen zum Tode verurteilt, 53 wurden gehängt. In Tambow und durch haben drei zum Tode Verurteilte Selbstmord begangen. In Tambow überfielen sie einen Gefängniswärter, entriß ihm einen Revolver, um ihn gegen sich zu wenden.

Im Verlauf des ersten Vierteljahres 1909 wurden insgesamt 398 Todesurteile ausgesprochen, 230 ausgeführt.

Die Leiden der Presse finden ihren Ausdruck in folgender Statistik: In den ersten drei Monaten des Jahres 1909 wurde die Presse im administrativen Wege in 67 Fällen mit 30 675 Rubel Strafen belegt. Der Fall Azew kostete der bürgerlichen „fortschrittlichen“ Presse zwölftausend Rubel. —

Appell der sozialdemokratischen Dumafraktion an die internationale Sozialdemokratie.

Von der sozialdemokratischen Fraktion der russischen Duma werden wir um Abdruck folgender Antwort auf ein an sie gerichtetes Schreiben des polnischen sozialdemokratischen Klubs des österreichischen Reichsrates ersucht:

Bei der Beratung des Etats des Justizministeriums in der russischen Duma beantragte der Vertreter des Polenklubs, Prof. Dymsha, eine Uebergangsformel zur artikelweisen Beratung des Etats, in der erwähnt wurde, daß im Jarentum Polen laut Gesetz 50 Proz. aller Gerichtsbeamten polnischer Nationalität sein müßten, während in Wirklichkeit weniger als ein Prozent der Gerichtsbeamten aus Polen bestche. Der Justizminister Schischeglowitow, der bloß von der äußersten Rechten unterstützt wurde, beantwortete diesen Antrag mit so groben Ausfällen gegen die polnische Nation, daß er selbst die tammskommen Oktoberisten in Empörung versetzte.

Um so schmähslicher war die Haltung des Polenklubs, das nach der großen Beleidigung durch den Minister darauf bestand, daß sein Antrag zur Abstimmung gestellt wurde, obwohl dessen Schlußsätze die Annahme des Etats und somit ein Vertrauensvotum für das Justizministerium verlangten.

Durch diese Haltung seines Antrages, die den einzigen Zweck verfolgte, die Stimmen des oktoberistischen Zentrums zu gewinnen, machte das Polenklub unseren russischen Genossen unmöglich, für den Antrag Dymsha zu stimmen.

Wie groß war aber unser Erstaunen, als die polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates auf Grund der einseitigen Berichte der bürgerlichen Presse die Haltung unserer russischen Genossen in der Duma öffentlich beurteilten, obwohl die letzteren in diesem Falle die einzigen waren, die zur Verteidigung der polnischen Nation und des polnischen Proletariats

herborgezogen waren. Die Einzelheiten dieses Konfliktes erfährt der Leser aus dem nachfolgenden Schreiben der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Die sozialdemokratische Dumafraktion hat von den polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates ein Schreiben, unterzeichnet von Ignaz Daszynski, Diamond, Liebertmann, Andrei Koratschewski und N. Gudex, erhalten. In diesem Schreiben erklären die Verfasser ihre Unzufriedenheit mit unserer Abstimmung über den Antrag Dymsha und verlangen von uns eine Erklärung unserer Abstimmung.

Wir antworteten darauf folgendes:

Wir erkennen selbstverständlich das Recht der Mitglieder der internationalen Sozialdemokratie an, sich wegen dieser oder jener Handlungen an uns um Aufklärung zu wenden. Ihr habt aber von uns nicht nur Aufklärung über die Gründe unserer Abstimmung verlangt — das ist Euer Recht —, sondern Ihr seid weiter gegangen, indem Ihr uns beurteiltet, ohne unsere Antwort abzuwarten. Ihr habt Euch sogar nicht mal die Mühe genommen, den stenographischen Dumabericht einzusehen, sondern habt Euch mit den verkürzten Darstellungen der Dumaabstimmungen in der bürgerlichen Presse begnügt. Ihr habt nicht nur ein schuldigsprechendes Urteil über uns gefällt, sondern Euch auch beeilt, dieses Urteil zu veröffentlichen und einen Feldzug gegen uns in der Presse zu eröffnen. Euer Brief ist in einer unangenehmen Form geschrieben; und in einer ebenso unzulässigen Weise wird die Polemik gegen uns in Eurem Zentralorgan geführt. In Anbetracht dessen, erachten wir es als unmöglich, die Frage vor Euch zu beleuchten. Wir wenden uns deshalb in einem Appell an die öffentliche Meinung der gesamten internationalen Sozialdemokratie.

Die Verfasser des Briefes beschuldigen uns, daß wir gegen den Teil der Formel „votiert hätten, der die Zulassung der Polen zu den Gerichtsämtern in Polen verlangte“, daß wir auf diese Weise einen „Akt der Gewalt und ein Verbrechen“ begangen, „dieselbe Position, wie die Regierung und das Schwarze Hundert eingenommen“ und „im Widerspruch zu der internationalen Sozialdemokratie“ gehandelt hätten.

Die Verfasser des Briefes schildern die Tatsachen falsch, die das strenge Urteil über unsere Abstimmung hervorgerufen haben. Wir müssen deshalb erst vor allem die Richtigkeit der Tatsachen wieder herstellen.

Der Abgeordnete Dymsha, Mitglied des Polenklubs, beantragte folgendes Amendement zur oktoberistischen Uebergangsformel bezüglich der artikelweisen Beratung des Etats des Justizministeriums:

„Indem wir die Aufmerksamkeit der Regierung darauf lenken, daß die Zugehörigkeit zur polnischen Nation bei der Besetzung der Gerichtsämter in den Gouvernements des Jarentums Polen nicht als Hindernis dienen darf, geht die Reichsduma zur artikelweisen Beratung des Etats des Justizministeriums über.“

Wie aus dieser Formel ersichtlich ist, hatte das Polenklub in seinen Wünschen bloß die Polen im Auge und ignorierte vollkommen die Rechte der anderen in Polen lebenden Nationalitäten, wie zum Beispiel die Juden, noch rechtloser sind. In seiner Antwortrede beleidigte der Justizminister Schischeglowitow die polnische Nation aufs gröblichste. Die Gruppe der polnischen Abgeordneten ließ dem maßlosen Minister jedoch nicht nur keine gründliche Antwort zuteil werden, sie stimmte nicht nur nicht gegen den Etat seines Ministeriums, sondern hielt auch den beantragten Uebergang zur Tagesordnung, das heißt, den Antrag für den Etat zu stimmen, aufrecht. Bei solcher Sachlage wäre die Annahme dieser Formel, die in ihrer zweiten Hälfte ein Vertrauensvotum für den Justizminister enthielt, der soeben die polnische Nation beleidigt hatte, nur eine neue Beleidigung des polnischen Volkes gewesen. Selbst einige Mitglieder des Polenklubs hatten genügend politische Einsicht, um eine andere politische Position einzunehmen. Das Mitglied des Polenklubs, Barzewski, schrie zum Beispiel in der polnischen Zeitung „Dziennik“, daß es noch der Rede des Justizministers und seinen Worten über die „Uereinigung“ des Gerichtes durch die Polen notwendig gewesen wäre, die Formel zu ändern und in kurzen, aber kräftigen Worten die Verweigerung des Etats zu motivieren. Nach den Worten des Herrn Barzewski wurden diese Anträge während der Beratungen des Polenklubs von ihm eingebracht, sie fanden aber bei den anderen Mitgliedern keine Unterstützung. (S. „Rajcha Gazeta“, Nr. 67 vom 21. März.)

Nach kategorischer drückte sich das Mitglied der „Agodawski“, Straßschewitz, aus:

„Etwas Empörendes ist geschehen. Dem ganzen Volk ist eine beleidigende Verleumdung ins Gesicht geschleudert worden. Und in dem Saale, wo das geschah, war eine Gruppe von Polen, von Volkstrettern, anwesend, und diese haben die Beleidigung mit Stube hingenommen. Der Justizminister Schischeglowitow sagte in der Duma, daß die Polen das russische Gericht in Polen unreinigen würde. ... Der Umstand, daß der „fremde“ Gefegschlori für die Ehre der Polen eintrat, verhärtet nur noch die Entrüstung gegen das schweigsame Kolo.“ („Reich“, Nr. 69.)

Dadurch hat uns der ganze Sachverhalt das Votum gegen die vom Abgeordneten Dymsha eingebrachte Uebergangsformel diktiert. Das hat in seiner Rede auch Genosse Gefegschlori dargelegt:

„Meine Herren! Ich muß erklären, daß unsere Fraktion, die auf die konsequenteste Weise die Interessen der arbeitenden Massen (Stimme von rechts: „Aller Feinde Rußlands“) und die Interessen aller unterdrückten Nationen verteidigt, in der Sache selbst mit dem Antrag einverstanden ist, welcher in der Form eines Wunsches vom Mitglied der Duma Dymsha eingebracht worden ist, obwohl ich zugleich bemerken muß, daß seine Formel die Frage in mancher Beziehung einschränkt. In dieser Formel ist nur von den Polen die Rede und nicht von allen Nationen, die im Jarentum Polen leben (Stimme von rechts: „Von den Juden!“), von den Juden, Litauern usw. Unsere Fraktion kann aber nicht für diese Formel eintreten, denn deren Schlußsätze besagen, daß der Polenklub den Etat des Justizministeriums annimmt und den Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Wir müssen darüber unser Erstaunen ausdrücken. Wir denken, daß der Polenklub nach einer Rede, die keinen Zweifel läßt, nach den scharfen Ausfällen, die gestern vom Vertreter der Regierung von dieser Tribüne herab gegen die polnische Nation gefallen sind, nach der Rede, welche die Ehre und die Würde der polnischen Nation verletzte, als Antwort auf diese Rede gegen den Etat stimmen und durch die nackte Tatsache der Etatsverweigerung seinen Protest schroff unterstreichen würde. Wir sehen aber etwas ganz Entgegengesetztes. Das Kolo bringt eine Formel ein, die die Annahme des Etats beantragt. Wir müssen deshalb im Namen des polnischen Proletariats, als dessen Vertreter wir uns betrachten (Lachen rechts und im Zentrum), Protest erheben gegen die Rede des Ministers und die Haltung des Kolo. Wir glauben, daß sowohl das polnische Proletariat, wie auch die Mehrzahl der polnischen Bevölkerung das Polenklub nicht für das Vertrauensvotum loben wird, das bei der Abstimmung des Etats des Justizministeriums zum Ausdruck gekommen ist. (Applaus links).“ (S. Stenograph. Bericht, Seite 260—81.)

Es ist also klar, daß unsere Fraktion dem Antrag Dymsha in der Sache zustimmte. Sie erkannte ihn aber nicht als ausreichend an und protestierte dagegen, daß seine erste Hälfte mit einer zweiten Hälfte vereinigt wurde, die nicht nur für einen Sozialdemokraten, sondern für jeden halbwegs konsequenten Demokraten unannehmbar war.

Da der Polenklub an seiner Politik der Liebedienerei gegenüber der russischen Regierung festhielt und sich weigerte, den ersten Teil seiner Formel zu erweitern, und den Etat zu verweigern, so handelten die Sozialdemokraten, die verpflichtet sind, die Interessen der arbeitenden Massen und das Recht der Nationen auf politische

und kulturelle Selbstbestimmung zu verteidigen, vollkommen losgerissen, als sie gegen die Formel im ganzen stimmten. Die Verfasser des Briefes glauben offenbar, daß wir in diesem Falle für die Formel Dymsha stimmen müßten, das heißt, uns von den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie, unserer eigenen Taktik und den Traditionen der Sozialdemokratie in allen drei Dingen loszusagen müßten.

Hätten wir für die Formel Dymsha und somit für den Etat des Justizministeriums gestimmt, so hätten wir uns nicht bloß den Worten nach, sondern in der Tat mit dem Schwarzen Hundert solidarisiert. Ist denn das nicht klar?

Wissen denn so alle Parlamentarier nicht, daß in der Geschichte der Parlamente öfter Fälle eingetreten sind, wo die äußerste Linke mit der äußersten Rechten gegen die Mittelparteien stimmte? Wissen sie denn nicht, daß die beiden extremen Flügel, die auf den ersten Blick scheinbar vereint stimmten, in Wirklichkeit von diametral entgegengesetzten Prinzipien ausgehen und diametral entgegengesetzte Ziele verfolgen? Und wenn man uns vorhält, daß die sozialdemokratische Fraktion in ihrem Votum dieselbe Position annahm, wie die Regierung und das „Schwarze Hundert“, so können wir nur die Achsel zucken und diesen Ausfall gegen uns ignorieren.

Unsere Fraktion hat sich stets kategorisch zugunsten der nationalen Rechte der verfolgten und unterdrückten Nationen ausgesprochen. Sie benutzte jede günstige Gelegenheit, um gegen die Politik der gewalttätigen Russifizierung aller Nationen, die das russische Reich bevölkert, gegen das Ignorieren der nationalen Rechte und die Verfolgungen von Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener Nation zu protestieren. Stets und überall hat unsere Fraktion an dem Punkte des Parteiprogramms festgehalten, der verlangt: „Das Recht der Bevölkerung, in ihrer Muttersprache unterrichtet zu werden, zu welchem Zweck auf Kosten des Staates und der Organe der Selbstverwaltung die hierfür erforderlichen Schulen geschaffen werden müssen —, das Recht eines jeden Staatsbürgers, auf Versammlungen in seiner Muttersprache zu reden; die Einführung der Muttersprache in gleichem Maße mit der staatlichen Sprache in allen lokalen, öffentlichen und staatlichen Institutionen.“ (§ 8.)

An dieser Forderung haben festgehalten: Gegeščikori in seiner Rede über die Finnlands-Interpellation, Tschaidse in seiner Antwortrede auf die Regierungserklärung und bei der Beratung der Vorlage über den Bau der Amurbahn, Gaidarow und Kusmo bei der Beratung der Vorlage über den Unterricht in den Lehrerseminaren in Belost und Cholm, Poletajew und Tschaidse bei der Beratung des Kommissionsberichts über Volksbildung usw.

Getreu unserer gewohnten Taktik haben wir uns auch bei der Abstimmung über den Antrag Dymsha nicht gegen die Forderung der Gleichberechtigung, sondern im Gegenteil gegen die zu enge Auffassung dieser Frage ausgesprochen. Ferner war für uns von großer Bedeutung, daß die reaktionäre Gruppe der polnischen Nationaldemokraten ihre Forderung mit der Annahme des Etats und folglich mit der Billigung der Politik der russischen Regierung verknüpfte. Der liebebiederliche Charakter dieser Abstimmung wird sogar von einigen Mitgliedern des Polenklubs erkannt. Leider wollen das aber die Mitglieder des sozialistischen Polenklubs nicht erkennen, die durch ihre unbegründeten und ungerechten Angriffe lebhaft unseren Feinden, den bürgerlichen Parteien, Material gegen uns liefern. Unsere Feinde haben bereits früher wegen unseres Dogmatismus zu lamentieren angefangen, der uns angeblich zwingt, den Bedürfnissen der Bevölkerung unsere Aufmerksamkeit zu verlagern. Jetzt können sie sich in ihren Angriffen auf die mit ihnen solidarischen Ansichten des sozialdemokratischen Polenklubs berufen.

Unsere Haltung und Abstimmung beim Antrage Dymsha war also vollkommen richtig und entsprach vollkommen sowohl den Grundprinzipien der Sozialdemokratie, als dem konkreten Sachverhalt.

Zum Schluß noch einige Worte in bezug auf den von den Verfassern des Briefes angeregten Streit, wer als parlamentarischer Vertreter des polnischen Proletariats gelten könne. Gegeščikori erklärte, daß die Fraktion sich als Vertreterin des polnischen Proletariats betrachte. Die Verfasser des Briefes entgegneten hierauf, daß sie die einzigen Vertreter des polnischen Proletariats seien. Daß sie die Vertreter des polnischen Proletariats sind, das in Oesterreich lebt, das will niemand bestreiten; Gegeščikori hat aber von den polnischen Arbeitern gesprochen, die in Rußland leben. Er hatte das Recht, seine Erklärung abzugeben, denn die Sozialdemokratische Partei Polens und Litauens gehört zum Bereich der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und erkennt unsere Fraktion als die Vertreterin der polnischen Arbeiter an. Man könnte darauf hinweisen, daß außer dieser Partei noch die P. P. S. existiert. Wir wissen das, aber die P. P. S. ist in zwei Teile gespalten, und eine von ihnen, die wirklich sozialistische und die härtere, die „Lewisa“, hat auf ihrem 10. Kongreß konstatiert, daß sie „in der sozialdemokratischen Dumafraktion die Vertreterin der Interessen der zahlreichen Arbeiterklasse des ganzen Reiches sehe.“ (Bericht über den 10. Kongreß der P. P. S.)

Im Auftrage der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Unterzeichnet:
Karl Tschaidse,
Georg Kusnechow.

Aus der Partei.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Eine einmonatliche Gefängnisstrafe hatte am 18. d. M. Genosse Franke-Rostok von der „Rechten Volksz.“ verbüßt. In einem Versammlungsbericht war der „Vaterländische Arbeiterverein“ in Reusirell kritisiert worden, weil er überhaupt kein Arbeiterverein sei aus Mangel an Arbeitermitgliedern usw. Die Häupter des Quertreibervereins schrieben an den Staatsanwalt, und der erhob auch sofort das Schwert, um mit Hilfe des Landgerichts „im öffentlichen Interesse“ den Genossen Franke auf einen Monat in Staatspension zu nehmen. — Damit hat die „M. W.“ 38 Monate Freiheitsstrafen erlitten, sowie zickel 1200 M. Geldstrafen. Im ganzen hat unser Bruderloht seit seinem Vergehen, vom 1. April 1892 an, 38 Prozesse mit Verurteilungen zu befehlen gehabt, obwohl es im ersten Jahrzehnt zunächst einmal, später zweimal und schließlich dreimal wöchentlich erschien.

Eine Aktion gegen einen sozialdemokratischen Verein in Böhmen.

Am 9. April besetzten Polizisten in Zivil und in Uniform unter Führung des Polizeikommissars Emminger das Brauhaus in Bubna, wo der sozialdemokratische politische Verein „Spravedlnost“ (Gerechtigkeit) seinen Sitz hat. Es wurden der Mann des Vereines, Genosse Kouscha, und der Schriftführer, Genosse Holub, gefaßt, worauf in den Vereinslokalitäten eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. Hierbei wurden ein Verzeichnis der Mitglieder und einige Bücher beschlagnahmt. Der Polizeikommissar und zwei Polizisten gingen dann mit den beiden Genossen in ihre Wohnungen, wo ebenfalls Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden; auch hier wurden Bücher und Korrespondenz des Vereines konfisziert. Dem Vorsitzenden wurde ein Verzeichnis gestellt, wonach der Verein wegen Ueberschreitung seines statutenmäßigen Wirkungsbereiches aufgelöst wird. Zur Begründung wird angeführt, daß in einer Versammlung des Vereines vom 21. März dieses Jahres ein Redner gesagt habe, daß bei einem Kriege Oesterreich zertrümmert werden und dann die Revolution ausbrechen werde, wobei aus der Versammlung der Ruf laut geworden sei: „Hoch die Revolution!“ In diesem Vorgehen werde eine strafbare Handlung und eine Ueberschreitung des Wirkungsbereiches des Vereines erblickt. Dann

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

wurde auch der Kassierer des Vereines, Genosse Urban, der in der Fabrik Umrat arbeitet, aus der Werkstätte gefaßt, und es wurde in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der das Kassabuch und hundert Kronen an Barschaft konfisziert wurden.

Soziales.

Lehrling oder Solontär?

Eine das kaufmännische Lehrverhältnis betreffende wichtige Entscheidung fällt die zweite Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Die in dem Rechtsstreit als Klägerin fungierende „Deutsche Möbel-Industrie-Gesellschaft m. b. H.“ schloß mit dem Beklagten F. einen „Ausbildungsvertrag“, nach welchem sich F. verpflichtete, zwei Jahre als Solontär zur Ausbildung bei der Firma tätig zu sein. Im ersten Jahre sollte der Solontär 60 M., im zweiten 70 M. erhalten. Im Falle er vorzeitig die Solontärstelle verläßt, sollte F. zum Wiedereintritt verpflichtet sein und außerdem eine konventionale Strafe von 300 M. zu zahlen verpflichtet sein. Der Beklagte trat die Stellung pünktlich an, löste jedoch den Vertrag schon nach einem halben Tage, weil er zu botengängen benützt wurde. Die Firma bestand auf ihrem Vertrage und stellte beim Kaufmannsgericht den Antrag, F. zum Wiedereintritt und zur Zahlung der konventionellen Strafe von 300 M. zu verurteilen. Nachdem der Beklagte den Solontärvertrag einmal eingegangen sei, habe er nicht das Recht, ihn eigenmächtig zu lösen.

Das Kaufmannsgericht wies die Firma mit beiden Anträgen ab mit folgender Begründung: Bei Beurteilung von Verträgen ist der Wortlaut nicht immer allein und ausschließlich maßgebend, das Gericht hat vielmehr den wahren Willen der Parteien bei Vertragsabschluss zu erforschen. Das Gericht hat keinen Zweifel darüber gehabt, daß hier ein Lehrvertrag geschlossen wurde. Die Tatsache, daß der Ausdruck „Solontär“ gebraucht wurde, kann daran nichts ändern. Ein Lehrvertrag kann aber nach § 77 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs innerhalb der ersten vier Wochen von beiden Teilen gelöst werden. Da diese Zeit nach dem Geheiß als eine Probezeit gilt, F. war darum berechtigt, das Verhältnis zu lösen, ohne zum Wiedereintritt und Zahlung der 300 M. verpflichtet zu sein.

Gewerkschaftliches.

Wo war die Kontrolle?

Eine Anzahl bürgerlicher Blätter im Ruhrgebiete und darüber hinaus fördern aus Anlaß der Schlagwetterexplosion auf Schacht II Deutscher Kaiser am zweiten Osiertage, bei der fünf Bergarbeiter ihr Leben einbüßen mußten und mehrere andere schwer und leicht verwundet wurden, die verschiedensten Gerüchte zutage. In den meisten dieser Blätter wird (wahrscheinlich auf Veranlassung der Grubenverwaltung) berichtet, daß niemals ein Vertreter der Organisation (Bergarbeiterverband) sich bei dem in Betracht kommenden Bergrevierbeamten oder der Grubenverwaltung beschwert hätte, daß eine Anzahl Wetterlampen der Deutschen Kaiser-Schächte sich in einem defekten Zustande befänden. Folgendes diene zur Steuer der Wahrheit:

Bei der Grubenverwaltung selbst ist es den Vertretern des Bergarbeiterverbandes unmöglich, persönlich zu erscheinen, weil vor Jahren schon eine Anklage wegen Handfriedensbruch (wegen Betreten der Bechenmenage!) gegen den Bezirksleiter des Verbandes erhoben war!

Es blieb also kein anderer Weg offen, als die öffentliche Mitteilung an den kgl. Bergrevierbeamten zu Duisburg, welche auch in der Nr. 21 vom 26. Januar d. J. der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ in Duisburg erfolgt ist.

In der betreffenden Publikation heißt es wortgetreu:

Offene Aufforderung an den königlichen Revierbeamten zu Duisburg. Von mehreren Bergarbeitern wird uns mitgeteilt, daß eine Anzahl Wetterlampen auf den Deutschen Kaiser-Schächten sich in defektem Zustande befinden, und bitten wir diesbezüglich den in Betracht kommenden Bergrevierbeamten, sofort eine genaue Kontrolle vorzunehmen. Die Bezirksleitung des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes zu Hamborn.

In einem weiteren Artikel der betreffenden Nummer der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ werden dann die Zustände auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ einer vernichtenden Kritik unterzogen. Die Verwaltung der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ ist sonst bei jeder Gelegenheit mit der Zusendung einer Berichtigung zur Hand. Warum hat dieselbe hier geschwiegen? Aus dem einfachen Grunde, weil die geschilderten Zustände gerade haarsträubend sind und der Wahrheit auch entsprechen.

Berlin und Umgegend.

Ächtung, Metallarbeiter!

Anläßlich der am Sonntag stattfindenden Delegiertenwahlen werden die Kollegen, deren Mitgliedsbücher zwecks Unterfertigung z. in dem Verbandsbureau abgegeben sind, darauf aufmerksam gemacht, daß die Legitimationskarten in unserem Arbeitsnachweis resp. in der Krankenkasse und im Zimmer III am Sonnabend während der Büreauzeit ausgegeben werden. Desgleichen geschieht dies für diejenigen Mitglieder, welche durch Erwerbslosigkeit ausgesteuert sind. Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Direktverwaltung Berlin.)

Die Bewegung der Bauklemper.

Die Arbeitgeberverbände im Berliner Klempergewerbe haben ein Zirkular herausgegeben, in dem es heißt, daß von seiten der Arbeitnehmer neuerdings der Versuch unternommen wird, die Unternehmer einzeln zum Unterschreiben der Tarifvorlage zu veranlassen, wobei zur Erzielung des gewünschten Erfolges regelmäßig mit der unwahren, aus der Luft gegriffenen Behauptung operiert wird, daß diese oder jene größere Firma den Tarif bereits anerkannt habe. Darauf folgt in dem Zirkular eine Mahnung in Fettdruck, daß es Ehrenpflicht sei, jede Unterschrift zu verweigern. Weiter wird von der „unlauteren Kampfweise der Arbeitnehmer“ geredet, die damit bewiesen sein soll, daß im „Vorwärts“ behauptet wurde, der Obermeister der Charlottenburger Innung, Biese, habe seine Leute nicht ausgesperrt. Darauf folgt wieder eine Mahnung in Fettdruck, „einig und geschlossen zusammenzutreten“. An die Meister wird die Bitte gerichtet, die Streikposten in allen Fällen ungeschehlichen Vorgehens der Geschäftsstelle zu melden, welche alsdann „das weitere veranlassen wird“. Das Zirkular ist unterzeichnet von der Klemperinnung, der Zentrale der Klempergewerbe, der Vereinigung Berliner Klemper und verwandter Berufszweige, der Freien Vereinigungen selbständiger Klemper, Installateure und verwandter Berufsgenossen.

In einer Versammlung der ausgesperrten und ausländigen Klemper, die am Freitagmorgen im Gewerkschaftshaus stattfand, besprach Cohen den Inhalt des Zirkulars. Er stellte fest, daß die Streikleitung einer Reihe von Firmen Tarifverträge vorgelegt habe, besonders denjenigen, die sich beschwerten, daß man ihnen ihre Klemper fortgenommen habe, obgleich sie mit dem Kampf, den die Innung mit den Arbeitern führt, nichts zu tun haben wollten. Unter den Firmen, die sich bereit erklärten, gewisse Bedingungen zu erfüllen und die den Tarif der Arbeitnehmer unterschrieben, befinden sich solche, die in erster Reihe im Klempergewerbe stehen. Diese Tatsache mag den Arbeitgeberorganisationen

nach so unangenehm sein; man möchte sie gern ableugnen, aber sie besteht dennoch, wenn auch die Streikleitung die Namen nicht preisgeben kann. Die Streikleitung habe keine Veranlassung, diese Firmen den anderen zu denunzieren.

Wenn in dem Zirkular der „Vorwärts“ angerempelt wird, so ist dazu zu bemerken, daß der „Vorwärts“ nur berichtet hat, was in einer Klemperversammlung öffentlich bekanntgegeben wurde, ohne irgendwelchen Widerspruch zu finden. Liegt ein Irrtum vor, so handelt es sich doch eben nur um eine ganz geringfügige Sache, ob nämlich die Firma Biese ihre zwei oder drei Klemper ausgesperrt hat oder nicht. Beklagt ist die Sache durch die Behauptung in dem Zirkular noch nicht. Der Streikleitung ist mancher Fall bekannt, der zeigt, daß die Meister die Beschlüsse ihrer Leitung zu umgehen versuchen. So versuchen einige große Firmen, ihre Arbeiter durch Zwischenmeister und allerlei „Schiedungen“ fertigzustellen. Die Unternehmer versuchen, durch Aufforderung zur Beihilfe an die einzelnen Firmen, schwarze Listen der jetzt im Kampfe stehenden Klemper herzustellen. Cohen bezeichnet ein solches Beginnen als ganz verfehlt, da es bei den Berliner Bauklempern wirkungslos bleiben müßte. Außerdem könne es leicht zu Konflikten mit dem Gesetze führen. Diese und andere kleinliche Maßnahmen zeigen, daß die Lage der Unternehmer nicht so günstig sein kann, wie sie in dem erwähnten Zirkular hingestellt wird. Cohen erklärte, daß die Arbeiter keine Ursache hätten, mit der Lage der Dinge unzufrieden zu sein. Wenn die Meister auf die Hilfe der Bauunternehmer rechnen, so befinden sie sich in einem großen Irrtum. Die Bauunternehmer helfen den Klempermeistern nur so lange, als ihre eigenen Interessen dabei in Frage kommen.

Gärtnerbewegung.

Eine Versammlung der Gärtner, die in den Handelsgärtnerkreisen von Groß-Berlin beschäftigt sind, fand am Donnerstagabend in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstraße, statt. Die Versammlung wurde einberufen von dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein und von dem Deutschen Gärtnerverband (christliche Organisation). Der Redner des letzteren war Albert Müller, der Redner des erstgenannten Vereins Walter Kwasnik. Beide besprachen das Thema: „Unser Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Handelsgärtnererei“. Am 1. April traten die Gärtner in einen Streik, der ihnen sehr bald gute Erfolge brachte. Eine Anzahl Firmen hat die Forderungen bewilligt. Wo noch keine Zugeständnisse gemacht worden sind, da wird die Organisation in ihrem Kampfe nicht nachlassen, sondern mit aller Energie darauf dringen, daß die gestellten Forderungen anerkannt werden. Es handelt sich dabei um viele kleine Firmen, und eine eigene Taktik wird zu Anwendungen kommen müssen, um bei den kleinen Firmen Erfolge zu erringen.

Diesen jüngst geführten Kampf besprachen die Redner; sie betonten die Notwendigkeit einer eifrigen Agitation nach dem Kampfe, um alle Gärtner zu organisieren, denn nur so könne man in dem andauernden Kriege mit den kleinen Firmen Erfolge erzielen. Man war sich darüber einig, daß die Sonntagruhe eingeführt werden müsse, daß der Kost- und Logiszwang überall fallen sollte, daß die Gärtner mit ihren Forderungen überhaupt noch sehr bescheiden seien und daß man unter allen Umständen für die Stärkung der Organisation sorgen müsse. Für die freigeinigten Gärtner kommt als solche nur der Allgemeine Gärtnerverein in Betracht.

Deutsches Reich.

Streik der Knopfmacher.

Der wegen beabsichtigter Lohnreduktionen in der Knopfabrik von Voigt in Frankenhäusen am Kyffhäuser ausgebrochene Streik dauert bereits 9 Wochen. Die Streikenden sind mit einem Schreiben erneut an den Unternehmer wegen Verhandlungen herangetreten, haben aber keine Antwort erhalten. Man trägt sich in den Unternehmerrreisen mit dem Gedanken einer **Aussperrung** der Knopfmacher aller dortigen Betriebe. Da fast sämtliche Knopfmacher organisiert sind, läme eine Aussperrung der gesamten Stillelegung der Knopfabriken gleich, sodaß sich die Unternehmer die Sache wohl noch überlegen werden. Bis jetzt hat sich kein einziger Streikbrecher gefunden, sodaß die Situation für die Streikenden eine sehr günstige ist.

Ein Streikflieg.

Der Streik in der Rostocker Wäschmaschinenfabrik in Annen bei Dortmund hat mit einem Siege der Streikenden geendet. Der beabsichtigte Lohnabzug von 10 Proz. ist unterblieben. In Zukunft sollen Lohnregulierungen nur mit Zustimmung der Lohnkommission erfolgen. Die Arbeiter haben am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen. Der schnelle Sieg ist auf die Einmütigkeit der Streikenden, die bis auf drei sämtlich im Metall- bzw. Holzarbeiterverband organisiert sind, zurückzuführen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Keine Sparjamkeitdrückfichten.

Karlsruhe, 16. April. (W. S.) Entgegen der bisherigen Annahme, daß aus Sparjamkeitgründen die Kaiserparade in diesem Jahre nicht abgehalten werden solle, findet diese nun doch, und zwar am 11. September auf dem Egerzerplatz bei Forchheim für das 14. bayerische Armeekorps statt. Daran schließen sich dann die dreitägigen Kaisermanöver.

Meuterei auf einem französischen Kreuzer.

Paris, 16. April. (W. L. W.) Mehrere Blätter melden aus Toulon: Nach Privatnachrichten aus Grand Bassam hat am Bord des nach Dakar entsandten Kreuzers „Du Chayla“ eine erste Meuterei stattgefunden. Die Mannschaft, welche sich über allzu strenge Behandlung beklagte, sang die „Internationale“, veranstaltete eine lärmende Kundgebung gegen den Schiffskommandanten, weil ein Maschinist angeblich wegen Mangels an ärztlicher Pflege gestorben war, und verlangte Ruhepausen sowie bessere Kost. Der Kommandant habe hierauf die Forderungen der Meuterei bewilligt.

Die Ereignisse in der Türkei.

Konstantinopel, 16. April. (W. L. W.) Da die Unruhen in Abaua fortdauern, wurde dort das Ständrecht proklamiert und Militär dorthin entsandt. Das hiesige armenische Komitee ist über die Vorfälle in Abaua sehr erregt. Das französische Blatt „Stambul“ meldet, daß zwischen den Parteien der Kammer eine Einigung erzielt sei.

Malta, 16. April. (W. L. W.) Der Kommandant der Mittelmeerflotte hat Befehl zur Entsendung der ihm unterstellten Schiffschiffe erhalten. Obwohl der Zeitpunkt ihrer Abfahrt und ihr Bestimmungsort unbekannt sind, glaubt man, daß sie sich in die türkischen Gewässer begeben werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ihr Ziel die Küste der asiatischen Türkei ist. Das Linien Schiff „Ozean“ liegt bereits unter Dampf.

Ein Geniekrich der Zensur.

Graz, 16. April. (W. S.) Der deutschen und italienischen Operettengesellschaft in Triest und der deutschen Gesellschaft in Pola wurde die Aufführung der „Lustigen Witwe“ aus politischen Gründen untersagt.

Dreißig Menschen verbrannt.

London, 16. April. (W. L. W.) Blättermeldungen zufolge sind in San Francisco bei dem Brande eines Mietshauses dreißig Menschen ums Leben gekommen. Bisher konnten nur 6 Tote geborgen werden.

H. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlaganstalt

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Französischer Parteitag.

Dritter Tag. (Fortsetzung) St. Etienne, 13. April. (Fig. Ber.) Agrardebate.

Nach Herbs ergriff Jaurès das Wort. Er wünscht von Compère-Morel Aufklärungen über einige Punkte. Betrachtet er die Lage der Kleinbauern nicht etwas zu pessimistisch? Ich habe nicht den gubernalmental Optimismus des Ackerbauministers. Wenn aber Herr Mau zugibt, daß das Bewußtsein, sich zu arbeiten und andererseits der Maschinenismus die Produktion begünstigen, so bieten wir den Bauern beides. Ist aber Compère-Morels Anschauung von der selbstmörderischen Arbeit des Bauern physiologisch und ökonomisch richtig? Ich glaube, die durchschnittliche Lebensdauer ist auf dem Lande länger als in der Stadt. Aber darum bleibt die sozialistische Aktion auf dem Lande doch notwendig. Die Genossenschaft kann sich der Idee des kollektiven Eigentums immer mehr nähern. Die Bauern werden dazu geführt, nicht ihr Eigentum, aber einen Teil ihrer Verfügungsbrechte zugunsten einer gemeinsamen Aktion aufzugeben. Eine zweite Frage: Neben dem bäuerlichen Eigentum besteht noch ein anderes. Es ist eine Legende, daß Frankreich das Land des kleinen Bauern ist. Wenigstens zwei Drittel des Bodens, und gerade der beste Teil, gehört nicht dem Kleinbauern. Soll die sozialistische Partei ihren vollständigen Sieg erwarten, um dem Großgrundbesitz zuleibe zu gehen? In England haben die Gräflichkeiten das Recht bekommen, die großen Eigentümer zu expropriieren, um Bauernschaften zu schaffen. Hier ist eine Lücke im Bericht. Wir dürfen nicht den Großgrundbesitz in Kleinbesitz zerstückeln. Compère-Morel will die Bauern gegen die ländlichen Kapitalisten, gegen die Zuckerfabrikanten usw. verteidigen. Gut, aber schließen Sie eine schon heute zu verwirklichende Vergesellschaftung aus und die Uebergabe an die Gewerkschaften? Dieser Kongreß ist nicht ein Abschluß, sondern ein Ausgangspunkt für die Erörterung der Landfrage. Wir wollen den trennenden Graben zwischen Arbeitern und Kleinbauern nicht vertiefen. In Frankreich ist die Revolution nicht nur ein Werk des Industrieproletariats. Wir hatten eine Bauernbewegung schon vor der Arbeiterbewegung. Man sieht sie in den Jacquesen, während der Revolution, auch in der Agitation Babouss. Wir müssen unsere Aktion auf dem Lande immer mehr erweitern. Mit den allzu einfachen Formeln Herbs kommen wir nicht voran. Wir müssen methodisch vorgehen, mit einer durchdachten, planvollen, in alle Tiefen der Nation eindringenden Propaganda. Der Redner verwirft den Generalstreik nicht, weil sein Hauptpropagandist ihn verraten hat. Wir brauchen handelnde Minoritäten, aber wir müssen die Massen des ganzen Volkes erfassen, durch eine Propaganda, worin sich die Ströme der städtischen und ländlichen Forderungen, die wirtschaftliche mit der politischen Aktion vereinigen. Wir führen den so oft vom Gutsherrn bedrohten Bauern zur politischen und sozialen Freiheit. (Lebhafte Beifall.)

Guesde: Wie kann der Sozialismus ins Landvolk eindringen? In bezug auf die Besitzlosen auf dem Lande sind wir einmütig. Zu den Arbeitern müssen wir ebenso sprechen wie zu denen der Stadt und ihnen beweisen, daß sie keine Hoffnung in einer Gesellschaft haben, wo die Arbeitskraft Ware ist. Dann haben wir ein zweites Element: kleine Pächter, Teilpächter, Kolonen. Auch sie sind Besitzlose und für sie gelten dieselben Methoden der Propaganda. Der einzige Akt, der ihnen helfen kann, ist die Expropriation der Kapitalistenklasse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das einzige schwierige Problem betrifft das kleine Eigentum. Hier sind Eigentum und Arbeit noch in einer Person vereinigt, und der Eigentümer ist sein eigener Ausbeuter. Wie sollen wir uns gegenüber diesen 4 Millionen kleiner Besitzern verhalten? Wo das Eigentum der Arbeit nicht entziffen ist, dürfen wir nicht expropriieren. Wir sind gekommen, zurückzustellen, nicht um zu fehlen. Wir müssen dem Bauern sagen: nicht die soziale Revolution wird dich enteignen,

sondern die Konzentration des Kapitals. Wenn wir die Herren sein werden, werden wir dich im Gegenteil von deinen Lasten, den Schulden, den Steuern befreien. Du wirst allerdings, wenn du das Gedeihen des kollektivistischen Eigentums siehst, freiwillig in den Kreis des Kollektivismus eintreten. Der Redner glaubt nicht an einen friedlichen Uebergang zur neuen Gesellschaft. Keine herrschende Klasse hat freiwillig abgedankt. Je mehr wir aber von der Notwendigkeit der inurrektionellen Lösung überzeugt sind, desto mehr müssen wir uns hüten, die kleinen Bauern gegen uns aufzubringen. Unsere Bemühungen um den Bauernschaft stehen nicht im Widerspruch zu unserer revolutionären Propaganda und nicht zur gesellschaftlichen Entwicklung. Wir wollen und dieser nicht widersehen. Wir glauben nicht, daß große Verstaatlichungsaktionen der Arbeiterklasse und den Kleinbauern nützen, denn diese haben die Kosten zu bezahlen, und wir haben durchaus keinen Vorteil davon, daß die Macht des Unternehmer-Staats noch erweitert wird. Die sozialistische Partei ist nicht berufen, gefährliche Monopole zu schaffen, sie soll das Proletariat für die neue Gesellschaft erziehen, die es haben wird, sobald es will. Die zur Rettung der Bauern vorgeschlagenen Reformen halten die Entwicklung nicht auf. Der Zollschuß selbst wird eine revolutionäre Potenz. In fünf bis sechs Jahren wird Frankreich eine Ueberproduktion von Getreide haben. Vertrauen wir nicht auf Teilerformen, die uns über die sozialen Geleise der kapitalistischen Gesellschaft nicht hinausheben können. Sonst würden wir Bankrott machen wie die Radikalen.

Die Anträge zur Agrarfrage werden einer Kommission zugewiesen, die eine Liste von Forderungen unterbreiten soll.

Die Einigkeit der Fraktion.

Es entspinnt sich eine Debatte über den Fraktionsbericht. Mehrere Delegierte tadeln die Uneinigkeit bei vielen Abstimmungen und besonders, daß einzelne Mitglieder der Fraktion den Resten mit ihren Abstimmungszetteln unabhängigen Sozialisten überlassen. Es wird eine Resolution beschlossen, die die Deputierten auffordert, die Einstimmigkeit herzustellen und nicht mehr Feinde der Partei für sich stimmen zu lassen.

Baillant erstattet den Bericht über die Tätigkeit des internationalen Bureaus. Es beginnt hierauf die Verhandlung über die Wahlakt.

Sie wird von Dubrenilh eröffnet, der einen Brief der Exekutivkommission der radikalen und radikalsozialistischen Partei vorliest, worin Abmachungen über eine gemeinsame Wahlakt der Linksparteien und die Aufrechterhaltung der „republikanischen Disziplin“ vorgeeschlagen werden. (Lärm, Protestrufe.)

Vreton empfiehlt, wiederholt unterbrochen, die Rückkehr zur „republikanischen Disziplin“, die die „Stärke des Sozialismus“ gewachsen sei. Er legt eine Resolution vor, die die republikanische Disziplin fordert. Da er sich darauf beruft, ihren Wortlaut zum Teil einem Kompromißvertrage der Norddelegation mit den Radikalen von 1906 entnommen zu haben, stellt DeLorcy fest, daß er und seine Freunde nichts dagegen haben, wenn nach dem ersten Wahlgang solche Kompromisse abgeschlossen werden. Vreton wendet sich gegen das Proporzwahlrecht, für das die meisten Reaktionsäre seien. Eine Solidarität mit den Anhängern des Proporz heißt der Reaktion helfen. Er beglückwünscht das radikale Parteikomitee zu seinem Vorschlag. (Zurückbarer Tumult.)

Varenne spricht sich für den Proporz aus, vorläufig aber will er eine Solidarität, wenn auch nicht im alten Sinne der Linksparteien — da die Radikalen jetzt ein Kompromiß mit der demokratischen Allianz haben — so doch mit den fortgeschrittenen Radikalen. Es bereitet sich die Konstituierung einer republikanischen Oppositionspartei außerhalb der Partei vor, mit der die Partei zusammenarbeiten kann. Von den Radikalen müssen wir verlangen: 1. daß sie einen einzigen Kandidaten in jedem Wahlkreis aufstellen, 2. daß sie unabweisend erklären, wie sie sich im zweiten Wahlgang zwischen dem gemäßigten und dem sozialistischen Kandidaten entscheiden wollen. — Bezüglich der Stellung zu den unabhängigen, deren Unterstützung die Resolution Cambier untersagt, erklärt er,

er stehe ihnen genau so wie anderen Radikalen gegenüber. (Wider-spruch.) In der Nachstimmung wird Schluß der Debatte angenommen. 30 Redner sind noch vorgemerkt.

Baillant: Ueber den Brief des radikalen Exekutivkomitees werden wir zur Tagesordnung übergehen. Die sozialistische Partei verhandelt überhaupt mit keiner anderen Partei, mögen auch die nationalen und internationalen Kongresse Kompromisse unter besonderen Umständen als Notwendigkeiten des Augenblicks zugelassen haben. Mit den Inurrektionellen will sich der Redner in der Frage, die zur Verhandlung steht, nicht auseinandersetzen. Die sozialistische Partei will am Leben der Nation in allen seinen Formen teilnehmen, also auch an der parlamentarischen Politik. Wie sollen wir unserer parlamentarischen Aktion die stärkste Kraft verleihen? Die eine, von einem Teil der Seine-Föderationen vorgelegte Resolution will die Aufrechterhaltung aller Kandidaturen im zweiten Wahlgang. Das bedeutet praktisch antiparlamentarisch handeln. Denn infolge der mangelnden Mittel würden im zweiten Wahlgang die Stimmen für unsere Kandidaten zurückgehen. Wir würden aber auf diese Weise dem politischen Schacher auch erst das Tor öffnen. Die zweite Resolution, die wir wenigstens in ihrem Sinn angenommen haben wollen, fordert die Zurückziehung der Kandidaten, die nicht die relative Mehrheit erhalten haben, im zweiten Wahlgang. Sie steht zum Beschluß von Chalons, der für den zweiten Wahlgang das Interesse der Arbeiterklasse und der Republik als maßgebend erklärt, nur der Form nach, nicht in ihrem Geist in einem gewissen Gegensatz. Wir glauben, es ist von großer Bedeutung für uns, Wahlsiege zu erringen. Nicht bloß der Wahl der Deputierten wegen. Der Erfolg eines Kandidaten befestigt die Parteiorganisation und gibt der Propaganda neue Antriebe. Wir wollen nicht die in Chalons anerkannte Autonomie der Föderationen aufheben, aber eine allgemeine politische Richtlinie geben. Unsere Resolution präzisiert nur die Idee des Beschlusses von Chalons, daß für unsere Wahlakt das Interesse der Partei maßgebend sein soll, im ersten wie im zweiten Wahlgang.

Es sprechen nun zur Verteidigung der Resolution der Mehrheit der Seine-Föderation mehrere „Inurrektionelle“, darunter Frau Dr. Belletier, die sich u. a. folgende Sätze leistet: „Die sozialistische Partei ist nicht republikanisch, die Frage: Monarchie oder Republik, ist mir gleichgültig! Wir werden niemals die Republik verteidigen, denn damit würden wir uns wieder täuschen lassen! Rednerin appelliert an die revolutionäre Kraft der Deklassierten!

Jaurès will diese Worte nicht ernst nehmen. Dächte die Seine-Föderation wirklich so, wäre das nicht nur eine Gefahr für die Republik, sondern auch ein Bankrott des Sozialismus. (Lebhafte Beifall.) Bezüglich der Taktik im zweiten Wahlgang schließt sich der Redner der Baillantischen Argumentation an. Vreton will uns schon heute binden. Das geht aber nicht. Die politische Situation ist nicht mehr dieselbe wie 1906. Die Lösung des religiösen Problems hat die Mauer niedergedrückt, die die bürgerliche Linke von den konservativen Parteien schied. Als das soziale Problem in seinen vielen Formen im Vordergrund erschien, wich die radikale Partei zurück. Sie sucht mehr oder minder versteckte Kompromisse, stellt zweideutige Kandidaten auf. Darum müssen wir uns beunruhigen, die einfache Zurückziehung unserer Kandidaten zu beschließen, ohne den Föderationen das Recht zu nehmen, über die unter den besonderen Umständen erforderliche Haltung selbst zu bestimmen. Aber eine Autonomie, die den Föderationen erlaube, die taktischen Grundzüge der Gesamtpartei zu verletzen, können wir nicht gewähren. Ueber den Vorschlag der radikalen Partei müssen wir zur Tagesordnung übergehen. In demselben Augenblick, wo diese Partei uns einen Post anbietet, schlägt sie ihn auch der demokratischen Union vor, die uns in den Bann getan hat. Wir kämpfen allein, aber wir wollen und nicht selbst isolieren, sondern die Nation erobern. Darum müssen wir aber auch uns selbst treu bleiben und dürfen auf keine zweideutigen Anerbietungen eingehen. Wir kritisieren die radikale Partei, aber wir können unsere Waffen nicht der Reaktion entleihen, ohne uns der Gefahr auszugeben, die Quellen unseres Wachstums zu vergiften. Auch um die Klientel der konservativen Parteien zu gewinnen, dürfen wir keine anderen als unsere eigenen Mittel

Kleines feuilleton.

Der Kellamedichter. Herrliche Blüte des Kapitalismus! Der Lichter reißt im Aufzug des Unternehmertums. Die „Dreier Nachr.“ schreiben:

„Mit dem Reichspostdampfer „Lühov“ hat vergangene Woche Richard Voh die Reise nach Genoa angetreten, um von dort mit der Levante-Linie des Norddeutschen Lloyd eine Fahrt nach Athen, Konstantinopel und dem Schwarzen Meere zu machen, die er in mehreren Artikeln für die „Neue freie Presse“ in Wien und zwei größeren Essays für Rodenbergs „Deutsche Rundschau“ zu schildern gedenkt. Die Aufsätze sollen dem Andenken des verstorbenen Herrn Generaldirektor Dr. Wiegand gewidmet sein und eine Würdigung seiner Verdienste enthalten und werden sicherlich durch farbenprächtige Beschreibung, wie wir sie bei dem berühmten Dichter römischen Landes und Lebens gewohnt sind, in vielen Lesern den Wunsch erwecken, die Küsten des östlichen Mittelmeeres aus eigener Anschauung kennen zu lernen, wozu eben die Levante-Linie seit kurzem die beste und bequemste Gelegenheit bietet.“

Richard Voh, der eine Unmenge schlechter Dramen und wenig besserer Romane veröffentlicht hat, galt bisher immerhin als literarisch einwandfreier Schriftsteller. Sein Uebergang zum Kellamedisch beweist aufs neue die skrupellose und kulturfeindliche Rücksichtslosigkeit des Kapitalismus. Der Dichter schlägt obendrein zwei Fliegen mit einer Klappe. Die eine Fliege ist der verstorbene Scharfmacher Wiegand, der auf diese Weise eine literarische Rettung erfahren soll (er hat sie nötig!), während zugleich der Norddeutsche Lloyd eine fastige Kellame im redaktionsellen Teil zweier verbreiteten bürgerlichen Blätter erhält.

Leo Tolstoi über den Beruf des Schriftstellers. In den nächsten Tagen erscheint in Rußland ein Sammelband, dessen Ertrag den vom Erdbeben in Messina Betroffenen zugute kommen soll. Viele namhafte russische Schriftsteller haben Beiträge geliefert, und unter anderem soll auch ein Brief von Leo Tolstoi an den Dichter A. Andrejew, der ihm seine (im „Vorwärts“ abgedruckte) Erzählung „von den sieben Geherten“ gewidmet hat, veröffentlicht werden. Tolstoi läßt sich dort folgendermaßen über die Schriftstellerei aus:

„Ich glaube, daß man erstens nur dann schreiben soll, wenn der Gedanke, den man äußern möchte, einen so stark verfolgt, daß man nicht eher von ihm loskommt, bevor man ihn nicht nach Kräften und Vermögen ausgedrückt hat. Alle anderen Beweggründe aber — Ehrgeiz und besonders die widerlichen materiellen Ursachen — können nur die Aufrichtigkeit und den Wert des Schriftstellers beeinträchtigen. Davor soll man sich sehr in acht nehmen. Ein zweiter Umstand, den man oft antrifft und woran besonders unsere zeitgenössischen Schriftsteller oft krankt (die ganze Befehdung beruht darauf) — ist der Wunsch, original und eigenartig zu sein und den Leser in Erstaunen zu versetzen und zu überraschen. Das hat eine noch größere Bedeutung als jene Beweggründe, die ich vorher erwähnte. Es schaltet die Scllichtheit aus, diese ist aber eine unerlässliche Bedingung des Schönen. Das Schlichte und das Ungeklärteste kann schlecht sein, jedoch das Nichtschlichte und das künstliche kann gut sein. Ein dritter Umstand ist die Hast beim Schreiben. Sie ist auch schädlich und außerdem ein Zeichen dafür, daß das wahre Bedürfnis, seine Gedanken zu äußern, fehlt. Denn ist ein wahres Bedürfnis vorhanden, so wird der Schriftsteller weder die Mühen, noch Zeit scheuen, um seinen Gedanken bis zur vollen

Bestimmtheit und Klarheit durchzuarbeiten. Ein vierter Umstand ist der Wunsch, dem Geschmacke und den Forderungen der Mehrheit des lesenden Publikums zur gegebenen Zeit zu entsprechen. Das ist besonders schädlich und zerstört schon im voraus die ganze Bedeutung von dem, was man schreibt.“

Vielleicht kann all das Gesagte Ihnen von Nutzen sein. Sie schreiben, daß der Wert Ihrer Werke in der Aufrichtigkeit liegt. Ich erkenne nicht bloß das an, sondern meine auch, daß Ihr Ziel gut ist. — der Wunsch am Wohle der Menschen mitzuarbeiten. Ich glaube, daß Sie auch in der eigenen bescheidenen Beurteilung Ihrer Werke aufrichtig sind. Das ist um so besser von Ihnen, weil der Erfolg, den Ihre Werke haben, Sie im Gegenteil veranlassen könnte, ihre Bedeutung zu überschätzen. Ich habe Sie viel zu wenig und zu unaufmerksam gelesen, wie ich überhaupt wenig schöne Literatur lese und dafür Interesse habe. Aber noch dem, was ich von Ihren Schriften kenne und soweit ich mich dessen erinnere, würde ich Ihnen raten, mehr daran zu arbeiten und den Gedanken in ihnen bis zur letzten Genauigkeit und Klarheit durchzuführen.“

Streitende Schriftsteller. Korst forfatter forening — die Organisation der Schriftsteller Norwegens — hat einstimmig beschlossen, über das im Verlage der Aktiengesellschaft Habritius u. Söhne erscheinende Weihnachtsheft „Jul i Norge“ die Sperre zu verhängen. So lange der bisherige Disponent, Scheibler mit Namen, die Sache in Händen hat, soll keines seiner Mitglieder Beiträge für dieses Unternehmen liefern, noch irgendwie sich daran beteiligen. Die Verlagsgesellschaft behauptet, daß der Beschluß nichts anderes als eine einseitige Sympathieäußerung der Schriftsteller für ihren Organisationsvorsitzenden Jakob Hilditch sei, der seit drei Jahren „Jul i Norge“ redigierte und dem nun diese Arbeit entzogen worden ist. Jakob Hilditch hat dagegen eine Erklärung veröffentlicht, wonach die Ursache des Streites mit der Firma darin zu suchen sei, daß der Disponent durchaus nicht dafür zu haben war, bei der Zusammenstellung des Heftes die nötigen literarischen und künstlerischen Rücksichten wahren zu lassen. Auch der bekannte Maler Erik Werenskiöld, der mit der Leitung des künstlerischen Teiles beauftragt war, mußte im vorigen Jahre zurücktreten, weil es ihm unmöglich war, mit dem Disponenten zusammen zu arbeiten.

Die Firma kündigte an, daß „Jul i Norge“ wie früher auch in diesem Jahre in reicher Ausstattung erscheinen werde. Sie rechnet also offenbar mit Streitrecherarbeit.

Neue Straßenbahnwagen. Die größte Zahl von Unfällen im Straßenbahnbetrieb ist wohl auf das Auf- und Absteigen von den in Fahrt befindlichen Wagen zurückzuführen. Bei neuen Wagen, die seit Oktober vorigen Jahres in Philadelphia laufen, soll dies auf einfache Weise vermieden werden. Die Wagen besitzen zwei vollkommen umschlossene Plattformen, die aber ins Wageninnere mit einbezogen sind, so daß zwischen ihnen und dem Wagen selbst keine Türen vorhanden sind. Die vordere Plattform, auf der sich auch der Führerstand befindet, dient nur zum Aussteigen, die hintere auf der der Schaffner seinen Platz hat, nur zum Einsteigen. Gezahlt wird nur beim Einsteigen, während man an dem Schaffner vorbeizieht. Bevor sich der Wagen in Bewegung setzt, werden nun die nach außen führenden Schiebertüren beider Plattformen durch Druckluft vom Wagenführer oder Schaffner geschlossen und gleichzeitig die zu den Plattformen führenden Stufen hochgeklappt. So lange sich nun der Wagen in Fahrt befindet, bleiben die Türen geschlossen und die Stufen hoch-

geklappt, so daß während der Fahrt ein Verlassen oder Bestiegen des Wagens ausgeschlossen ist.

Humor und Satire.

Der Renommist.

In einem Winkel, genannt die Dutz, Wo allerlei Kram, Der nichts mehr nütze, Zusammenkam; Bei alten Hüten, alten Vasen, Bei Löpfen, ohne Henkel und Rasen, Befand sich ein Reiterstiefel auch, Jetzt nur noch ein faltiger Lederfischlauch, Großmächtig hat er das Wort geführt Und ganz gewaltig renommisiert:

„So, damals! Ich und mein Kamerad! Immer sein gewidmet von hinten und vorn, Bligblank der Sporn, Durch die Straßen geklirrt, Alle Herzen verwirrt, Es war ein Staat! Hurra, der Krieg! Raubstot oder Sieg! Unser Herr Leutnant, Schneidig, Schwert in der Hand; Doch hält ich nicht gespart sein Pferd, Verloren war die Schlacht von Wörth.“

In dem Moment, zu aller Ehre, Trat plötzlich hervor aus seiner Ede Ein strammer Reiterbesen. „Ginaus!“ rief er, „du alter Renommist! Was schert es uns, was du gewesen; Wir sehen, was du bist!“ —

Ein Schubbs. Ein Schwung, Der Stiefel liegt draußen auf dem Dung.

(Wilhelm Busch in der Sammlung nachgelassener Gedichte: „Schein und Sein“. Verlag von L. Joachim in München.)

Notizen.

— Die leichteste Münze. Aus Paris wird berichtet: Die Tage der kupfernen Sousstücke (zu 5 und 10 Centimes) sind gezählt. Die großen braunen Münzen werden eingezogen und an ihrer Stelle werden neue Ein- und Zweifelhöcker ausgegeben, die wohl die leichtesten Münzen der Welt sein werden. Denn die neuen Stücke werden aus Aluminium geprägt. Es sollen für 63 Millionen fünf- und zehncentimstücke ausgegeben werden.

— Der tiefste See der Provinz Brandenburg scheint, wie im „Globus“ mitgeteilt wird, der Große Stechlinsee im Kreise Templin nahe der Meßener Grenze zu sein. Dieser 417 Hektar große See befindet sich nach dem im Mai 1906 ausgeführten Lotungen der Preussischen Geologischen Landesanstalt eine Maximaltiefe von 64,5 Meter, übertrifft also den bisher als tiefsten brandenburgischen See bekannten Tüchelsee im Kreise Sternberg um 11,5 Meter und den tiefsten ostpreussischen See, den Wudzigsee um 0,5 Meter. Unter den norddeutschen Seen gebührt jetzt dem Großen Stechlinsee nach dem Dratzigsee und Schansee die dritte Stelle.

gebrauchen. Wir dürfen von unserem Programm des Republikanismus, der Demokratie, der Weltlichkeit nicht ein Lipfchen opfern. Die demokratischen Massen sind für uns auch leichter zu gewinnen als die unter der kirchlichen Vormundschaft stehenden. Schon der Radikalismus war ein erster Aufschwung der Bauern. Engels hat das gegenüber Lafargue anerkannt, als er sich vor 20 Jahren für die Unterwerfung Clemenceaus aussprach. Wir dürfen die politischen Freiheiten, den Parlamentarismus, nicht töten, sondern organisieren. Den vom Radikalismus enttäuschten Wählern müssen wir die Vollendung der Demokratie in den sozialistischen Lösungen darbieten.

Zweiter Verhandlungstag.

St. Etienne, 14. April. (Fig. Ver.)

In der Vormittags-Sitzung wird die Debatte über die Wahlaktive zu Ende geführt. Es spricht u. a. Hervé, der die Resolution der Gemeinlichkeit verteidigt. Er verteidigt sich gegen den Vorwurf Bretons, daß er seinen Standpunkt in der Frage der Stichwahlbündnisse geändert habe. Nicht er, sondern die Radikalen hätten sich geändert. Er erklärt sich auch gegen den Proporz, der sozial-konservative Wirkungen habe. Er verteidigt die inoffizielle Methode als die einzige, die das Proletariat zum Siege führe. In einer längeren Unterbrechung führt Guesde unter förmlichem Weisfall den Unterschied zwischen seiner und Hervés Auffassung der Insurrektion aus, die für ihn kein Dogma, sondern eine historische Notwendigkeit nach Erschöpfung aller gesetzlichen Mittel sei.

Delors spricht für die Aufrechterhaltung des Status quo, der Resolution von Chalons, die im zweiten Wahlgang den Föderationen die Möglichkeit läßt, die durch das Interesse des Proletariats geforderten Entscheidungen zu treffen.

Der Jahreskongreß der belgischen Partei.

Brüssel, 12. April. (Fig. Ver.)

Erster Verhandlungstag.

Wie seine letzten Vorgänger, hatte sich auch der diesmalige Parteitag zum größten Teil mit aktuellen politischen Fragen zu befassen und die tatsächlichen Richtlinien in der Beziehung auch die prinzipielle Haltung der Partei dazu festzustellen. Allerdings sprengte die Debatte zuweilen den Rahmen, der ihr durch die Tagesordnung vorgezeichnet war, wie insbesondere bei den Beratungen über die Militärreform. Hier hatte es sich nicht darum gehandelt, eine Aussprache des Parteitages über das militärische Problem im allgemeinen und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm zu pflegen, sondern darum, die Haltung der Sozialdemokratie bzw. der sozialistischen Fraktion im Falle der Vorlage eines neuen Militärgesetzes (im Sinne der Ausführungen des Kriegsministers Fellebant) festzustellen. Nichtsdestoweniger geriet hierbei die Debatte in das Fahrwasser des Antimilitarismus und aller mit ihm zusammenhängenden Fragen. Die Mehrzahl der Redner hat indes abgesehen, die Diskussion in diesem Sinne zu führen, ebenso einen Antrag, der dahinging, die sozialistische Fraktion zu beauftragen, bei Vorlegung eines Militärgesetzes in der Kammer einen Antrag auf Abschaffung des Heeres zu stellen. Vielmehr schloß sich der Parteitag der Auffassung Vanderbelles an, daß die Aufgabe der Partei in der augenblicklichen Situation darin zu bestehen habe, ein demokratisches Militärgesetz durchbringen zu helfen, das mit den bestehenden Ungerechtigkeiten aufzuklärt, ohne die militärischen Lasten zu erhöhen.

Vollständig zu nennen — nicht nur im Sinne des berühmten Wortes, daß die Schule ein „Politikum“ ist — sind vor allem auch die beiden Schulfragen, denen der Parteitag mit Recht einen breiten Raum in den Verhandlungen anwies. Es handelt sich hierbei um zwei Gesetzesentwürfe des kirchlichen Führers Woeste betreffend die Errichtung von Schulkantinen und um einen Anschlag auf die Autonomie der kommunalen und Provinzialbehörden, denen bisher das Recht zusteht, Lehrerbildungsanstalten zu gründen, wogegen der Vorschlag Woestes die Befugnis dazu von der Regierung abhängig machen will.

Was die Frage der Lehrerfeminare (écoles normales) betrifft, so war die Haltung des Parteitages von vornherein gegeben, denn es handelte sich hier um die Abwehr eines kirchlichen Attentats, das in seinen Wirkungen auf die Unterdrückung von Schulkantinen hinausläuft, die für die entsprechenden kirchlichen Organisationen eine unliebbare Konkurrenz bilden. Es bedeutet wenig, daß Herr Woeste die Berechtigung seines Vorschlags damit begründen will, daß ein starker Ueberfluß an Lehrkräften vorhanden sei, die keine Beschäftigung finden und daß anserdem der Staat, auf den die finanziellen Lasten zurückfallen, ungerechtfertigten Ausgaben vorzuziehen habe. — Was jedoch die Frage der Schulkantinen betrifft, so hatte diese eine Auseinandersetzung prinzipieller Natur zur Folge und die endgültige Entscheidung durch den Parteitag erfolgte erst nach einer ziemlich scharfen Diskussion. Die Frage der Schulkantinen stellt sich, kurz gefaßt, folgendermaßen dar: Die Partei fordert neben dem unentgeltlichen weltlichen und obligatorischen Unterricht, daß der Staat auch für den Unterhalt der Kinder sorgt. Tatsächlich haben in einzelnen Gemeinden des Brüsseler Bezirks wie auch in verschiedenen Provinzen die Kommunalverwaltungen für die Speisung von Schulkindern Vorkehrungen getroffen. Während nun die Liberalen der Meinung sind, daß nur die Kinder der offiziellen Volksschulen des Vorteils der Speisung und eventuellen Bekleidung von Kleidungsstücken teilhaftig werden sollen, in Konsequenz der Auffassung, daß nur den offiziellen Schulen Unterstützungen gebühren, vertritt die Partei den Grundsatz, daß mit dem Recht auf den Unterricht auch das Recht auf den Unterhalt, und zwar für jedes Kind ausnahmslos, verbunden sein muß. So haben in der Praxis auch unsere Genossen in Gent und St. Gilles (Brüssel) gehandelt, wo durch ihre Anträge in der Kommune die Kinder aller Schulen, also auch der kongregationistischen (kirchlichen), an der Speisung teilnehmen können. Ein Teil der Parteigenossen vertrat nun auf dem Parteitag einen Standpunkt, der im Grunde mit dem der Liberalen identisch ist und der in der Praxis bedeutet, daß jene Kinder, die von ihren Eltern in die kongregationistische Schule geschickt werden, das Recht auf einen Teller Suppe oder einen Wettermantel verlieren. Der Parteitag hat der Auffassung zugestimmt, daß ohne Rücksicht auf Erwägungen politischer Art, die ja gewiß manches für sich haben, aber deren Berücksichtigung die Grundzüge der menschlichen Solidarität verletzen würden, das Recht des Kindes gewahrt werden muß.

Einig war der Kongreß natürlich in dem Entschluß, dem kirchlichen Gesetzesvorschlag mit ganzer Kraft entgegen zu treten, der die ganze Frage der Schulkantinen in die Sphäre der öffentlichen Wohltätigkeit rückt, sie aus einem Werk sozialer Notwendigkeit in eins der öffentlichen Wohltätigkeit umzuwandeln will. Es versteht sich von selbst, daß hinter dem Woestischen Vorschlag noch ein kirchlich-politisches Manöver steckt.

Der Kongreß fand an den Ostertagen im Brüsseler „Maison du Peuple“ statt. Es waren 610 Delegierte anwesend, die 451 Gruppen vertraten. Zum Vorsitzenden wurde der Abgeordnete Demblon gewählt. — Die Berichte der Fraktion, der sozialistischen Gemeinderäte sowie der Gewerkschaftskommission wurden nach kurzer Diskussion zur Kenntnis genommen. Bei dem Parlamentarischen Bericht berichtete sich Chapelette (Antwerpen) über die Stellung, die einzelne Deputierte bei den Kammerverhandlungen über das Gewerbeverordnungsrecht in der Sprachenfrage eingenommen haben, indem sie gegen die Bestimmung votierten, die die Kenntnis des flämischen vom Präsidenten verlangt. Derwagne wünscht, daß sich die Partei zu gelegener Zeit mit der Sprachenfrage beschäftige.

Der Bericht der Gewerkschaftskommission konstatiert, daß ihr gegenüber den 55 840 Mitgliedern des Jahres 1907 nach der letzten Zählung 67 418 Mitglieder angehören. Der Bericht hebt bebauernd hervor, daß von 58 000 organisierten Gewerkschaftern nur zehntausend der Kommission angeschlossen sind. Die Gewerkschaftspresse zählt 23 Blätter mit einer Auflage von rund 1 600 000 Exemplaren. Der Bericht weist auch darauf hin, daß sich das Prinzip der Zentralisation allmählich auch in Belgien durchsetzt.

Militärfrage.

Jacquemotte, dessen Resolution über die Militärfrage (Abolition der stehenden Heere, antimilitaristische Propaganda, Bekämpfung aller militärischen Organisationen usw.) wir eingangs bereits erwähnt haben, sowie eine Reihe anderer Parteigenossen betonen das Moment der antimilitaristischen Propaganda.

Troclet bemerkt, daß das sozialistische Ideal allerdings die allgemeine Abrüstung sei; vorläufig gelte indes es zu verhindern, daß die Armee gegen die Sozialdemokratie gelehrt bleibe und daß die militärischen Grundreformen durchgeführt werden. Der Redner äußert sich sehr pessimistisch über die Vorschläge des Kriegsministers, dessen Gesichtspunkte rein militaristisch seien.

Vanderbelde will das antimilitaristische Problem von dem in Frage stehenden gänzlich geschieden wissen.

Die Frage ist, was wir in der Kammer bei der Militärreform tun werden. Es wäre bequem, einen Antrag auf Abrüstung einzubringen. Man würde dagegen stimmen und uns ins Gesicht lachen. Bei einem neuen Militärgesetz werden wir folgende Nichts tun einhalten: wir werden für alles stimmen, was eine Verminderung der militärischen Lasten herbeiführt, und alles verwerfen, was sie erschweren würde. Mit antimilitaristischen Resolutionen wird man den Militarismus nicht abschaffen. Keine Politik des Alles oder Nichts!

Der Berichterstatter Delporte fordert, seinen Bericht resumierend, die Annahme folgender Forderungen:

- I. Allgemeine persönliche Dienstpflicht;
- II. Herabsetzung der Dienstzeit auf das geringst mögliche Maß;
- III. Herabsetzung der gesamten Dienstzeit von dreizehn auf sechs Jahre.

Hubin verteidigt seine Stellung in der Kammer zum Militärgesetz: Die Vorschläge des Kriegsministers treffen sich mit unserem Standpunkt, und insofern habe ich zugesagt, das Projekt zu diskutieren.

Vanderbelde gibt die Erklärung ab, daß er für einen Antrag, der auf die alleinige Abrüstung Belgiens zielt, nicht stimmen würde.

Zum Schluß der Debatte wird die Tagesordnung Delporte mit allen gegen 15 Stimmen angenommen, desgleichen eine Resolution Vanderbelde, in welcher der Kongreß sich für eine Propaganda gegen den Militarismus erklärt und einer demokratischen Reform der Milizgesetze zustimmt, welche der Stellvertretung und der Auslösung ein Ende setzt, ohne daß dabei die militärischen Lasten erhöht werden. Keinesfalls dürfen die sozialistischen Deputierten einer Vorlage ihre Zustimmung geben, die eine Vermehrung der Lasten zur Folge haben würde.

Zweiter Verhandlungstag.

Brüssel, 13. April. (Fig. Ver.)

Den Vorsitz führt wieder Deputierter Demblon. Genosse De Brouckere, Chefredakteur des „Peuple“, konstatiert die sich allmählich günstiger gestaltende finanzielle Lage des Hauptorgans der Partei.

Nach dem Bericht der Föderation der Konsumgenossenschaften geht der Parteitag in die Beratung des Gesetzes Woeste betreffend die Lehrerbildungsanstalten über.

Vanderbelde charakterisiert den Plan des kirchlichen Führers Woeste, der sich ansieht, gegen eine Reihe von kommunalen und provinziellen Lehrerbildungsanstalten einen Schlag anzuführen, um die kirchlichen Schulen zu fördern. Der Gesetzesvorschlag, der die kommunale und provinzielle Autonomie zu einem leeren Wort machen würde, indem künftig Schulen nur mit Bewilligung der Regierung gegründet werden dürfen, eventuell auf ihr Gehalt unterdrückt werden müssen — dieser Anschlag müsse durch eine Agitation im ganzen Lande, durch Proteste der Gemeindeverwaltungen bereits im Keime erstickt werden, damit das Gesetz überhaupt nicht zur Diskussion kommen kann.

Der Parteitag votiert einstimmig im Sinne Vanderbelles.

Der Bericht über die Frage der „Schulkantinen“ verweist den Kongreß auf zwei Gesichtspunkte: auf die Haltung, die die sozialistischen Vertreter in den kommunalen und Landesverwaltungen zur Errichtung von Schulkantinen einzunehmen haben, und zweitens auf die Stellungnahme des Kongresses zum Gesetzesvorschlag Woeste-Trooz, durch welchen den Kommunen und Provinzialverwaltungen das bisherige Recht entzogen werden soll, autonom wie bisher über die Einführung der Speisung der Schulkinder und der Bekleidung von Kleidungsstücken für Schulkinder zu verfügen. Der Woestische Vorschlag zielt darauf ab, dieses Recht auf die Armenverwaltungen zu übertragen, wodurch das Recht der Schulkinder auf Speisung und Bekleidung in eine Wohltat umgewandelt wird und nicht mehr die „Bedürftigen“, sondern nur die „Armen“ dieser Vorteile teilhaftig werden würden.

Genosse Rena ist der Meinung, daß man die kirchlichen Schulen unter keinem Vorwand an kommunalen Unterstützungen teil haben lassen darf, daher die Schulkantinen nur Kindern der offiziellen Schulen! Wenn die Partei das Recht des Kindes auf Existenz geltend mache, so möge sie für Gemeindefantinen eintreten, die allen Kindern offen stehen. Aber weder direkte noch indirekte Unterstützungen an die Klosterkassen!

Auch Deputierter Pöpin vertritt in scharfer Weise diese Auffassung, die nach ihm dem Programm der Partei entspreche und die die Sozialisten in Hennegau und in der Provinz Lüttich eingenommen haben, wo die von den kommunalen und provinziellen Verwaltungen gewährten Unterstützungen ausschließlich für die weltlichen Schulen reserviert sind. Auch Pöpin ist für die Errichtung von Gemeindefantinen, zugänglich für alle Kinder. „Aber keine Verquickung des öffentlichen Unterrichts mit dem kirchlichen!“

Vinl sagt, es gäbe für die Partei nur einen Gesichtspunkt in der Frage: den des Klassenstandpunktes. Kinder und oft auch die Eltern sind nicht verantwortlich für die Werke der Schule, für die oft ökonomische und andere Pressionen maßgebend sind. Wir würden nur die Opfer haben lassen. ... Aus den Unzulässigkeiten, die man heute nicht trägt, würden später „Gelbe“ und nicht „Rote“ werden! Wo wir in der Majorität sind, sagt Vinl, gründen wir Gemeindefantinen, offen für alle Kinder, auch für die beherrschtesten, die gar keine Schule besuchen! Sind wir in der Minorität, aber haben wir Einfluß auf eine der bürgerlichen Parteien, dann sorgen wir dafür, daß die möglichst große Anzahl Kinder vor physischer Verelendung geschützt wird! — Vergessen wir nicht, daß auch viele von uns religiös erzogen worden sind!

Es sprechen noch einige Redner, zum Schluß Abg. Desroë. Er empfiehlt die Tagesordnung Vanderbelde, die die wünschenswertesten Richtlinien vorschreibt. Diese Resolution stellt einleitend fest, daß es entsprechend dem sozialdemokratischen Programm Pflicht der sozialistischen Abgeordneten ist, das Recht des Kindes auf Existenz zu schützen, indem sie in den Kommunen die Schaffung von Gemeindefantinen anstreben, die allen Kindern ohne Unterschied zugänglich sein sollen. Ferner spricht der Kongreß den Wunsch aus, daß die sozialistischen Mandatäre danach trachten, daß Gemeindefantinen errichtet werden, die allen Kindern bis zu 14 Jahren, ohne Rücksicht darauf, welche Schule sie besuchen und ob sie eine besuchen, zugänglich sein sollen; und beauftragt die

sozialistischen Senatoren und Abgeordneten, den Antrag Woeste de Trooz zu bekämpfen und seine Nähe zu scheuen, um seine Verwertung herbeizuführen. Mit großer Majorität verworfen wurde der Antrag Pöpin, der die von ihm vertretene Auffassung wieder spiegelt.

Ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge an den Generalkongreß wurde dahin erledigt, daß der Kongreß sich für die Abhaltung eines Referendums über diese Frage entscheidet.

Der Präsident schloß hierauf, nachdem er noch der im nächsten Jahre stattfindenden Kammerwahlen in den flandrischen Landesteilen und des gleichfalls 1910 zu feiernden 25jährigen Gründungsjubiläums der belgischen Arbeiterpartei gedacht, mit einem Hoch auf die Internationale den Kongreß.

Fünftehnter Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Rotterdam, 12. April.

Nach Troelstras Rede über die Wahlaktive hält B. G. Wiegen ein Referat über die Arbeiteraltersversicherung. Er widerlegte die verschiedenen Einwände der Gegner, die sie dieser Forderung entgegenstellen. Zum Schluß führt er aus, es sei ein Leichtes, die Mittel aus einer Vermögens- und Erbschaftsteuer mit richtig angewandter und genügender Progression zu finden. Die jetzt für Armenfürsorge verausgabten Mittel würden bedeutend abnehmen. Ferner seien aus einer Verringerung der Aktiengesellschaften und der „toten Hand“, sowie durch Beschränkung der Ausgaben für den Militarismus die Mittel leicht zu erhalten. Bei den Wahlen gelte es, diese Forderung energisch zu vertreten; die Partei müsse dabei betonen, daß die Arbeiter keine bürokratische Versicherung wollen.

Ueber den Zehntentag referiert J. van den Tempel, zweiter Schriftführer des Verbandes der Gewerkschaften. Er fordert, daß man für diese Forderung bei den Wahlen kräftig eintrete.

Dann referiert Wibus über die Wohnungsfrage. Er will den Entwurf eines Wohnungsgesetzes, der die Kammer beschäftigen wird, dahin verbessert sehen, daß den Gemeinden nicht nur erlaubt wird, sondern daß sie verpflichtet werden, Bauordnungen zu erlassen, die die Wohnverhältnisse der Gebäude festlegen, schlechte Wohnungen zu schließen, an gemeinnützige Bauvereine Vorkaufe zu geben und selbst Wohnungen zu errichten. Und der Staat soll nicht nur die Befugnis, sondern die Verpflichtung haben, den Gemeinden Beiträge zu geben.

An der Diskussion über diese Referate beteiligten sich 15 Redner, worunter

Th. van der Waerden-Amsterdam 5, der den bürgerlichen Kandidaten bei den Stichwahlen die Frage stellen will, ob sie für unbeschränktes allgemeines Wahlrecht sind. Nur solche, die das erklären, sollen unterstützt werden, sonst niemand, außer offiziell noch offiziell. Stehen Gegner des Wahlrechts einander gegenüber, dann soll die Partei Enthaltung proklamieren.

A. G. Verhard-Amsterdam 1-6, wendet sich gegen Troelstras Angriffe auf die ausgegrenzten Massen, die Redner noch als Freunde betrachtet, wenn auch als verirrte, von denen er hofft, daß sie recht bald in die Partei zurückkehren. Aus dem Antrag der Abteilung des Redners, der das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen als einzige Wahlreform will, habe Troelstra eine Karrikatur gemacht. Ein Wahlprogramm sei ein Versprechen, das den Eindruck mache, daß es möglich sei, es zu erfüllen. Die lächerliche Darstellung Troelstras, als ob des Redners Abteilung meine, daß mit dem allgemeinen Wahlrecht alles zu erreichen sei, weise er von sich. Aber erst nach Einführung des Wahlrechts sei etwas zu erzielen, ohne dieses nichts. Alles was ohne dieses Wahlrecht zustande komme, sei Betrug, verdorben, eine Scheinmaßregel. Des Redners Abteilung fühle, daß ein Wahlprogramm Lebensversicherung der parlamentarischen Arbeit sei. Nicht die Anzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten bewirke es, daß eine Reform zustande komme, sondern die Kraft der sozialistischen Bewegung.

Leeuwenberg-Enschede, hält es für feststehend, daß unter den Genossen ein antiklerikaler Geist herrsche, weil die kirchlichen Parteien stets der Reaktion dienen, die Liberalen aber seien jetzt ebenso reaktionär geworden, dahingegen trete ein demokratischer Sinn unter den katholischen Arbeitern auf, der gefördert werden müsse, die Scheidungslinie müsse sein: konfessionell und demokratisch. Bei den Stichwahlen verlangt Redner strikte Enthaltung, wenn zwei Gegner des allgemeinen Wahlrechts einander gegenüberstehen.

Ramens der Abteilungen Amsterdam 5, 8 und 9, Hilversum, Enschede, Jaandam, den Haag, Middelburg, Horn, Rouwerd und Noordhollum beantragt van der Goes folgende Stichwahlresolution:

„Bei den Stichwahlen wird kein Kandidat unterstützt, der kein Befürworter des allgemeinen Wahlrechts ist. Die Partei empfiehlt in solchen Fällen ihren Wählern Enthaltung an.“

van der Goes ist erfreut darüber, daß Troelstra nicht mehr die Gegenüberstellung: Demokratie und Konfessionalismus gemacht habe, sondern die: Arbeit und Kapital. Deutlich müsse gezeigt werden, daß kein Vorzug für irgendeine bürgerliche Partei bestehe, demokratisch und absichtlich müsse Enthaltung bei Stichwahlen zwischen Gegnern des allgemeinen Wahlrechts empfohlen werden; einmal müsse damit ein Anfang gemacht werden und gelinge es auch nicht das erste Mal, auf die Dauer würden die sozialdemokratischen Wähler der Lösung der Partei Folge leisten.

Auch der größte Teil des Vormittags des dritten Sitzungstages ist noch den Wahlen gewidmet.

van Sol fürchtet, daß die Wähler die Enthaltungspartei nicht befolgen würden und Stichwahlenthaltung komme auf Unterstützung der Reaktion heraus, das kirchliche Kuppel-Regime werde nicht belebt und damit die Freiheit der Beamten, des Unterrichts usw. gefährdet. Die Befürworter der Stichwahlresolution van der Goes hätten kein Auge für die wirklichen Verhältnisse. Um des allgemeinen Wahlrechts willen förderten sie seine schlimmsten Gegner.

Troelstra beantragt folgende Resolution:

„Der Parteitag konstatiert, daß nicht der Gegensatz der bürgerlichen Parteien den politischen Kampf beherrscht, sondern der gesellschaftliche Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, und daß es die Pflicht der Partei ist, die Augen der Arbeiter für diesen Gegensatz zu öffnen, damit sie sich dem Einfluß der kapitalistisch gestimmten Parteien entziehen und sich um die Partei ihrer eigenen Klasse, die Sozialdemokratie, scharen.“

Er beauftragt den Parteivorstand, die prinzipielle Bedeutung des bevorstehenden Wahlkampfes in einem Manifeste an die Arbeiter auseinanderzusetzen und darin den Standpunkt zu entwickeln, den die Arbeiterklasse sowohl beim ersten Wahlgang, wie bei der Stichwahl einzunehmen hat, alles in dem Sinne, wie es im Referate über die Angelegenheit auf dem Parteitage geschehen ist.

Namentlich muß dabei den Arbeitern angeraten werden, sich auch bei den Stichwahlen nicht durch die Sucht leiten zu lassen, sei es den freisinnigen, sei es den kirchlichen Parteien eine Regierungsmehrheit zu verschaffen, sondern allein von dem Bestreben, die ökonomische und politische Stärkung der Arbeiterklasse zu fördern.

Die Ausführung dieser Aufgabe wird dem Parteivorstand überlassen, der sich dabei mit den anderen leitenden Organen der Partei und für jeden bestimmten Fall mit der beteiligten Abteilung ins Einvernehmen zu setzen hat, in dem Sinne, daß in jedem Falle die Unterstützung der Partei dem Befürworter des allgemeinen Wahlrechts zu teil wird.“

In längerer Rede bespricht der Antragsteller die geführte Diskussion, aus der allgemeine Uebereinstimmung über die Grundlage des Wahlkampfes hervorgegangen sei. Nur das Programm und die Haltung bei den Stichwahlen seien kritisiert worden. Wenn man aber absichtlich vom Wahlprogramm die schon lange geforderten Reformen absehe und sich auf das allgemeine Wahlrecht festlege,

Stimme man machtlos im Parlament. Der Delegierte von Amsterdam 1-6 habe in direkte Aktion in der Politik befürwortet, welche der syndikalistischen im ökonomischen Kampfe gleichzustellen sei. Redner befürwortet die Entscheidungsfreiheit des Parteivorstandes bei den Stichwahlen. Man müsse auch mit der christlichen Demokratie rechnen.

Auf eine Frage eines Delegierten, was unter einem Befürworter des allgemeinen Wahlrechts zu verstehen sei, antwortet der Vorsitzende Biegen, es stehe fest, was die S. D. A. P. unter allgemeines Wahlrecht verstehe, die bürgerlichen Kandidaten aber könne man nicht auf jeden kleinen Unterschied hin examinieren, die Partei halte an der Allgemeinheit des Wahlrechts fest.

Troelstra fügt hinzu, wenn die Formel der S. D. A. P. den bürgerlichen Kandidaten vorgelegt werde, dann wäre das überflüssig, da keiner von ihnen für diese sei. Aber das allgemeine Wahlrecht, wie es von der Liberalen Union und dem Freisinnig-Demokratischen Bunde befürwortet werde, sei der Förderung wert. Wer Prüfungswang, Verstärkung der Ersten Kammer und dergleichen befürworte, werde nicht unterstützt, wohl aber derjenige, der zwar für allgemeines Männer-, aber doch für beschränktes Frauenwahlrecht eintrete.

Wibaut, Parteivorstandsmitglied, wendet sich gegen Unterstützung der Befürworter des Damenwahlrechts. Der Vorsitzende sieht hierin ebenfalls eine neue Klassenforderung der Bourgeoisie.

Troelstra: Dann fällt die Liberale Union für die Unterstützung aus.

Vorsitzender: Die Liberale Union schiebt keine Klasse aus, aber will nur die unverheiratete Frau wählen lassen. Aus dieser Diskussion erhelle, daß man in dieser Versammlung nicht zu tief auf die Details eingehen könne.

Die Resolution Amsterdam 1-6 wird schließlich bei der Abstimmung gegen nur 2 Stimmen verworfen. Das Programm des Parteivorstandes wird mit beinahe allen Stimmen angenommen, auch die Resolution Troelstra, während die von van der Goes mit großer Mehrheit verworfen wird.

Aus Industrie und Handel.

Die Haufe am Getreidemarkt.

Wilde Spekulationsmanöver werden seit einiger Zeit von Amerika aus in Szene gesetzt. Schon ehe die Wirkung der amerikanischen Spekulationsmanöver sich auf dem hiesigen Getreidemarkt bemerkbar machte, hatten die Getreidepreise steigende Richtung angenommen und einen recht hohen Stand erreicht. Steht doch Weizen schon seit einiger Zeit wieder erheblich über dem Niveau des Vorjahres. Anfang April notierte Weizen in Berlin pro Tonne 237,75 M., während im Vorjahre um die nämliche Zeit die Tonne 205 M. gekostet hatte. Am 14. April notierte Weizen an der Berliner Produktenbörse 240-242, Weizen per Mai sogar bis 245,25 M. Die gleiche steigende Tendenz wie am Berliner Weizenmarkt zeigt sich auch an den deutschen Provinz- sowie an den größeren Auslandsmärkten. Verfolgen wir die Preisbewegung bei Weizen an einigen wichtigen Markorten, so erhalten wir folgendes Bild: 1 Tonne kostete in Markt:

	Anfang Januar 1909	Anfang April 1909	Steigerung von Januar bis April
Berlin	205,50	237,75	32,25
Danzig	208,50	235,00	26,50
Mannheim	232,00	254,50	22,50
Budapest	215,95	239,85	23,90
Paris	180,80	199,30	18,50
New York	168,75	199,15	30,40

Ebenso sind in Liverpool, Odessa und Chicago erhebliche Preissteigerungen zu verzeichnen.

Gemeinverständlich ist in Berlin die Preissteigerung noch größer als in New York, dem Ausgangspunkt der wilden Haufe.

Nicht ganz so erheblich wie der Weizenpreis ist der Preis für Roggen im Laufe dieses Jahres hinaufgegangen. Eine Gegenüberstellung des Roggenpreises an einigen bedeutenden Märkten des In- und Auslandes ergibt folgende Bewegung. Der Preis für Roggen stellte sich pro Tonne auf Markt:

	Januar 1909	April 1909	Steigerung von Januar bis April
Berlin	165,75	176,00	10,25
Danzig	161,50	173,00	11,50
Mannheim	168,75	188,75	20,00
Odessa	137,10	140,50	3,40

Auch hier: Deutschland mit der Preissteigerung voran!

Weniger als der Weizen- und Roggenpreis ist seit Januar der Preis für Gerste gestiegen. Er ging am Berliner Markte von 138 bis 150 M. pro Tonne zu Anfang des Monats Januar auf 144 bis 158 M. im April hinauf. Die diesjährige Aufwärtsbewegung ist noch deswegen bemerkenswert, weil im ersten Quartal 1908 eine Preisermäßigung eingetreten war. Damals war der Preis von 157 bis 180 M. im Januar auf 141 bis 168 M. im April gesunken. Wie bei Weizen steht demnach der Preis für Gerste gegenwärtig wieder höher als im Vorjahre. Dasselbe gilt für Hafer, der sich im Laufe des ersten Quartals so verteuert hat, daß er nunmehr erheblich über dem Niveau des Vorjahres steht. Anfang Januar kostete eine Tonne Hafer erst 163 bis 181 M., im April aber stellte sich der Preis bereits auf 172 bis 202 M.; er ist demnach innerhalb des ersten Vierteljahres um durchschnittlich 15 M. hinausgegangen. In der Vergleichszeit des Vorjahres war er von Januar bis Anfang April um 10 M. gesunken; er steht gegenwärtig um 18 M. höher als zu Anfang April 1908.

Ueber die gestrigen Vorgänge an der Chicagoer Börse wird berichtet:

Unter ungeheurer Aufregung stürzte gegen Schluß der Getreidebörse Weizen, der für Realisierungen bereits 1,29 1/2 erreicht hatte, bis 1,26. Patten sprang sofort in die Bresche und kaufte alle angebotenen Quantitäten, so daß es ihm gelang, den Preis für Weizen wieder bis 1,27 1/2 zu treiben und daß Juli noch mit 1,15 1/2 schloß. Nach angeblich zuverlässigen Schätzungen hält Patten in Duluth und Minneapolis 23 Millionen Bushel Weizen für Realisierungen zurück. Sollten sich diese Gerüchte bestätigen, so würde er tatsächlich den sechsten Teil des gesamten Weizens des Landes zur Verfügung haben.

Geldrichtigkeits-Lieferungs-W. Der Reingewinn des letzten Jahres stellt sich auf 1 400 863 Mark (1907: 1 259 532 Mark); woraus wieder 10 Prozent Dividende auf die alten und 5 Prozent auf die neuen Aktien verteilt werden.

Banken trocken. Die Bankfirma Ludmann u. Soltan in Lübeck hat ihre Zahlungen eingestellt.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Freiheits- und Stimmrechtskämpferin.

Als im Juni 1904 die greise 84jährige amerikanische Frauenrechtlerin Susan Anthony bei Begründung des Weltbundes für Frauenstimmrecht die Eröffnungsworte hielt, gaben ihre ersten Worte einer tapferen westfälischen Frau, Mathilde Franziska Amede, die als treueste Kollegin, Jahr aus Jahr, Seite an Seite mit ihr für die Eroberung des Frauenstimmrechts gekämpft habe,

und deren Wirken zweifelsohne der Hauptanteil des in Amerika von den Frauen Erreichten zu danken sei, welcher der erste Platz auf dem Gebiete der Frauenstimmrechtsbewegung gebührt!

Nach den Informationen der mit der Kämpferin feiernd lebenden Amerikanerinnen, nach eifrigster Korrespondenz der noch einzig lebenden Tochter in Amerika, und nach fleißigen Materialstudien hat Frau Ruben uns nun das Leben und Wirken der Frau Amede in einer kleinen Schrift nahe gebracht. Das Lebensbild einer hochbegabten Frau entrollt sich vor unseren Augen. Kraft ihrer Persönlichkeit und ihrer Lebenserfahrungen hat sie sich aus der streng orthodox erzogenen, schwärmerischen Katholikin zur entschiedensten Freiheitskämpferin durchgerungen, die vor keinen Konsequenzen der neuen Weltanschauung zurückschreckte. Wenn auch nicht offiziell, jedenfalls der Gesinnung nach, gehörte sie zu uns. Lassen wir Frau Ruben sprechen:

Nachdem Mathilde als Tochter eines Domänenrats Giesler auf dem Gute ihres Großvaters in einem herrlichen Stück Natur in Westfalen eine schöne Jugend verlebte hatte, in der jedoch schon bei dem begabten, lebhaften, phantastisch grüblerischen Kinde Glauben und Wissen mitunter in Konflikt gerieten, wurde sie als Neunzehnjährige einem Gerichtsrat von Laboulet vermählt. Diese Ehe wurde schon nach Jahresfrist (1837) wieder gelöst. Nach dieser Zeit, während der sie auch noch um den Besitz ihres Töchterchens zu ringen hatte, stiftete sie in die Arme der katholischen Kirche, die (wie es in ihrer Biographie heißt) „mit ihrem bescheidenen Schaugepränge, mit ihrem klug berechneten Kultus Kopf und Seele der jugendlichen Phantastin gefangen genommen hatte.“ Zwei Gebetbücher waren das Produkt ihrer damaligen Seelenverfassung, — ihre ersten Gebichte. Bald folgten auch andere schriftstellerische Erzeugnisse mehr literarischen Inhalts: Gedichte, Romane, Kunstbeschreibungen und dergl. Im Jahre 1844, in welchem erst ihre Scheidung ausgesprochen wurde, entstand ein in Versen geschriebenes Künstlerdrama, das bald mit Erfolg aufgeführt wurde. Ein hohes Lied der Liebe war dieses Drama, und zugleich läßt es zum ersten Male die Zweifel des Glaubens durchblicken.

In den darauffolgenden Jahren 1845 und 1846 vollzog sich in ihr die innere Wandlung. Nach schweren Seelenkämpfen streifte sie die Fesseln des katholischen Glaubens mutig ab.

Während dieser Zeit hatte bereits eine tiefe Liebe zu dem damaligen preussischen Artillerieoffizier Fritz Amede ihr Herz ausgefüllt. Im Jahre 1847 zog sie mit ihrem Töchterchen nach Köln, wo sie seine Frau wurde.

Gerade zur Zeit der Gärung im deutschen Lande war es. Damals redigierte Karl Marx die „Rheinische Zeitung“, in der die freisinnigen Gebichte eines Herwegh, Hallersleben und Freiligrath erschienen. Auch Fritz Amede zählte zu den Freiheitsbegierigsten, und diese Freiheitsdichter und viele andere Gleichgesinnte trafen im Hause Amede zu politischen und literarischen Unterhaltungsabenden zusammen.

Infolge eines Hochverratsprozesses geriet Fritz Amede elf Monate in politische Gefangenschaft. — Während dieser Zeit gründete Frau Amede die „Neue Rheinische Zeitung“ und redigierte sie in revolutionärem Geiste. Dieses Blatt sowohl als auch eine „Frauenzeitung“, die sie einige Zeit herausgab, wurden bald unterdrückt. Sie hatte sich auch der kleinen Schaar der Kämpferinnen angeschlossen, die für die soziale und politische Gleichberechtigung sich betätigten.

In den Freiheitskämpfen von 1848/49 übernahm Fritz Amede einen Hauptposten im badisch-pfälzischen Revolutionsheer. Frau Amede war auf vielen Fahrten an die Seite ihres Gatten geeilt, mit dem sie das Schicksal teilen wollte. Ob ihrer Amazonenrolle ist sie vielfach geschmäht worden; sie schreibt darüber in ihren Memoiren, daß sie damals ein mildes, verständnisvolles Urteilen dat und sagte zum Schluß: „Nicht der Krieg hat mich gerufen, sondern die Liebe; — aber ich gestehe es Euch, auch der Hof, der glühende im Kampf des Lebens erzeugte Haß gegen die Tyrannen und Unterdrücker der heiligen Menschenrechte!“

An anderer Stelle spricht sie sich über den Krieg aus: „O, das Kriegshandwerk! Es schauderte mir mit seinem Entsetzen durch die Seele! Gelegentlich jenes Frühlingsabends zukünftiges Othello, das sein Auge blühen sieht und nach dem die Menschheit das Schwert nicht mehr kennen soll!“

Hoch zu Ruh war sie an der Seite ihres Gatten in Nordbrabe und Raftast eingezogen. Fritz Amede wurde zum Inspektor des Materials in der Festung ernannt; er entwich später, vor der Fernierung nach Frankreich. Den Fehlschlag der Revolution führt Frau Amede auf den Mangel einer guten Organisation der Volkspartei zurück.

Ein großer Teil der politischen Flüchtlinge der „Schundvierziger“ in Amerika, zu denen auch Amede gehörte, konnten sich drüben nicht durchsetzen. Zu den wenigen, die sich durch ihre Kenntnisse und ihre Persönlichkeiten durchsetzten, gehörte auch Frau Mathilde Franziska Amede, die, wie ihr amerikanischer Biograph sagte, „tunlichst aus dem Schwarm ihrer Zeitgenossen emporragte.“ Sie wurde von den Ungebildeten häufig ungerichtetweise „Klaustrumpf“, „Emanzipierte“ oder „Weiberrechtlerin“ genannt, diese Frau, so schrieb er, „die in ihrem Gemütsleben nichts als ein liebendes, aufopferungsfähiges und aufopferungsfreudiges Weib war, — die dem Manne ihrer Wahl ihr Herz und ihre Treue gab, den Kindern ihre Zärtlichkeit, den Unterdrückten ihr Mitleid, den Unterdrückten ihren Haß, den Armen und Elenden ihre Sympathie, ihre Hilfe.“ Sie selbst sagte nie; wenn das Schicksal sie recht hart anfaßte, so sagte sie ihr Leid in ihren Gedichten aus. Ihre ersten schriftstellerischen Arbeiten in Amerika 1849, namentlich ihre Gedichte zeugen noch von einem tiefen Schmerz um das verlorene Vaterland.

Am 16. April 1850 hielt sie in Milwaukee ihren ersten großen öffentlichen Vortrag, in dem sie die revolutionären Ereignisse und ihre darin eigenen Erlebnisse schilderte. Kurz darauf hielt sie einen zweiten großen Vortrag zur Verherrlichung der Revolutionspoesie.

Damit war sie der Öffentlichkeit gewonnen. Bald griff sie in die Tagesfragen und Kämpfe ein, welche die neue Heimat bewegten. Im September 1853 nahm sie an der zu New York abgehaltenen Konvention der Frauenrechtler teil und hielt als erste deutsche Rednerin in diesem Lande eine Ansprache. „Es bedurfte auch damals in Amerika noch hohen Mutes, sich zu den Frauenrechtlerinnen zu bekennen“, schrieb ihr Biograph. In den auf diese Konvention folgenden Jahre bereiste Frau Amede als Agitatorin für die Frauensache die ganzen Vereinigten Staaten von Norden nach Süden, von Osten nach Westen, wo ihre Vorträge mit größter Begeisterung aufgenommen wurden. Ihre Hauptagitationskraft setzte sie für die soziale und politische Gleichstellung der beiden Geschlechter ein, da sie die Lage der Frauen als eine entwürdigende, absurde erkannte.

Im Jahre 1855, nachdem sie ihres langjährigen Freundin, die geistvolle amerikanische Dichterin Mary Woolf bis zum Tode gepflegt hatte, gründete sie in Milwaukee eine Mädchenschule, die sehr bald emporblühte und im ganzen Lande einen guten Klang hatte. Ihr tiefes Gemüt und ihr feinsinniger scharfer Verstand hatte sie zur großen Pädagogin gestempelt.

Das Samenloos ihrer Begeisterung für Freiheit und Gleichheit, für die heiligsten Menschenrechte, für alles Edle und Schöne, das sie in den vielen vielen jungen Mädchenherzen, die ihre Schillerinnen waren, gepflanzt hat, ist in den Herzen der freiheitsbegierigsten Amerikanerinnen der nachfolgenden Generationen erblickt! Und so konnte Susan Anthony im Juni 1904 mit Recht sagen, daß dem Wirken dieser tapferen westfälischen Frau, Mathilde Franziska Amede, die als eine der bedeutendsten Deutsch-Amerikanerinnen genannt wird, zweifelsohne für den Hauptanteil des von den Frauen in Amerika Erreichten zu danken sei. R. H.

Die Enffragetten als Künstlerinnen der Reklame.

Am 14. April veranstalteten die Anhängerinnen der Frauenstimmrechtsbewegung in London einen Vagabund zugunsten ihres Agitationsfonds. Um auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen, ließen sie durch die vornehmen Straßen des Londoner Westends einen Gezwagen fahren, der mit den Farben ihrer Vereinigung dekoriert war, und an dem Aufstallern mit der Aufschrift „Stimmrecht für Frauen“ bezog. „Wann werden wir das Stimm-

recht erreichen?“ angebracht waren. In dem Wagen thronten auf dem Heu vier Kinder in ländlicher Tracht mit Heugabeln und Rechen.

Verfammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Wegen Erkrankung der Schriftstellerin Maxa Viebig muß die Vorlesung derselben am Montag, den 26. April, verlegt werden. Unsere Verammlung am 19. April findet jedoch statt und wird Wallh Zeyler über das Thema „Aus der modernen Romanliteratur“ sprechen. — Gäste willkommen.

Verfammlungen.

Eine große öffentliche Protestversammlung der Tabalarbeiter und -Arbeiterinnen, Zigarettenfabrikanten, Zigarettenhändler und sonstiger Interessenten

lagte am Donnerstag in der Brauerei Friedrichshain. Sie war einberufen von der Zentralkommission der Tabalarbeiter Deutschlands. Genosse A. v. Elm-Damburg referierte über: „Der Verrat des Deutschen Tabalvereins und der Antrags Dr. Weber-Kommission oder die Vernichtung zehntausender Existenzen von Tabalarbeitern und Kleingewerbetreibenden“. Redner erinnerte daran, daß die Tabakindustrie früher allen Versuchen, eine Mehrbelastung des Tabaks herbeizuführen, in geschlossener Gesamtheit entgegengetreten sei. Diese Geschlossenheit sei auch von Erfolg gekrönt gewesen. Als aber 1905/1906 die Entgeltlosigkeit fehlte, da habe man die entgegengesetzte Wirkung gesehen, indem zunächst ein Teil der Tabakindustrie, die Zigarettenindustrie, mit einer Mehrbelastung beglückt wurde. Die damals die Situation überblickten, hätten den Herren von der Zigarettenbranche gesagt, welche taktischer Fehler es sei, der Regierung auch nur in einem Punkte entgegenzukommen. Auch die Befürchtung, daß einer Mehrbelastung der einen Branche der Versuch der Mehrbelastung der übrigen Tabakindustrie folgen würde, habe sich jetzt bewahrheitet. Redner schloß nun, wie in dem jetzigen Kampfe gegen die Mehrbelastung des Tabaks den Augenstehenden gegenüber der Ansicht erwidert worden sei, als stände die ganze Industrie in der früheren Geschlossenheit zusammen, um jeder Mehrbelastung entgegenzutreten, während tatsächlich von vornherein schon diese Geschlossenheit nicht vorhanden gewesen sei. Tatsächlich sei es seitens des Deutschen Tabalvereins nur ein taktischer Zug gewesen, wenn er der Öffentlichkeit gegenüber so tat, als würde er den Kampf gegen jede Mehrbelastung fortsetzen bis zum Ende. v. Elm belegte das mit einer Reihe von Tatsachen und wies nach, daß die Großfabrikanten einer Jollerhöhung sympathisch gegenüberstanden und daß der Tabalvereinsvorstand schon im Januar geneigt gewesen sei, der Regierung entgegenzukommen. Es sei schon damals der Umfall des Tabalvereins vom März vorbereitet worden. Auf der entscheidenden Zusammenkunft der Herren vom Tabalverein im März dieses Jahres sei schließlich gebeten worden, der Regierung das Angebot einer Jollerhöhung zu machen, weil sonst der Wilow-Bloed auseinanderfiele. Was gehe die Tabakinteressenten der Wilow-Bloed an, wo es sich um die Existenz vieler Tausender von Arbeitern und auch von kleinen und mittleren Gewerbetreibenden handle. Dieser Umstand habe ja auch in derford dazu geführt, daß auf Westfalen dort 18 000 Interessenten, darunter neben den Arbeitern auch die westfälischen Fabrikanten, einmütig gegen jede Mehrbelastung des Tabaks protestiert und auch energischen Protest eingelegt hätten gegen den Beschluß des Deutschen Tabalvereins, der Regierung eine Jollerhöhung anubieten, und gegen den entsprechenden Antrag der Abgeordneten Weber und Kommissen. Es zeigte sich hier der Gegensatz der Interessen zwischen den kleinen und den großen Fabrikanten: die westfälischen Unternehmer führen den Kampf einmütig mit den anderen interessierten Schichten unentwegt weiter und die Großfabrikanten, namentlich die Hamburgs, sind für den Joll. Die Behauptung des Deutschen Tabalvereins, daß er nur das kleinere Übel gewählt habe, wies Redner im Hinblick auf die ganze Situation als haltlos nach. Dann legte er dar, daß bei früheren Gelegenheiten die Vertreter des Deutschen Tabalvereins selbst erklärt hätten, daß eine bestimmte Jollerhöhung 40 000 Arbeiter droilos machen und Hunderttausende von Menschen in ihrer Existenz empfindlich beeinträchtigen werde. Im Vernein solcher Folgen habe der Tabalverein trotzdem seinen Vorschlag gemacht, den Joll von 85 auf 140 M. zu erhöhen. Deshalb sei das ein ganz unerhörtes Vorgehen. Es sei gewissenlos, einen solchen Vorschlag zu machen. Auch die Regierung sei sich klar über die Folgen. Wenn es sich um die Agartier handle, dann greife sie schützend ein. Handle es sich aber um die Massen kleiner Leute und um die Existenz von Zehntausenden von Arbeitern, dann könne man den Schutz nicht, den man anderen gewähre. Der Zigarettenarbeiter, der arme Krüppel, könne ja seine Existenz verlieren. Unter lebhaftem Beifall forderte Redner dazu auf, zu protestieren, solange es noch Zeit sei.

Der Vorsitzende Börner teilte mit, daß die Abgeordneten Kommissen und Weber eingeladen wären, ebenso der Berliner liberale Reichstagsabgeordnete Kämpf (1. Wahlkreis), dessen bisher unbekanntes Stellung zu der Streitfrage man gern kennen lernen möchte.

Es meldete sich keiner der Herren. Von einer Diskussion nahm man darauf Abstand.

Einmütig angenommen wurde folgende Resolution: „Die Versammlung aller Interessenten der Tabakbranche von Berlin und Umgebung protestiert auf das entschiedenste gegen die vom Deutschen Tabalverein vorgeschlagene und von den Abgeordneten Weber und Kommissen beantragte Erhöhung des Tabakzoll von 85 M. auf 140 M. Die Wirkung einer solchen Jollerhöhung würde eine Stärkung der Position der kapitalkräftigen Großfabrikanten im Konkurrenzkampf gegenüber den mittleren und kleineren Fabrikanten sein, der Handel würde durch den eintretenden Konsumrückgang schwer geschädigt werden und der schlechteste Ausgang des Ringens aller gegen alle der sein, daß die Existenz zahlloser kleinerer und mittlerer Betriebe in Fabrikanten und Händlerkreisen vernichtet würde. — Nach der einwandfreien Schätzung von Nationalökonomem würde der Rückgang des Konsums mindestens in gleicher Höhe der Mehrbelastung der Konsumenten eintreten, also mindestens 80 Millionen betragen. Dieser Minderkonsum würde die Entlastung von 25 000 Arbeitern erforderlich machen. Für die in Arbeit Verbleibenden würde das vermehrte Angebot von Arbeitskräften einen starken Lohnrückgang und eine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung bewirken. — Die Versammlung protestiert deshalb auf das energischste dagegen, daß die am 23. März in Berlin verammelten 81 Großfabrikanten der Tabakindustrie der Finanzkommission des Reichstags den Vorschlag einer Erhöhung des Joll von 85 M. auf 140 M. unterbreitet haben. Die Versammlung schiebt sich völlig der Kundgebung des westfälischen Tabalvereins an, in welcher dieser Vorschlag des Deutschen Tabalvereins als „verwerflicher Egoismus“ und als ein Verrat an den Interessen der gesamten Industrie“ gebrandmarkt wurde.“

Eingegangene Druckschriften.

Die Pant. 4. Heft. Monatsheft für Finanz- und Bankwesen. Herausgeber H. Louisburgh. Quartal 4 M. Selbstverlag, Charlottenburg, Wielandstr. 13.

Jakob von Gunten. Ein Tagebuch von H. Walfer. 208 Seiten. B. Callier, Berlin W. 35.

Ausichten für den Bergbau in den deutschen Kolonien. Eine Aufzählung an deutsche Großbetriebe zur Verfügbung in unseren Kolonien. Herausgegeben vom Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee. Berlin NW., Unter den Linden 48.

Anleitung für Kassenärzte von Prof. 1 M. — „Caveto“, Ein freies Wort an die deutsche Kerkerschaft von Dr. F. Döring. 50 M. Ed. Schnapper, Frankfurt a. M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 17. April. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Oberhaus. Der Freischütz.
Königl. Schauspielhaus. Der Schlagbaum.
Neues königliches Operntheater. Die Schöne.
Deutsches. Faust.
Kamerale. Der Arzt am Scheidewege. (Anfang 8 Uhr.)

Reffing. Wenn wir Taten erwachen.
Neues Schauspielhaus. Der Schatz.
Westen. Der Kofferklub.
Berliner. Einer von unsere Leut.
Neues. Die fremde Frau.
Zweite. Wo wohnt sie denn?
Komische Oper. Loda.
Residenz. Kummere dich um Amelie.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Ein deutsches Spiel in 3 Akten von H. Lillienfeld.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Rechts herum.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Macbeth.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Schiller. Die Welt in der man sich langweilt.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller.
Montag, abends 8 Uhr: Macbeth.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
Hörsaal 8 Uhr:
Dir. Dr. P. Schwan: Wasser und Wind als Naturmeissel.

Hebbel-Theater

Königsgrüher Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.
Neues Operntheater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dolchprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

DERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132.
Syriz-Paris.
Voll mit Gelang in drei Akten von Willy.
Anfang 8 Uhr. Hochpreis.
Sonntag nachm.: Die Grille.
Abends: Syriz-Paris.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Feldmann als Erzieher.
Sonntag 3 Uhr: Romeo und Julia.
Abends 8 Uhr: Nibel ohne Geld.
Montag: Straßenbahnfahrer Krause.
Hierauf: Verbrechen hinterm Herd.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — fadello!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Perry, Holden, Bender, Giampietro, Kettner, Pfann, Thielscher.

WINTERGARTEN

Salerno
8 Geishas
Baggesen
sowie das von Publikum und Presse glänzend beurteilte April-Programm.
Reserviert Pl. 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe)
Morgen Sonntag:
Letzte Nachmittags-Vorstellung.
Anfang 3 1/2 Uhr. Kleine Preise.

Passage-Theater.
Die maurische Schlangentänzerin
Yaka-Ishad
Gastspiel der Garland-Negeroperette
18 Solokräfte
und das grandiose April-Programm.
Der größte Variété-Erfolg den je Berlin gehabt!

Passage-Panoptikum.
Während der Osterferien, vom 4. April bis inkl. 18. April:
Volkstage!
Jeder Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Alle Extra-Sehenswürdigkeiten frei!
Eintritt 50 Pf. Kinder ohne Begl. Soldaten 25 Pf.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 3 Minuten vom Bahnhof Börse.
Sonnabend, den 17. April und folgende Tage:
International Ringkampf-Konkurrenz um die Siegesprämie von 4500 M. in bar. — Bis heute haben sich 20 der ersten Ringkämpfer des In- und Auslandes gemeldet.
Heute ringen:
1. Karl Hermann, Weßlinger von Berlin, gegen Michael Bruno, Stiermark.
2. A. Christensen, Schweden, gegen Karl Kornatzi, Weßlinger von Polen.
3. Willy Felgenhauer, Hildorf, gegen Pierre de Rouen, Frankreich.
Kuhert: Das Wunder-Programm 20 Attraktionen 20.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr. Preise wie gewöhnlich.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthor.
Abends 8 Uhr: Die amüsanten April-Spezialitäten.
Im Tunnel: Frei-Konzert.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Lustspiel in 3 Akten von Edward Wallron.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfeld.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller.
Ende 5 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der schwarze Kavaller.
Ein deutsches Spiel in 3 Akten von H. Lillienfeld.
Ende 10 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Rechts herum.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Macbeth.
Montag, abends 8 Uhr:
Macbeth.

CASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 165 (Pachorrpalast).
Heute und morgen Sonntag, letzte Familientage!
Jeder Besucher kann ein Kind jeder einführung.
Humor. Künstler-Abende.
Hervorragendes Programm.
Erstklassige Künstler.
Sonntags: 2 Vorstellungen.
„Bellachinis Zauberwelt“
ausgeführt von Eugen Schröder und Margarete Fara.
Nachmittagssoirée stündlich.
Hauptsoirée: 8 Uhr abends.

Brauerei Friedrichshain

Heute Sonnabend, den 17. April 1909:
Zweiter Tag der großen internationalen Ringkämpfe um die Weltmeisterschaft in Leichtgewicht und Siegesprämie von 3000 M.
Bisher haben sich ca. 34 der namhaftesten Ringer aller Länder gemeldet.
Heute ringen 4 Paare, welche durch das Los bestimmt werden.
Vor den Ringkämpfen: Das ausgewählte Spezialitätenprogramm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-Jaht Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Sonntag, 18. April:
Sherlock Holmes.
Anf. d. Vorst. 7 Uhr. Konzert 6 1/2 Uhr.
Raffenschiebung 6 Uhr.
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags im Theater-Restaurant.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Montag, den 19. April: Soirée der Lustigen Sängler.

Casino-Theater

Kottbuser Str. 37. — Täglich 8 Uhr.
Bis zum 30. April:
Ackermann.
Ab 1. Mai auf vielfachen Wunsch: Das Opernprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Folies Caprice.

Insolvent.
Voll von L. Lauffstein.
In lauschiger Nacht.
Burlüste von B. Gerde.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Damms Volkspark-Theater

(früher Diets)
Landsberger Allee 76/77.
Täglich:
Weisbach Sächsisch. Volks-Theater
zum erstenmal in Berlin — vollständig neu — alles leicht — man amüsiert sich köstlich.

Gastspiel-Theater.

Köpenicker Straße 68. Täglich 8 Uhr:
Die großartige Fortsetzung von Sherlock Holmes:
Der Hund von Baskerville.
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Sherlock Holmes.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sängler.
Der Kompanie-Ball.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Hut-Arnold Dresdenstr. 116

(kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft.
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Stronhüte für Herren, Knaben, Mädchen u. garnierte Damenhüte
Aussergewöhnlich reiche Auswahl in allen Preislagen!

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Bahnhof Jenthen. Besitzer: W. Heinrich.
Für bevorstehenden Sommerhalbes halte ich mich werten Vereinen, Fabriken, Schulen usw. bei Auslieferung ausserordentlich Bedienung bestens empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boote und Bekleidungen aller Art.
7372* Hochachtungsvoll W. Heinrich.

Café Alsen Schles. Brücke.

Die Berlin-Weßlinger Dampfschiffahrts-Gesellschaft empfiehlt den geehrten Vereinen, Fabriken, Gewerkschaften usw. ihre Personendampfer zu Dampferausflügen zu den günstigsten Bedingungen.
7752* Fr. Saewert, 50. 16, Köpenicker Straße 39a. Fernspr.: Amt IV 13749.

Paul Drenke Nachfolger Otto Berlett

Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfiehlt sein großes Lager in [356L*]
Mützen, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Zirkus Busch.

Sonnabend, 17. April, ab 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Um 9 1/2 Uhr: Zum 100. Male:
Auswanderer!
Ferner 8 Uhr:
? Mr. Charleston ?
Um 9 Uhr:
Mons. Vansart!
Um 10 1/2 Uhr:
Riesenlöwen- u. Eisbärengruppe
d. Herrn Karl Hagenbeck.
Achtung! Sonntag, den 18. April:
In beiden Vorstellungen, um 4 und 7 1/2 Uhr:
ungefähr 100 Auswanderer.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direction Wilhelm Reimer.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree
Frühlings- u. Kränzchen
von Hoffmanns Nordd. Sängern
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen Sonntag:
Hoffmanns Nordd. Sängern



Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Das glänzende sensationelle April-Programm.
9 1/2 Uhr: Aufstieg des leibbaren Antichristen „Juppelin II.“
Der Friseur als Don Juan.
Operette.
Anfang 6 Uhr.

Steidl-Sänger

Theater. Brückenstr. Anf. 7 1/2 U.
Wochentags 8 1/2, Riesenerfolg.
Papa Brenneke!
Parturre-Saal: Berliner Spatzen.
Prima Küche. — Entree frei.

Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.



Zentralhaus moderner Herrenkleidung
Neue Friedrichstr. 35,
neben der Zentral-Posthalle,
liefert an jedermann elegante Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.
Zuschneiderei u. Werkstätten i. Hause.
Auf Wunsch Besuch des Reisenden mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.

M. Schulmeister

Berlin SO., 4, Dresdener Straße 4, am Kottbuser Tor.

Nur eigene Konfektion!

Frühjahrs- u. Sommerpaletots
in prima Qualitäten, Cheviot u. modern gestreift. Molton-Stoff.
45,-, 42,-, 38,50, 36,-, 32,50, 30,-, 27,50, 24,50, 21,50

Moderne Ulster,
1 u. 2-reihig, Formen z. Durchknöpfen, in d. neuest. Mustern
48,50, 45,-, 40,50, 36,50, 32,50, 29,50, 25,50

Jackell-Anzüge,
elegante Fassons, prima Reißhaar-Verarbeitung
45,-, 42,50, 38,50, 34,-, 29,50, 27,50, 24,50

Rock-Anzüge . . . 29⁵⁰ 54⁰⁰
Gehrock-Anzüge . 36⁵⁰ 70⁰⁰

Burschen- u. Knaben-Garderoben.
Herren-Beinkleider.
Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß
unt. Garantie für tadellosen Sitz, haltbare Stoffe, la. Verarbeitung, elegante Paletots.

Gebrüder Herrnfeld-

Anfang 8 Uhr. Theater. Vorverk. 11-2 Uhr.
Zum 7. Male:
Meine-Deine Tochter.
Familien-Idyll in 2 Akten von A. und D. Herrnfeld (nach Papa Noa).
Der selige Niemann.
Lustspiel in 1 Akt von Karl Tollheim.

Enorm billiger Verkauf

eleganter hochmoderner Anzüge Paletots
aus feinsten Maßstoffen
jetzt 20 bis 40 Mark
früher 50 bis 90 Mark.

Versandhaus „Germania“

Unter den Linden 21, II.
Keine Filialen.
Sommer-Preise.
A. B. Koch
Kohlengroßhandlung
Gegründet 1893.
Haupt-Kontor Berlin O. 34, Petersburger Straße 1 (vis-à-vis Warschauer Straße).
Fernspr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3026.

Lagerplatz I: Berlin O. 34, Bromberger Str. 16 (am Halleschen Tor).
Lagerplatz II: Berlin O. 17, Fruchtstraße 13 (Güterbahnhof-Dahlemer).
Lagerplatz III: Güterbhf. Weiden- u. Greifswalder Straße 80a. Amt VII, 7624. 6962*

Preise für nur 10 Marken ab Platz von 10 Str. an:
Prima Goldsteine
Herbinaud Str. 83 Pf.
Goldsteine Fausthammer Str. 86 Pf.
Goldsteine Alto Str. 90 Pf.
Herbinaud-Bril. Str. 85 Pf.
Anna und Waldmannschell Str. 92 Pf.
Pflänerichstr. Str. 94 Pf.
la Diamant-Salon (pr. Str. 110-120 St.) Str. 1.00
la Antib. Kohlenwerte Str. 1.00
la Nisse Salon Str. 1.00
la Antibrasit-Cabé Str. 2,20

Reife, Steinhöfen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionenpreisen. Antilieferung frei Keller für nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalaufträgen und größeren Aufträgen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Siebenter Verbandstag des Zentralverbandes der Stukkateure usw.

Kassel, den 15. April.

Vierter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Erwerbslosenunterstützung wird fortgesetzt. Vorstand und Bureau legen folgende Resolution vor:

„Zu den Forderungen, welche die organisierte Arbeiterschaft berechtigterweise an Reich, Staat und Kommunen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit stellt, und denen die sozialpolitische Gesetzgebung Rechnung tragen sollte, gehört auch die Erwerbslosenunterstützung.“

Seiner ist jedoch nicht zu erwarten, daß von dieser Seite in absehbarer Zeit irgend etwas getan wird, was geeignet ist, irgend einen wirksamen Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu bieten. Selbst für den Fall, daß man von jener Seite aus der Frage näher tritt, ist vorauszusetzen, daß die Einrichtung den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft schmerzlich Rechnung tragen würde. In erster Linie würde man die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einzuschränken versuchen.

Es liegt daher im eigenen Interesse der Arbeiter, die Einführung dieser Unterstützungseinrichtung selbst in die Hand zu nehmen, und dies haben die freien Gewerkschaften in ihrer großen Mehrzahl schon mit Erfolg getan. Dieser Unterstützungseinrichtung ist um so mehr Wert beizulegen, als feststeht, daß dieselbe geeignet ist, die Widerstandskraft der Arbeiter gegen Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erheblich zu stärken.

Schon seit den neunziger Jahren wurde dies in den Reihen der Stukkateure und Gipser immer mehr erkannt, so daß der Verbandstag in Nürnberg den Beschluß faßte, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Dieser Beschluß löste jedoch in den Reihen der Mitglieder eine Opposition aus, die zu dem jetzigen Verbandstage führte.

Die Teilnehmer des 7. Verbandstages erkennen die Wichtigkeit der Erwerbslosenunterstützung voll und ganz an. Der Verbandstag beschließt jedoch, die Einführung derselben von einer Urabstimmung abhängig zu machen. Die Erwerbslosenunterstützung soll am 1. April 1910 nach der Vorlage des Hauptvorstandes eingeführt werden, wenn 90 Prozent der Abstimmenden sich für dieselbe erklären.

Da die Aufführung über die Tragweite der Erwerbslosenunterstützung in den Reihen der Mitglieder vieles zu wünschen übrig läßt, so hat der Hauptvorstand noch reichliche Agitation für dieselbe in den Filialen zu betreiben und verpflichten sich die Delegierten, ihr Möglichstes hierzu mit beizutragen. Sollte wider Erwarten die Urabstimmung die Ablehnung ergeben, so beschließt der Verbandstag weiter:

1. Die Kontrolle über die Erwerbslosigkeit ist auf Grund der vom Hauptvorstande getroffenen Bestimmungen strikte durchzuführen, da nur dadurch eine feste Grundlage über die Möglichkeit der Einführung für unsere Organisation gegeben werden kann.

2. Die Frage ist durch Agitation in Wort und Schrift immer mehr zu klären, so daß sämtliche Mitglieder Gelegenheit haben, sich eine feste Meinung über die Notwendigkeit und die Tragweite dieser Unterstützungseinrichtung zu bilden.

3. Gestützt auf die Ergebnisse der beiden vorstehenden Punkte hat der Hauptvorstand dem nächsten Verbandstage eine neue Vorlage zu unterbreiten, welche den Mitgliedern so frühzeitig zugänglich gemacht wird, daß es möglich ist, dieselbe rechtzeitig zu diskutieren, so daß der 8. Verbandstag die definitive Entscheidung über diese Frage treffen kann.“

Hagen-Leipzig weist den Vorwurf zurück, daß die Stukkateure rückständig in der Beitragszahlung seien. Der Antrag Koblens muß abgelehnt werden. Besser ist noch eine Kapitalfaktur durch Annahme der Hauptvorstandsvorlage. Wömelburg hat in Hannover nicht gesagt, daß die Maurer aus anderer Leute Fell Riemen schneiden wollten, vielmehr hat er die Stukkateure gemeint.

Kanger-Dresden sagt, der eventuelle Mitgliederbeschuß bei Erhöhung der Beiträge sei gefährlich für die Lohnbewegung. Aber trotzdem müßten wir ein Bindemittel schaffen. — Um brei hält es nicht für ratsam, über die Vorlage des Hauptvorstandes in Urabstimmung zu entscheiden. Die Entscheidung kann nur rein prinzipiell sein. — Siebeler bestreitet, daß der Vorstand nicht genügend Aufklärungsarbeit verrichtet habe. Wir haben sogar in den Filialen geredet. Der Vorstand besteht aber nicht auf der erweiterten Vorlage. — Scholt-Hamburg verweist auf die samose Arbeitslosenunterstützung, die Berliner Arbeitgeber neuerdings errichtet haben. Da müssen die Arbeiter auf die Organisationszugehörigkeit ohne weiteres verzichten. Sohn-Roxen sagt, mit dem geringen Verdienst in seinem Bezirk seien keine höheren Beiträge zu zahlen. — Rihmann-München ist Gegner; bei Einführung ersucht er um Erweiterung der Karenzzeit auf 1 Jahr. — Rathle-Berlin meint, die Gegner hätten sich keine besondere Mühe gegeben, stichhaltige Gründe vorzubringen. Seit Vorlage der Resolution ist ein sonderbarer Stimmungswandel zutage getreten.

Odenhal begründet die Resolution. Die Debatte hat gezeigt, daß wirkliche prinzipielle Gegner nicht mehr auf dem Verbandstage vorhanden sind. Die Unklarheiten über Mitgliederverluste sollten nicht so bedenklich stimmen; die erschollen jedesmal, wenn den Mitgliedern von der Organisation größere Opfer auferlegt werden.

Es sprechen noch Korn-Wiesbaden, Rutschler-Colmar, Württemberg-Nürnberg gegen, Edler-Hamburg, Hauke-Berlin und Höger-Köln für die Einführung.

Referent Thielberg sagt in seinem Schlußwort, daß Hagens Ausführungen, die Gewerkschaften geraten mit der Ausdehnung der Unterstützungseinrichtungen in den Sumpf bürgerlicher Versicherungsverträge, zurückweisen seien. Den Kampfcharakter einer Organisation bezeugen nicht die Zahl der Streiks oder die Aufwendungen, sondern die Erfolge. Es sind in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gewaltige Erfolge in Bezug auf die Lohnhöhe und Arbeitszeitverkürzung errungen. Die Verwirklichung, daß bei höheren Beiträgen Mitglieder austreten oder zu anderen Verbänden übertreten werden, ist unbegründet. Die Scharbe ohne Ende im Beitragszahlen besteht, daran sind aber nicht wir schuld, sondern die Unternehmer. Weil die Gewährung materieller Vorteile gewaltig zur Förderung des Organisationsgedankens beitragen wird, hoffe ich, daß bei der Urabstimmung eine Ablehnung des Vorstandsantrages nicht erfolgen wird.

Zu der Resolution beantragt Schupp-Mannheim, dem Schlußsatz des Absatz 6 folgende Fassung zu geben: „Der Verbandstag beschließt daher, die Einführung vorzunehmen, wenn bei einer vorgunehmenden Urabstimmung sich 90 Proz. der Abstimmenden für dieselbe erklären.“ Oehl-Hamburg beantragt, statt 90 Proz. zu setzen: „die einfache Mehrheit.“

In namentlicher Abstimmung wird dann der Resolution von sämtlichen Anwesenden mit Ausnahme von Schupp-Mannheim zugestimmt.

Der Vorsitzende bemerkt noch, daß die Zahlung der erhöhten Beiträge vom 1. April 1910, die Zahlung der Unterstützung vom 1. Oktober 1910 ab beginnen soll, falls in der Urabstimmung die Erwerbslosenunterstützung Annahme finden sollte.

In der Nachmittagsstunde wurde noch einem instruktiven Referat von Odenhal über Punkt 3 der Tagesordnung:

Lohnbewegungen und Streiks, verhandelt. Momente, die Interesse für die breite Öffentlichkeit hätten, traten bisher nicht zutage.

10. Verbandstag des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Vierter Verhandlungstag.

Köln, 15. April 1909.

Als Berichterstatter über den Hamburger Gewerkschaftslongref erhält Ahrends-Köln das Wort. Redner gibt in längeren Ausführungen ein anschauliches Bild von den dort gepflogenen Verhandlungen und Beschlüssen. Hauptsächlich freut es ihn, daß die Nachklänge von Hamburg harmonischer waren als die vom Kölner Gewerkschaftslongref. Am Schluß seiner Ausführungen betont er, daß jeder zur Verhandlung gefommene Punkt so seine Erledigung gefunden habe, wie es im Interesse der Arbeiterbewegung notwendig ist. Im besonderen weist er auf die zwingende Pflicht der Kollegen hin, die Jugendorganisation zu fördern mit allen Mitteln und Kräften. Die Debatte über diesen Punkt wird von Köste, Redakteur, eröffnet; selbiger spricht speziell zur

Maisfeier.

Redner betrachtet die Maisfeier als eine Idealfeier, die nicht von Unterstützungseinrichtungen abhängig sein dürfte. Selbst alte Führer unserer Bewegung seien mit der Entwicklung der Maisfeier nicht zufrieden. Aus dem Munde eines Genossen wisse er, daß man 1889 nur eine einmalige Demonstration auf dem weiten Erdenrund veranstalten wollte, um die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und für den Völkerverfrieden die Massen interessieren und der herrschenden Gesellschaft zu zeigen, daß die Arbeiterschaft wach und bereit sei, um Verbesserung ihrer Existenz und Erlangung ihrer Rechte zu kämpfen. Der Plan ging weiter dahin, daß man alljährlich aufs neue nachprüfen wollte, ob die Demonstration unter gegebenen Verhältnissen praktisch sei. Daß die Maisfeier eine feste Form angenommen habe, sei auf „Unsern Alten“, auf Liebknecht zurückzuführen, der die Sache so verstanden und ausgelegt habe, daß die Demonstration durch Arbeitsruhe alljährlich zu vollziehen sei. Redner betont: so sei ihm gesagt, ob die Darlegung genau dem ersten Plan entspräche, könne er nicht verbürgen. Er ermahnt die Kollegen, auch in diesem Jahre sich zahlreich an der Maisfeier zu beteiligen, denn wenn dieselbe Eindruck auf die riesig entwickelten Unternehmerorganisationen machen soll, dann ist starke Beteiligung der Arbeitermassen notwendig.

Hölleneiner-Nürnberg macht dem Vorstande den Vorwurf, in der Maisfeierfrage allzusehr gebremst zu haben, dadurch sei der Gedanke der Arbeitsruhe zurückgedrängt worden.

Hüffmeier-Hamburg wendet sich der Materie „Die Vertretung der Rechtsgenossen durch Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre“, zu. Er schildert aus eigenen praktischen Erfahrungen wie schwer es halte, daß diese die Arbeiter vertreten dürften. Zur Maisfeier übergehend spricht er die Ansicht aus, daß die organisierte Arbeiterschaft sich den Achtstundentag eher erringen wird, als wie die Regierung ihn gesetzlich einführt. In der Arbeitsruhe erblicke auch er die würdigste Feier.

Fröhlich-Köln freut sich über die Einmütigkeit, welche jetzt zwischen Partei und Gewerkschaft herrsche. Partei und Gewerkschaft eins! dieser Spruch Wömelburgs müsse immer mehr zur Wahrheit werden. Die dort zutage getretenen Anschauungen über die Maisfeier können jedoch die Bauarbeiter nicht teilen. Der Demonstrationsgedanke für unsere Forderungen müsse weit mehr gefördert werden. Würde man die Arbeitsruhe befechtigen, dann solle man dieselbe lieber gleich ganz beseitigen. Wenn die Arbeiter aller Branchen wollen, dann kann die Aussperrung infolge der Maisfeier ihre Schreden vollständig verlieren. Mehr Idealismus für diese Feier, und das Unternehmertum wird machtlos sein.

Albrecht-Lübeck spricht zur Jugendorganisation und wünscht, daß derselben die größte Aufmerksamkeit geschenkt werde. In der Maisfeierfrage stimmt er den Ausführungen Köstes zu. Höhn-Eisenach will die Maisfeier von der Regelung der Unterstützungsfrage abhängig machen. Es kommen dann noch von verschiedenen Rednern die Grenzstreitigkeiten zur Sprache.

Sodann wird ein Antrag eingebracht, in dem der Vorstand beauftragt wird, den Versuch zum Abschluß eines Kartellvertrages mit dem Bergarbeiterverband zu machen.

Das Schlußwort des Berichterstatters Ahrends ist ein Resümee der gegebenen Anregungen und Beanstandungen. Die Haltung der Metall- und Holzarbeiter in Punkte der Maisfeier will Redner als Folge der Krisis angesehen wissen; bei der Maisfeier könne unmöglich die Unterstützungsfrage ausgeschaltet werden. Der Beschluß des Hamburger Verbandstages zur Maisfeier wird erneuert.

Dem Verbandstag der Stukkateure in Kassel wird ein Glückwunschtelegramm übersandt, in dem der Verband der Bauhilfsarbeiter seine Freude über den Beschluß in Frage der Verschmelzung Ausdruck gibt.

Vom Stuttgarter Allgemeinen Sozialistenkongress berichtet Kollege Wekelmann, indem er ein allgemeines Stimmungs- bild der dortigen Verhandlungen entwirft und den gewaltigen Eindruck der Massenversammlung auf den Stuttgarter Wasen schildert.

Der Verbandstag spricht seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Kongresses aus. Daraus findet folgende von Fröhlich-Köln eingebrachte Resolution Annahme:

„In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit, unter der die Bauhilfsarbeiter während des wirtschaftlichen Niederganges zu leiden hat, verurteilt es der zehnte Verbandstag, daß die preussische Regierung systematisch den Zugang billiger ausländischer Arbeitskräfte fördere.“

Der Verbandstag erwartet, daß Staats- und Kommunalbehörden nur solchen Unternehmern öffentliche Arbeiten übertragen, die die bestehenden Tarifverträge einhalten.“

Es sprechen in zumitemdem Sinne Kellner-Hannover, Krüger-Dresden und Klemann-Leipzig.

Den Bericht von der internationalen Maurer- und Bauhilfsarbeiterkonferenz, die ebenfalls in Stuttgart stattfand, gibt Behrend-Hamburg.

Der Extrakt der Verhandlungen ist in folgenden Beschlüssen wiedergegeben:

Die Mitgliederlegitimationen werden ab 1. Januar 1911, entsprechend den Beschlüssen der internationalen Konferenz der Maurer- und Bauhilfsarbeiterorganisationen zu Stuttgart 1907, eingerichtet und eingeführt. Für die Einführung gelten folgende Grundsätze:

1. Alle Mitglieder, die ihren Beitragspflichten nachkommen sind, erhalten nach Ablauf des Jahres 1910 ein neues Mitgliedsbuch mit Futteral unentgeltlich.

2. In das neue Mitgliedsbuch wird die bisherige Mitgliedschaft in einer gewerkschaftlichen Organisation, soweit dieselbe ununterbrochen ist und durch Vorlage von Mitgliederlegitimationen nachgewiesen werden kann, übertragen, aber nicht weiter zurück als bis zum Tage der Verbandsgründung am 1. Juni 1891.

3. Die Ausstellung der neuen Mitgliedsbücher für die Mitglieder erfolgt im Hauptbureau. In großen Zweigvereinen kann die Ausstellung den Ortsverwaltungen übertragen werden.

4. Vom 1. Januar 1910 an erhalten die Mitglieder bei der Aufnahme als Legitimation eine Mitgliedsarte. Die Karte behält das Mitglied vom Tage der Aufnahme bis zum Schluß des dem Aufnahmejahre folgenden Jahres und wird dann durch ein

Mitgliedsbuch ersetzt. Die Karten stellen die Zweigvereinsvorstände und die Bücher der Verbandsvorstände aus.“

Behrend beantragt sodann, über das den Kollegen in Oesterreich gegebene Darlehen im Betrage von 15 000 M. einen Strich zu machen. Es wird demgemäß beschlossen.

Es halten die Gäste aus dem Ausland kurze Begrüßungsreden.

Da der Nachmittag zu einem gemeinsamen Spaziergang benutzt werden soll, wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Vierter Verbandstag der Hoteldiener.

München, 14. April.

2. Verhandlungstag.

Zur Beratung steht der wichtigste Punkt der Tagesordnung: Verschmelzung mit dem Gastwirtsgehilfen.

Das Referat hat Pommeri-Berlin übernommen. Er konnte einleiten, daß der Kartellvertrag mit den Gastwirtsgehilfen nicht den Zusammenhang herstelle, der nötig sei, und besprach dann die Vorteile einer Verschmelzung. Durch die Verbindung der Organe beider Verbände würde nicht nur eine erhebliche Reduzierung der Kosten für die Zeitung eintreten, sondern es würden auch Kräfte für die Organisation frei gemacht werden. In der Agitation werde eine große Erleichterung eintreten. Heute sei es so, daß in derselben Gegend und zu gleicher Zeit ein Beamter der Gastwirtsgehilfen und der Hoteldiener im Gastwirtsgehilfenverband zu werden suche. Auch könnten durch Zusammenlegung der Bureaus beider Verbände in den verschiedenen Städten Ausgaben gespart werden. Die Unterstützungseinrichtungen des Gastwirtsgehilfenverbandes böten den Hoteldienern auch materielle Vorteile. Das Vermögen des Verbandes dürfe kein Hindernis einer Verschmelzung sein. Wohl komme bei dem Hoteldienerverband pro Mitglied ein Vermögen von 12,78 M. und bei dem Gastwirtsgehilfenverband nur 9,12 M., aber die geringe Differenz würde bei den Unterstützungseinrichtungen ausgeglichen werden. Das Festhalten an der Kaffe, die Angst, von einer Organisation materiell übervorteilt zu werden, entspringe dem Mangel an Solidaritätsgefühl. Eine Urabstimmung sei nicht mehr notwendig, der Verbandstag kann die Entscheidung fällen, die Frage ist ja in den letzten Jahren genügend erörtert worden. Sagen Sie heute nicht wieder: im Prinzip sind wir für die Verschmelzung, aber sie ist noch zu früh. Nicht persönliche Motive dürfen maßgebend sein, sondern wir müssen uns von den idealen Zielen der modernen Arbeiterbewegung bei der Entscheidung leiten lassen. Wir wollen mit den Gastwirtsgehilfen unter der Devise arbeiten: „Einer für Alle und Alle für Einen.“

Der Korreferent Hennrich-Wiesbaden hält die Verschmelzung für noch verfrüht. Er wendet sich in seinen Ausführungen weniger gegen eine Verschmelzung im Prinzip, sondern plädiert hauptsächlich für eine Urabstimmung über die Frage. Der Verband der Gastwirtsgehilfen müsse zuerst auf seiner Generalversammlung bezüglich der Verschmelzung bindende Beschlüsse fassen, dann sollten die Mitglieder in einer Urabstimmung die Entscheidung fällen.

Zu der Verschmelzungsfrage liegen eine ganze Reihe Anträge vor, die von den verschiedenen Delegierten begründet werden. Die meisten sprechen sich für eine unbeschränkte Verschmelzung aus, andere wollen das Verbandsvermögen gesichert haben und eine Namensänderung des Gastwirtsgehilfenverbandes.

Vorsitzender Dießing-Berlin konstatiert, daß der Korreferent Hennrich mit seiner Meinung fast isoliert dasteht, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Verbandstag möglichst einstimmig für die Verschmelzung votiert. Er legt nochmals die wichtigsten Gründe für die Verschmelzung dar und bespricht auch die von der Rinderheit vorgebrachten Bedenken gegen den Anschluß. Dießing betont schließlich noch, der Anschluß und die Hauptverwaltung haben alles getan, um die Verschmelzung möglichst einseitlich durchzuführen.

Nach weiterer Debatte, in der neue Gesichtspunkte nicht vorgebracht werden, und auch weitere Bedenken gegen eine Verschmelzung trotz wiederholter Aufforderung durch den Vorsitzenden nicht geäußert werden, verläßt sich der Verbandstag.

München, 15. April 1909.

Dritter Verhandlungstag.

Es werden zunächst die Schlussworte der Referenten zur Verschmelzungsfrage entgegengenommen. Bei der Abstimmung sprach sich der Verbandstag, wie bereits telegraphisch gemeldet, in namentlicher Abstimmung mit 37 gegen 2 Stimmen (bei zwei Enthaltungen) für die Verschmelzung mit dem Gastwirtsgehilfenverband aus. Ein Antrag auf Urabstimmung wurde mit 33 gegen 6 Stimmen verworfen, und dann die vom Verband der Gastwirtsgehilfen gestellten Anschlußbedingungen nach kurzen Erörterungen einstimmig angenommen. Damit sind die sieben zu diesem Punkte gestellten Anträge erledigt, einzelne werden den Hauptverwaltungen zur Berücksichtigung überwiesen. Als Verschmelzungstermin wurde der 1. Juli 1909 festgesetzt, das gemeinsame Zusammenarbeiten der Verbände beginnt sofort.

Die Anschlußbedingungen lauten in der Hauptsache:

Der Verband deutscher Hoteldiener schließt sich dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen mit allen zurzeit vorhandenen Aktiven und Passiven an. Die Mitglieder des Verbandes deutscher Hoteldiener treten ohne Eintrittsgeld in den Verband deutscher Gastwirtsgehilfen über. Die bisherige Mitgliedschaft im Verbands deutscher Hoteldiener kommt beim Uebertritt voll in Anrechnung. Das Statut des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen tritt mit dem Tage des Uebertritts in Kraft und gelten von da ab auch für die bisherigen Mitglieder des Hoteldienerverbandes die Unterstützungsbeiträge, die im Gastwirtsgehilfenverband festgesetzt sind. Die Hoteldiener bilden besondere Verwaltungsstellen des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen. In der Hauptverwaltung und im Ausschuß erhalten die Hoteldiener eine ihrer Mitgliederzahl entsprechende Vertretung. Bei den Wahlen zum Verbandstag ist dafür zu sorgen, daß die Hoteldiener auf demselben nach Stärke ihrer Mitgliederzahl vertreten sind. Die Kollegen, welche bisher beim Verbande deutscher Hoteldiener als Beamte tätig waren, werden als solche auch vom Verbande deutscher Gastwirtsgehilfen unter denselben Bedingungen übernommen. Mit dem Uebertritt des Verbandes deutscher Hoteldiener wird das Erscheinen des bisherigen Organs dieses Verbandes eingestellt. Obligatorisches Organ für alle Mitglieder ist „Der Gastwirtsgehilfe“.

Vorsitzender Dießing fordert nun die Delegierten auf, in den einzelnen Orten eine rege Tätigkeit für den gemeinsamen Verband zu entfalten, und Genosse Bösch bittet, nun mehr Vertrauen zu den Gastwirtsgehilfen, mehr gegenseitiges Vertrauen zu haben.

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Arbeitslosenunterstützung

referierte Wiesede-Berlin.

In der Diskussion sprechen die meisten Redner für Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Als Quittscheck der Beratung wird folgende Resolution angenommen:

„Der Verbandstag beauftragt die Hauptverwaltung, im kommenden Winterhalbjahre Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den gesamten Verbandsmitgliedern vorzunehmen, um für den nächsten gemeinsamen Verbandstag die Grundlage zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu schaffen.“

Ueber

Tarifangelegenheiten

referierte Ritter-Frankfurt a. M., der eine Resolution begründet, in der an Stelle der Vergütung in Form des Trinkgeldes hinreichende Parentalohnung verlangt wird. Bis zur Erreichung dieses Zieles sollen durch Abschluß von Tarifverträgen mit den Unternehmern Mindestsätze für die Arbeitsleistung der Hotelbediener festgelegt werden, wobei den örtlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden soll.

In der Diskussion werden Anträge begründet, die verlangen, daß die Hauptverwaltung mit den in Betracht kommenden Vereinigungen in Unterhandlung trete zwecks Einführung eines Schließgeldes. Jeder Hotelgast, der nach Hotellschluß Einlaß begehrt, soll verpflichtet werden, dem Nachtdienst habenden Hotelbediener ein Schließgeld von 25 Pf. zu entrichten.

Genosse Börsch-Berlin wendet sich gegen diese Anträge. Er erkennt wohl die Berechtigung an, eine besondere Entschädigung für die nächtlichen Dienste zu verlangen, aber man müsse die Vergütung dieser Dienste von den Unternehmern fordern.

Dießing-Berlin spricht in demselben Sinne und betont im besonderen, daß nur eine starke Organisation die erbärmlichen

Zustände im Gastwirtsgewerbe, die in der Debatte geschildert wurden, beseitigen könne. Die zu diesem Punkte schließlich angenommene Resolution lautet:

„Der vierte Verbandstag des Verbandes deutscher Hotelbediener erklärt, daß das Trinkgeld als die verwerflichste Entlohnung unbedingt zu bekämpfen ist. Daher verpflichten sich die organisierten Gastwirtsgehilfen (Hotelbediener) nichts unversucht zu lassen, um an Stelle des Trinkgeldes festen Lohn zu erlangen. Der Verbandstag ist überzeugt, daß von den Unternehmern freiwillig nichts zu erreichen ist, deshalb erblicken die Hotelbediener (Gastwirtsgehilfen) als einziges Mittel zur Erlangung eines festen Lohnes eine straffe Einheitsorganisation, an deren Ausbau mitzuarbeiten, sie sich verpflichten. Erst dann, wenn eine straffe Organisation vorhanden, kann an den Abschluß eines festen Tarifs mit Erfolg gedacht werden.“

Der Verbandstag nahm nun ein Referat von Engel-Köln über:

Schutzgesetzgebung im Gastwirtsgewerbe

entgegen. Der Referent begründet ausführlich folgende Resolution, die einstimmige Annahme fand:

„Der vierte Verbandstag der Hotelbediener spricht seine Entlohnung darüber aus, daß die Regierung die Petition des Verbandes deutscher Hotelbediener unbeachtet gelassen, trotzdem sie dem Reichskanzler von einem hohen Reichstag zur Berücksichtigung überwiesen wurde.“

Der Verbandstag fordert daher von neuem:

„daß den berechtigten Forderungen der Hotelbediener — den gesamten Gastwirtsangehörigen einen gesetzlichen Ruhestag zu gewähren — endlich Rechnung getragen wird.“

Des weiteren erwartet der Verbandstag, daß auch das Gastwirtsgewerbe der Unfallversicherung unterstellt wird.

Die Mitglieder sind verpflichtet, alle ihnen bekannt werdenden Unfälle unverzüglich den Vorständen zu melden.

Des weiteren anerkennen die Delegierten aber ausdrücklich, daß selbst die besten Arbeiterschutzgesetze für die Arbeiter wertlos sind, wenn nicht eine straffe Organisation dahinter steht. Daher verpflichten sich die Delegierten, für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen.“

Die Verhandlungen werden nun auf Freitag betagt.



Heute Sonnabend, nachmittags 4 Uhr

Eröffnung unseres **4ten** Geschäftshauses

Schöneberg Haupt-Straße 10 Ecke Vorbergstr.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

fertig und nach Maß

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 37 und der Livree-Katalog Nr. 36 kostenlos und portofrei

Heizt Kocht Beleuchtet

mit

DAPOL

Erhältlich in allen Geschäften, wo dieses Plakat mit dem Indianerkopf aushängt.



Erhältlich in allen Geschäften, wo dieses Plakat mit dem Indianerkopf aushängt.

Garantiert rein amerikanisches Petroleum

Keine Verwechslung mit österreichischem (galiz.) Petroleum

„DAPOL“

**gibt eine helle Flamme
russt nicht, verbrennt geruchlos**

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft

Einige Beispiele unserer frappierenden Billigkeit

NUR NOCH KURZE ZEIT!

Die Restbestände des übernommenen Warenlagers des Kaufhauses

: WEDDING :

sollen nunmehr schleunigst geräumt werden. — Um dieses zu ermöglichen, haben wir die Preise für diese

Restbestände

nochmals ganz erheblich herabgesetzt.

Hauptsächlich kommen zum Verkauf:

- Kleiderstoffe
- Seidenwaren
- Konfektion
- Blusen
- Röcke
- Putz
- Spitzen
- Besätze
- Trikotagen
- Strümpfe, Handschuhe
- Leinen-, Baumwollwaren
- Teppiche, Gardinen, Decken

Am Wäsche- und Schürzen-Lager I. Etage:	Satin-Zierschürze 85 Pf. Wirtschaftsschürze 95 Pf. Creton, extra bun. 75 Pf. Wirtschaftsschürze Pr. Gingham, sehr breit. . . 1.25 Reform-Damenschürze Pr. Satin Augusta 1.65	Am Waschestoff-Lager Parterre:	Tausende Reste und Abschnitte für Blusen und Kleider zum Selbstausuchen auf Tischen :: ausgelegt ::
Am Korsett-Lager I. Etage:	Elegant. Gürtel-Korsett 80 Pf. Spiralfeder-Korsett 95 Pf. Frack-Korsett mit Halter .. 1.45 Untertaillen mit reicher Bekkerol . 80, 95 Pf.	Am Waschestoff-Lager Parterre:	Waschmousseline Mtr. 22-45 Pf. Batiste Mtr. 30-50 Pf. Satin imit. Mtr. 33-52 Pf. Prima Satin Mtr. 48-85 Pf.
3 Serien Kostüm-Röcke zirk. 50 Frdh-Jahre - Kostüme	I II III früher 19-25 14-18 10-15 M. jetzt 12.00 9.75 6.95 M. Wert bis 25.00 M., jetzt durchweg 9.85 M.	Am Kurzwar.-Lager Parterre:	1000 Yards Untergarn jetzt Rolle . 8 Pf. Schweiz Stickerel 5-6 cm br. 4.10 Meier 48-68 Pf. Gummigürtel mit elegantem Verschluss . 25 u. 48 Pf. Elegante Kammgarnturan mit Gold und Simil. 4- u. 6-stellig 95 Pf.

Konfektion
ca. 1000 Stück Waschblusen jetzt 95 Pf. bis 1.95
ca. 500 St. Waschkleidchen für 1-7 Jahre durchweg 95 Pf.
1. Etage: Ein Post. Pa. Wollmousseline Blusen a. Fut. reich garn. 4.95
Ein Posten Matinees u. Morgenröcke früh. Pr. b. 12 M. jetzt durchw. 2.95

Jacques Cohn Müller-Strasse 182-183 Ecke Sellenstr.
Inh. D. FRANZUS

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stellmacher **Wilhelm Grap** am 15. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes am Weihenstepfer Weg aus statt.
82/6 Dr. Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker **Wilhelm Ziermann** am 15. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nichtenberger Gemeinde-Kirchhofes in der Bornitzstraße aus statt.
Nege Beteiligung erwarbt 115/12 Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Vater, der Schriftsetzer **Hugo Westerberg** nach schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Simon-Kirchhofes am Reich-Tempelhofer Weg statt.
20615] Geschwister Westerberg.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Vater, der Köpfer **Hermann Frank** am Mittwoch, den 14. April, plötzlich verstorben ist.
20606
Beerdigung wird noch angezeigt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Marie Frank und Sohn.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und zahlreiche Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Bruders und Schwagers **Hugo Dietrich** sagen wir allen Kollegen, Freunden und Bekannten, die daran teilgenommen haben, unseren herzlichsten Dank.
Karl Hinz nebst Frau geb. Dietrich.

Orts-Krankenkasse Boxhagen - Rummelsburg.
Am Donnerstag, den 29. April dieses Jahres, abends 8 Uhr, findet im Lokal der Ww. Weigel, Türschmidstr. 45, die **General-Versammlung** statt.
273/13
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht.
2. Bericht der Revisoren.
3. Entlassung eines Vorstands-Mitgliedes (Arbeitnehmer).
4. Kasse-Beitrag.
5. Verschiedenes.

Unter Hinweis auf § 66 des Statutensatzes werden die Delegierten hiermit eingeladen.
Boxhagen-Rummelsburg, 15. April 09.
Der Vorstand.
H. L.: Kowalle, Vorsitzender.
Zur Beachtung.
Die in der Generalversammlung vom 30. November 1908 beschlossene Statutenänderung, betreffend Höhe der Kassenbeiträge, ist am 6. März d. J. genehmigt worden und tritt mit dem Tage der Genehmigung in Kraft.
Boxhagen-Rummelsburg, 15. April 09.
Der Vorstand.
H. L.: Kowalle, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse zu Berlin.
Am Sonntag, den 25. April 1909, vormittags 10^{1/2} Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 (Saal 1), die **Ordentliche General-Versammlung** statt, zu der die für 1908/1909 gewählten Vertreter hiermit eingeladen werden.
Tages-Ordnung: 273/10
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1908.
2. Bericht des Prüfungsausschusses und Entlastung des Vorstandes.
3. Definitive Genehmigung eines mit Dr. C. Joseph abzuschließenden Vertrages.
4. Verschiedenes.
Berlin, den 18. April 1909.
Der Vorstand.
Wilhelm Diehl, Vorsitzender.

Gutgehendes Restaurant
In eingetragener Umkleehölzer Halber sofort mit Brauereischiffe im Borort (Norden) zu verkaufen. Bestehend in Parteilosem. Zu erlangen Otto Brandt, Reinickendorf-West, Schornweberstr. 109 II.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
= Unerreichte = Leistungsfähigkeit. **Allein-Verkauf.**
Schweres Leder mit Zwirnketten in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte mit starkem Garn.
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Plücken umsonst.
Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**
Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 - Brückenstr. 23
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 19.
Haupt-Katalog gratis u. franko.
Nachdr. verboten.

Orts-Krankenkasse der Klempner.
Am Sonntag, den 25. April cr., vorm. 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 (Saal 5), die **General-Versammlung** der Vertreter der Stufenmitglieder und Arbeitgeber unserer Klasse statt.
Tagesordnung:
1. Verlesung der Statuten.
2. Bericht des Prüfungsausschusses und Dechargeerteilung.
3. Entlassung von einem Vorstandsmitglied der Arbeitgeber.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin.
Sonntag, den 25. April, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 11:
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung pro 1908.
2. Bericht des Prüfungsausschusses.
3. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung und Dechargeerteilung.
4. Statutenänderung.
5. Verschiedenes.
Die in der Wahlversammlung vom 18. November 1908 gewählten Vertreter werden hierzu eingeladen.
Einladungskarte legitimiert.
Der Vorstand. 20556
August Brunzel, Ewald Petermann, Vorsitzender. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.
General-Versammlung
sämtlicher Arbeitnehmervertreter
Sonabend, den 24. April 1909, abends 8^{1/2} Uhr, im Restaurant des Herrn Polzin, Bornemannstr. 14.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht pro 1908. 2. Bericht der Revisoren und Antrag auf Entlastung des Vorstandes. 3. Kassenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Delegierten ersucht.
273/8
Der Vorstand.
R. Blank, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Ordentliche General-Versammlung
am Sonnabend, den 24. April, abends 9 Uhr, bei Belle, Brannenstr. 41.
Tagesordnung:
1. Bericht der Revisoren. 2. Bericht der Revisoren (Decharge-erteilung). 3. Verschiedenes.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Delegierten ersucht.
273/11
Der Vorstand.
Berlin, den 17. April 1909.

Blumen- u. Kranzbinderei
Aug. Krause,
Wiener Straße 7,
liefert Vereinstränke usw. billig!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1229. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.
Sonntag, den 18. April 1909,
von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr,
findet die Wahl der 30 Delegierten für die **General-Versammlung** in Hamburg

in folgenden Lokalen statt:
Norden: Willes Festsäle, (früher Milbrodt), Müllerstr. 7. Brunnen-Theater, Badstr. 58. Obiglio Festsäle, Schwedter Str. 23. Borussia-Säle, Adlerstr. 6/7. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42. Glenkes Restaurant, Bernauer Str. 82. Schultzes Restaurant, Nagler Str. 13b. Schüdes Restaurant, Röhnhagenstr. 74. **Nordwesten:** Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49. Brauerei Patzenhofer, Turmstr. 25/26. **Nordosten:** Elysium, Landberger Allee 10/11. **Osten:** Bökers Festsäle, Weberstr. 17. Littins Festsäle, Memeler Str. 67. **Südosten:** Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelstr. 15. **Südwesten:** Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. **Südwesten:** Grumbachs Festsäle, Schulzeinstr. 6. **Westen:** Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58. **Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3. **Rixdorf:** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49. Rückhelms Restaurant, Bergstr. 97/98. London Restaurant (Idealpassage), Weichselstraße 8. **Tempelhof:** Müllers Restaurant, Berliner Str. 48/49. **Steglitz:** Clements Restaurant, Döppelstr. 7. **Rummelsburg:** Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56. **Tegel:** Halfes Restaurant, Brunowstr. 23. **Ober-Schöneweide:** Warnecks Restaurant, Wilhelmminenhofstr. 18. **Köpenick:** Ritters Restaurant, Bahnhofsstr. 44. **Spandau:** Huths Restaurant, Lindenstr. 17. **Pankow:** Rozyckis Festsäle, Streunstr. 3/4. **Weißensee:** Roskopfs Festsäle, Königshaussee 38.
Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
Die Stimmzettel werden am Eingange zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege **Otto Handke**, Charlitzstr. 8.

Montag, den 19. April 1909
Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:

- Osten-Lichtenberg: Littin, Memeler Str. 67, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Stralau-Rummelsburg: Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Weißensee: Roskopf, Königshaussee 38, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, ab. 8^{1/2} Uhr.
 - Schöneberg: Meethes Festsäle, Hauptstraße 5-6, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Süden und Südost: Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abds. 8^{1/2} Uhr.
 - Steglitz: Warendorf, Groß-Lichterfelde, Bäckerstraße 22, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Moabit: Prachtsäle Nordwest, Wielestr. 24, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Norden: Raabe, Kolberger Str. 23, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Norden: Franko, Badstr. 19, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Norden: Obiglio, Schwedter Str. 23, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Tegel: Trebeschs Festsäle, Bahnhofsstr. 1, abends 8 Uhr.
 - Spandau: Restaurant „Vorwärts“, Schönwalder Str. 80, abends 8^{1/2} Uhr.
 - Oberschöneweide: Lokal Hasselwerder, abends 6 Uhr.
 - Köpenick: Gesellschaftshaus Grakowsky, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, abends 8^{1/2} Uhr.
- Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung von der Generalversammlung am 4. April. 2. Diskussion. 3. Bekanntgabe des Ergebnisses der Delegiertenwahlen zum Verbandstag in Hamburg.
Für den Entscheidet außerdem: Neuwahl der Bezirksleitung.
Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!
Zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Urban
Bester Schah-Putz
In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: URBAN & LEHN, Charlottenburg.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Bureau: Amienstr. 215. Geöffnet von 9-1 u. 4-8 Uhr. Telefon: III, 938.
Bezirks-Versammlungen
mit nachfolgenden Tagesordnungen:

Sonntag, 18. April 1909, vorm. 9^{1/2} Uhr:
Gruppe der Kunststeinarbeiter
im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthalerstr. 57.
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Gruppenangelegenheiten.
Jür Adlershof bei Kaul, Bismarckstr. 16.
1. Vortrag des Kollegen Weige: Die wirtschaftliche Krise. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Sonntag, 18. April 1909, nachm. 3 Uhr:
Jür Tegel bei Kakies, Berlinerstraße 92.
1. Vortrag des Kollegen Bruns: Wirtschaftskrise und Tarifverträge. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Montag, 19. April 1909, abends 8 Uhr:
Jür Spandau bei Gottwald, Schönwalder Straße 80.
1. Bericht der Bezirksleitung: a) des Bezirksleiters, b) des Kassierers. 2. Bericht vom Kartell. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Gewerkschaftliches (Wahlrecht).
Mittwoch, 21. April 1909, abends 8^{1/2} Uhr:
Jür Südost bei Hahn, Lauffer Platz 8.
1. Vortrag des Genossen Zimmermann: Helmrich Heine als Satiriker. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Mittwoch, 21. April 1909, abends 8 Uhr:
Jür Ober-Schöneweide bei Kabe, Wilhelmminenhofstr. 43.
1. Vortrag des Kollegen Setzler: Das Recht auf Arbeit. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Donnerstag, 22. April 1909, abends 8^{1/2} Uhr:
Jür Norden bei Kramer, Hufstr. 40.
1. Vortrag des Kollegen Bruns: Was müssen wir von der Unfallversicherung wissen? 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, 21. April 1909, abends 8^{1/2} Uhr:
Jür Nordwest bei Kirschkowski, Besselfstr. 9.
1. Vortrag des Kollegen Lantier: Die wirtschaftliche Krise. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Wahl des Bezirksleiters. 5. Verschiedenes.
Jür Osten bei Zietz, Warhanerstr. 61.
1. Vortrag des Genossen Lantier: Die neue Steuerfrage. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Jür Köpenick bei Joeh, Grünauer Straße 7.
1. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. 3. Verbandsangelegenheiten.
Jür Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstr. 3.
1. Vortrag des Genossen Winter: Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Jür Rixdorf bei Hennig, Zietzenstraße 69.
4. Vortrag des Kollegen Sewekow: Das Recht auf Arbeit. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Jür Weißensee bei Content, Lehderstr. 5.
1. Vortrag des Kollegen Bentin: Die deutschen Unternehmerverbände. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Jür Schöneberg bei Gebhard, Gothenstr. 28.
1. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Versammlungen für Köpenick und Weißensee werden pünktlich 8 Uhr eröffnet. 63/11

Sonntag, 25. April 1909, vorm. 9^{1/2} Uhr:
Jür Rummelsburg bei Blum (vom Tempel), Alt-Boxhagen 56.
1. Vortrag des Genossen Zimmermann über: Helmrich Heine. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl von Delegierten. 4. Verschiedenes.
Sonntag, 25. April 1909, nachm. 4 Uhr:
Jür Johannisthal bei Gobin, Roonstr. 2.
1. Vortrag des Kollegen Sewekow: Das Recht auf Arbeit. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung: a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Wieder Andäuerung einer Kontrolle über die Teilnahme an den Bezirksversammlungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder ihre Bücher mitbringen sollen, um den Besuch der Versammlung durch Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können.
Die Bezirksleitungen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
(E. H.-K. No. 29) Filiale VI. 115/11
Heute Sonnabend, den 17. April, abends von 8-12 Uhr:
Stichwahl der Delegierten zur Generalversammlung
im Lokale von H. Glenke, Bernauer Straße 82.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Laekierer.
Sonntag, den 25. April 1909, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
im Restaurant Schumacher, Gläcker Straße 136.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht pro 1908. 20376
2. Bericht der Revisoren.
3. Statutenänderung.
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand.
Robert Zindler, Vorsitzender.
Piano erster Hoflieferantenfirma
weit unter Wert sofort
verkauft Französischer Str. 15, I.

Abessiner-Pumpen
zum Selbststellen
f. Gartenbesitzer und
Landvolksleute
komplett v. 8 M. an
Häufigspumpen,
Gartenströmen
in großer Auswahl.
Erdböhrer leibliche.
Cari Köchlin & Co.,
S.W., Altes-Jacobstr. 18,
am Cranien- u. Hiltner-
straße. (IV 1674.)

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Kreis, Friedrichstadt.

Druckerei-Arbeiter! Sonntag, den 18. April, bei Julius Meher, Oranienstr. 103: Wahlmorgen.

Sechster Wahlkreis. Morgen Sonntag, den 18. April, findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine öffentliche Versammlung statt, in der die Genossin Regina Friedländer über das Thema: „Die Frau im politischen Kampf“ referieren wird. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Lichtenberg. Sonntag früh findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Pankow. Das sozialdemokratische Wahlbureau befindet sich am 19. April, dem Tage der Wahl, bei Eberbach, Berliner Straße 102 („Kurfarsten“). Angesichts der kolossalen Anstrengungen unserer Gegner ersuchen wir insbesondere die Schönhauser, Franz, Buchholzer und Weihenjer, sowie die Genossen der Schönhauser Vorstadt, uns am Montagnachmittag von 5 Uhr ab bei den Wahlarbeiten usw. zu unterstützen.

Am Sonntag, den 18. April, früh Punkt 8 Uhr, findet eine Kubertverbreitung zur Wahl im ersten Bezirk von den bekannten Zahlhabendlokalen aus statt. Die Genossen werden ersucht, Mann für Mann zur Stelle zu sein. Die Parteigenossen der nichtbeteiligten Bezirke (Abteilung Nord) wollen sich Sonntag morgens 8 Uhr pünktlich bei Großkurz, Berliner Straße 27, einfinden. Der Vorstand.

Wilmsdorf-Halensee. Am Montag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Luisenpark, Wilhelmstraße 112, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Frau Louise Ziegler wird das Thema: „Die Frau im politischen Kampf“ referieren. Zu dieser Versammlung sind außer den Frauen auch die Männer zahlreich eingeladen.

Die Flugblattverbreitung zu obiger Versammlung findet heute Sonnabendabend 8 Uhr von allen Bezirkslokalen aus statt.

Groß-Lichterfelde. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Entnahme von Büchern aus der Vereinsbibliothek jeden Sonnabend von 8-10 Uhr im Lokale des Genossen Fritz Währendorf, Baekestraße, stattfinden kann. Der Vorstand.

Scharnberg. Am Sonntag, den 18. April, früh 1/8 Uhr, findet vom Restaurant „Lindenbaum“ aus eine große Agitationstour statt. Außerdem werden die Genossen ersucht, sich heute, Sonnabend, abend zum Halgen des Materials einzufinden. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 18. April, vormittags 8 Uhr, in allen Bezirken von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Der Vorstand.

Niederschönhausen-Nordend. Sonntag, den 18. April, früh 8 Uhr findet eine Handzettelverteilung von folgenden Lokalen aus statt: 1. Bezirk: Plataneustraße, Ecke Kaiserweg bei Reuß. 2. Bezirk: Umlandstr. 68 bei Rattay. 3. Bezirk: Neustiftstraße, Ecke Waldemarstraße bei Bahl, und Nordend, Plankenfelder Str. 17 bei Schüller. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Am Sonntag, den 18. April: Handzettelverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Der Vorstand.

Tegel. Zu der am 27. April stattfindenden Gemeindevorstandswahl findet morgen Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Genossen und Genossinnen! Nur wenige Tage trennen uns von der Gemeindevahl. Rührt die kurze Spanne Zeit aus zur Agitation, damit unser Kandidat, der Genosse Rudolf Arendsee, mit einer imposanten Stimmenzahl gewählt wird. Der Vorstand.

Spandau. Den Genossen, welche sich am Sonntag, den 18., an der Tour nach Gladow beteiligen, zur Kenntnis, daß der Abmarsch mittags 1 Uhr vom Hause des Genossen Max Scior, Gatower Str. 1, erfolgt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Laubenkolonisten „machen mobil“.

In den Laubenkolonien, draußen vor den Toren der Stadt, werden nun wieder die Spaten gerührt. Meint es auch der Frühling noch immer nicht redlich, der April muß ausgenutzt werden, sollen die Radieschen zeitig kommen und die Salatkräpfe nicht allzulange auf sich warten lassen. Noch ist der Tag zu kurz. Die Sonne sinkt, ehe der Großstadtarbeiter Feierabend macht. Da reicht es für Wochentagsarbeit nicht aus. Hier und da kann die Frau mit den größeren Kindern ein wenig vorarbeiten. Die Hauptsache aber bleibt für den Sonntag, der nach Strich und Faden ausgemittelt wird. Schon früh geht es da hinaus aus den dampfenden Straßemeihen der Mietkolonien. Auf dem brachen Baugrund, das sich immer spärlicher zwischen der Riesenstadt und ihren Vororten findet, haben sich in größeren oder kleineren Komplexen die Laubenkolonisten angeheftet. Dort ragen die lustigen, leichteren Sommerhäuschen, aus Brettern und Lattenwerk gezimmert, die nun wieder ihres freundlichen grauen oder grünen Anstrichs harren. Dort legt sich in länglichen Gebäuden, durch niedere, primitive Abgrenzungen getrennt, Gärten an Gärten. Dort harren die gemeinsamen Bauschichten der Reparatur; die Schaufel, der Brunnen, die Regelbahn.

Und frisch geht es aus Werk. Der spät eingezogene Frühling verlangt Akkordarbeit. Da dürfen die Schweitztropfen nicht gezählt werden. Der Winter hat zudem ein wenig arg gehaut: hier hat der Sturm ein Laubdach gelodert, dort eine Platte abgerissen und an anderer Stelle ein ganzes Spalter geknickt. Da beginnt ein lustiges Hämmern. Die Nägel werden nicht gespart, die Sägen freischen und schwerfällig fallen tattmäßige Artschläge dazwischen. Mit dem Anstrich warten die meisten noch: das Wetter ist zu „unbeständig“. Aber für das Umgraben des lockeren Erdbodens ist es gerade gut genug. Da fliegen die Spaten. Strich um Strich wird der Boden umgewühlt und von Steinen, Päden und Unkraut gereinigt. Lange Zeit beansprucht das Umgraben nicht: ein Proletariatsgärtlein ist bald zurechtgestutzt, denn das Ueberharren und das Anlegen der Beete besorgen die anderen Familienmitglieder. Mit dem Auspflanzen der Setzlinge und mit der Aussaat einzelner Gemüse- und Blumenarten heißt es noch ein wenig vorjähren sein, denn selbst hart an den Grenzen der Großstadt vermögen um diese Zeit die Nachfröste noch viel Unheil anzurichten.

In den Laubenkolonien ist nun das Leben erwacht: Und es entfaltet sich dort in immer bunter werdender Mannigfaltigkeit mit dem fortschreitenden Sommer. Was der Großstadt-

proletarier in sich an Liebe zur Natur bewahrt hat, das trägt er hier hinaus auf sein „Nachland“; das hegt er und pflegt er in seiner schlichten Art überall, wo sich ihm die Wunder des Werdens offenbaren. Denn sein Laubenland ist ihm mehr als eine Trägerin köstlicher Bodenerzeugnisse, es ist ihm und seiner Familie eine Stätte der Erholung nach schwerer Werktagsarbeit, eine Stätte ländlichen Friedens und sommerlicher Freuden.

Die Ratsschlüsse der Schulärzte finden bei den Eltern der Schulkinder mehr und mehr Beachtung. In dem letzten Jahresbericht über die Tätigkeit der Schulärzte Berlins, den wir kürzlich hier besprachen, wird hervorgehoben, daß die Eltern in der Mehrzahl der Fälle den Schulärzten Vertrauen entgegenbrachten und für hygienische Ratschlüsse dankbar waren. Fast sämtliche Schulärzte haben über diesen Punkt sich günstig geäußert. Zahlenmäßige Ermittlungen über die Befolgung der Ratsschlüsse sind versucht worden vom Schularzt Dr. Wallenstein, dem der 10. Schulbezirk mit den Gemeindefschulen der Brandenburgerstraße, der Wassertrichterstraße, der Blümlingstraße zugewiesen ist. Dr. Wallenstein stellte im Schuljahr 1907/08 fest, wie viele der von ihm als krank befundenen Kinder in ärztliche Behandlung gekommen waren. Es waren das: 80 von 118 Kindern mit Augenleiden (68 Proz.), 83 von 44 Kindern mit Ohrenleiden (75 Proz.), 20 von 20 Kindern mit Hautkrankheiten (100 Proz.), 22 von 87 Kindern mit Nervenleiden (25 Proz.), 86 von 128 Kindern mit Nasen- und Rachenleiden (67 Proz.), 25 von 76 Kindern mit Wirbelsäuleverkrümmungen (33 Proz.), 15 von 30 Kindern mit Sprachstörungen (50 Proz.). Auffällig ist hier und bedauerlich, daß von den Nervenkranken doch nur wenige ärztlich behandelt wurden. Nämlich daselbe gilt von den Wirbelsäuleverkrümmungen, deren Bedeutung von den Eltern gleichfalls nicht unterschätzt werden sollte. Verlässig ist man ganz Berlin, so standen im Schuljahr 1907/08 in schulärztlicher Lieberwachung unter allen Gemeindeforschülern 1658 wegen Nervenleiden und 2801 wegen Wirbelsäuleverkrümmung. Schulärztliche Lieberwachung ist aber nicht etwa daselbe, wie ärztliche Behandlung. Wenn man die im 10. Schulbezirk ermittelten Prozentziffern der ärztlich behandelten Kinder auf ganz Berlin übertragen will, so muß angenommen werden, daß von den Kindern mit Nervenleiden reichlich 1200 und von denen mit Wirbelsäuleverkrümmungen mehr als 1800 nicht ärztlich behandelt wurden. Ist mag freilich die Mühsal, ein Kind von einem Arzte behandeln zu lassen, an der Kostenfrage scheitern. Die Institution der Schulärzte wird erst dann in vollem Umfange ihren Zweck erfüllen können, wenn die Schule dem Schularzt die von ihm als krank befundenen Kinder auch zur Behandlung überweist. Doch für solche Vorschläge ist unser Stadtfreisinn nicht zu haben, weil das „zu unabwehrbaren Konsequenzen führen“ würde.

Kirchensteuer bei Wischehen. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat kürzlich auf Antrag eines Spezialfalles entschieden, daß auch die Ehe einer evangelischen Ehefrau mit einem jüdischen Ehemann eine Wischehen im kirchengesetzlichen Sinne ist. Der evangelische Teil einer derartigen Ehe wird daher mit Recht zur evangelischen Kirchensteuer herangezogen, wobei es unerheblich ist, daß der Ehemann auch zu Kultusbedürfnissen der jüdischen Gemeinde erhebliche Beiträge leistet. Die Heranziehung des evangelischen Teiles solcher Wischehen zu der Hälfte des Steuerbetrags, zu welcher der Ehemann veranlagt ist, erfolgt auch ohne Rücksicht darauf, ob der evangelische Teil eigenes Einkommen besitzt. Für die Zahlung der evangelischen Kirchensteuer haftet der jüdische Ehemann. Daraus folgt jedoch nicht, daß letzterem die Zahlungsaufforderung zugesandt werden muß.

Man sieht — es ist bei Erlaß des Kirchensteuergesetzes vom 26. Mai 1905 alles sehr reiflich erwogen worden, um möglichst kein Schächeln ungeschoren zu lassen. Und die höchsten preussischen Verwaltungsbehörden lassen es sich nicht nehmen, den Geldsack der Kirche immer noch mehr fallen zu lassen.

Kostenersparnis bei Zwangsversteigerungen. Man schreibt uns: In gewissen Zeitungen, die mit amtlichen Anzeigen vorzugsweise bedacht werden, besonders auch im „Berliner Lokal-Anzeiger“, findet man täglich Versteigerungsanzeigen von Gerichtsvollziehern. Es ist mir aufgefallen, daß manche Gerichtsvollzieher sich darauf beschränken, die zu versteigernden Gegenstände mit einem entsprechenden Sammelbegriff anzugeben, während andere Vollziehungsbeamte jeden einzelnen, auch den kleinsten, fast wertlosen Gegenstand auflisten. Durch letztere Praxis werden die Anzeigen ellenlang, und es entstehen sehr erhebliche Insertionskosten, die natürlich auf die Versteigerungsmasse in Anrechnung kommen. Beispielsweise gehören Versteigerungen von geschäftlichen, namentlich gewerkschaftlichen Einrichtungen zur Tagesordnung. Da es sich hier immer um ziemlich dieselben Einrichtungsgegenstände handelt, sollte der Kollektivbegriff im Inneren genügen. Statt dessen wird jedes einzelne Inventarstück bis auf den Spudnapf und die Streichholzgeräthe angegeben. Das ist um so überflüssiger, als gewöhnlich der Händlerring derartige Einrichtungen in Kauf und Wogen auflauft. Das Ergebnis aus der Zwangsversteigerung durch übermäßig hohe Insertionskosten für den ehe-maligen Besitzer noch ungünstiger zu gestalten, muß als eine Härte erscheinen, die wohl ganz zu vermeiden werden könnte.

Neuartige „Ruheplätze“ in den Parkanlagen plant die städtische Parkdeputation. Man hat beobachtet, daß Tausende erholungsbedürftiger Personen, die auf den Holzbanken nicht Platz finden können, die scharfkantigen niedrigen Bänke der Raseneinfassungen benutzen. Deshalb soll zunächst versuchsweise bei dem großen Spielplatz im Reptoiher Park ein dreiteiliges Eisengitter angebracht werden, welches als einigermaßen bequemer Sitz dienen kann. Bewährt sich die Einrichtung, was zu erwarten ist, so wird sie auch in anderen Parkanlagen erfolgen. Man möge aber darüber nicht die Vermehrung der hölzernen Ruhebänke vergessen. In manchen Scham- und Parkanlagen ist noch immer Mangel an solchen. Die Vorkaufsfrist „Nur für Frauen und Kinder“ hat sich nicht bewährt, da dieselbe von einem großen Teile des Publikums nicht respektiert wird. Sie gibt häufig zu Streitigkeiten Anlaß und soll daher nicht allgemeiner eingeführt werden. Nur an einigen Stellen, beispielsweise am Dönhofsplatz, wo sich erfahrungsgemäß ausnahmsweise viele Frauen, Kinder und Mädchen und Kinder einfinden, bleibt sie bestehen.

Zadel verdient das Verfahren der Direktion des Passage-Theaters, wie es bei Einstellung von Hilfskollektoren geübt wird. Um sich genügende Arbeitskräfte zur Bewältigung des vermehrten Besuches anlässlich der Osterfeiertage zu sichern, hatte sich die Direktion an verschiedene Arbeitsnachweise gewandt. Die Arbeitszeit sollte von 2 Uhr nachmittags bis abends 10 Uhr dauern und mit 2,50 M. vergütet werden. Die bestellten Leute fanden sich, wie uns geschrieben wird, nach einer vorhergehenden Vorstellung am 1. Osterfeiertag nachmittags 1/2 Uhr ein, um ihre Stellung anzutreten. Der Geschäftsführer gab bekannt, daß nur die vom Invalidentag und vom Kriegerverein Geschädigten angestellt würden. Fast alle anderen wurden mit dem Verweisen abgewiesen, daß der Bedarf an Hilfskräften gedeckt sei. — Wenn diese Mitteilungen zutreffen, so verdient das Verhalten der Geschäftsleitung des Passage-Theaters entschieden Tadel; mindestens wäre zu verlangen, daß den Leuten, die bestellt aber nicht angenommen wurden, Ersatz für gemachte Anslagen, wie Fahrgeld usw. geleistet worden wäre, ganz abgesehen davon, daß nur eine bestimmte Gruppe von Personen berücksichtigt wurde.

Die Vertenerung der Anglerarten durch die Rahndorfer und Köpenicker Fischereigenossen hat bekanntlich den Protest zahlreicher Angler hervorgerufen. Eine von Anglern gewählte Kommission hat

sich mit den genannten Jünglingen in Verbindung gesetzt, um die Herabsetzung des auf 10 M. bemessenen Preises für eine Anglerkarte zu erwirken. Die Köpenicker Jünglinge hat aber auf ein Ansuchen überhaupt nicht geantwortet, während die Rahndorfer Jünglinge bereit ist, den Mitgliedern von Anglervereinen insofern entgegenzukommen, als sie ihnen Karten zum Preise von 6 M. für ein beschränktes Gebiet verabfolgen will. Man will von diesem Entgegenkommen Gebrauch machen unter der Voraussetzung, daß sie billigeren Karten in nächsten Jahre für das ganze Gebiet ausgeben. Anglern soll ferner empfohlen werden, von Wollersdorf und anderen Orten Anglerkarten zu beziehen, wo keine Vertenerung eingetreten ist.

Hinweise auf den nächsten Feuerwehrtag sind bekanntlich an den Vorkämpfern zu lesen. Wie uns aus unserem Leserkreis geschrieben wird, sind diese Hinweise in manchen Fällen aber recht unpraktisch. So stünde an der Vorkämpferstraße Ecke Kaiserstraße und Poststraße: Feuerwehrtag Köpenickerstraße, Postamt Hagelberger Straße, während der viel nähere Feuerwehrtag sowie das Postamt sich Köpenickerstraße, Ecke Poststraße befinden. An der anderen Ecke, Poststraße und Bauener Straße, sei zu lesen: Feuerwehrtag Köpenickerstraße, Postamt Poststraße, obwohl diese Seite eine Straßenecke weiter liegt. Da bei Feuerwehrtag jede Minute von Wichtigkeit ist, sei es notwendig, öffentlich auf diesen Umstand hinzuweisen, um entsprechende Aenderungen herbeizuführen.

Zum Selbstmord des Juweliers Max Winter, Lützowstraße 80, der das Amt eines Armenvorstehers und Verwalters einer Sparcassenannahmestelle bekleidete, wird magistratsamtlich berichtet: Die Untersuchungen bei einem Verwalter einer Sparcassenannahmestelle, der sich vergiftet hat, betreffen, soweit bis jetzt festgestellt, keine diesem Verwalter amtlich übergebenen Gelder. Er hat es aber verstanden, die leidige Vertrauensseligkeit des Publikums auszunutzen und Gelder und Sparcassenbücher gegen private Quittungen zu erlangen und für sich zu verwenden.

Von anderer Seite wird uns über den Selbstmordandebaten, entgegen den Mitteilungen der „Morgenpost“, daß W. das Opfer seiner Gutmütigkeit geworden sei, geschrieben:

Als Armenvorsteher war der Verstorbene wenig beliebt. Er gehörte zu jenen Vorstehern, welche die Bedürftigen ohne Rücksicht auf gerade anwesende Kunden in ihrem Geschäftslokalen abfertigen und trotz der monatlich von der Stadt gezahlten Mietentschädigung ein besonderes Sprechzimmer nicht zur Verfügung haben. Mit der Ablehnung von Unterstuhlgesuchen war Winter ziemlich schnell bei der Hand. Es stimmt nicht, daß Winter, wie die „Berliner Morgenpost“ berichtet, das Opfer seiner Gutmütigkeit geworden ist. Wo er aus privaten Mitteln früher einsprang, geschah es infolge einer ziemlich stark entwickelten Grobmannsart, die aber im Verkehr mit der Armut nicht ihren Ausdruck fand. Klopften Arme während der Dienststunden bei der im ersten Stockwerk gelegenen Privatwohnung des Armenvorstehers an, so wurden sie regelmäßig nach dem Geschäftslokalen gewiesen, wo Winter nichts weniger als Gutmütigkeit zeigte und oft recht brüsk auftrat. Ueber die Abfertigung im Geschäftslokalen soll sogar bei der Armenverwaltung Beschwerde eingelegt worden sein, ohne daß Abhilfe erfolgte.

Damen ohne Herrenbegleitung ist der Zutritt verboten. Von der Geschäftsstelle des Vereins „Frauenwohl“ geht uns folgende Zuschrift zu:

Drei Mitglieder des Vereins „Frauenwohl“ wollten am 14. d. M., abends 11 1/2 Uhr, als sie von einer Versammlung nach Hause kamen, in der Nähe ihrer Wohnungen einen kleinen Innhof einnehmen. Sie wollten in das auf ihrem Wege gelegene Café des Inhabers gehen, wurden jedoch vom Portier und später auch vom Inhaber, den sie sich zittern ließen, zurückgewiesen mit dem Bemerkten: „Damit ohne Herrenbegleitung ist der Zutritt verboten“.

Wir bringen diese Tatsache zur öffentlichen Kenntnis und Kritik, weil solche Zustände der modernen Zeit unwürdig sind und man sich dem Ausland gegenüber schämen muß, daß die deutschen Frauen solcher Behandlung ausgesetzt sind. Es kann noch betont werden, daß die drei Zurückgewiesenen sehr ernste, berufstätige Frauen sind. Wer gibt dem Inhaber eines Cafés das Recht, ihnen mit dieser Zurückweisung eine Ehrenkränkung zuzufügen, als ob ein unanständiges Benehmen in dem Lokal von ihnen zu erwarten sei? Oder schänt der Inhaber des Cafés im Eisalast die in seinem Lokal verkehrende Herrenwelt so tief ein, als ob anständige Frauen in seinem Lokal nicht sicher sind?

Mehrere Unfälle auf dem Wasser haben sich bei dem Sturmwetter am Donnerstag ereignet. Trotz des heftigen Sturmes hatten sich zahlreiche Segler und Ruderer auf die Seen hinausgewagt. Auf dem Müggelsee kamen zwei Segelboote zum Kentern, deren Insassen glücklicherweise alle gerettet werden konnten. Auf dem Wannsee gerieten die Insassen eines Ruderbootes in die größte Lebensgefahr. Nicht weit vom Familienbad entfernt war das Boot durch einen heftigen Windstoß auf dem unruhigen Gewässer umgeschlagen worden und die Ruderer, vier junge Leute sätzten in die Fluten. Wäre nicht ein Motorboot in der Nähe gewesen, dessen Mannschaft sich sofort an die Rettung der Gefährdeten machte, so hätte die Sache einen bösen Verlauf nehmen können.

Falsche Ein- und Ausmarschkarten tauchen seit einiger Zeit wieder auf. Die Kassisten, die die Jahreszahlen 1874 und 1907 tragen, sind bis auf die Randprägung recht gut nachgemacht und nur schwer von echten Geldstücken zu unterscheiden. Die Randprägungen sind kaum lesbar. Besonders machen sich die Einmarschkarten durch einen fettigen Glanz bemerkbar. Die Kassamänner versuchen hauptsächlich in den Vororten die falschen Karten unterzubringen. Sie nutzen den regen Verkehr auf den Wochenmärkten für ihre verbrecherischen Zwecke aus.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern nachmittags der 73 Jahre alte Asphaltierer Karl Schaefer aus der Tiedstraße 10. Als er in der Invalidentstraße beschäftigt war, geriet er unter einen Straßenbahnwagen, wurde überfahren und am rechten Arm und an der rechten Körperseite schwer verletzt. Ein Schuttmann brachte ihn nach der Charité.

Die falschen und die wahren Freunde der arbeitenden Jugend lauten das Thema einer von der Freien Jugendorganisation einberufenen öffentlichen Jugendversammlung, die am nächsten Sonntag, den 18. April, nachmittags 2 Uhr, in Graumanns Festsaal, Naumnstr. 20, stattfindet. Referent ist Genosse Max Peters. Die Leiter sämtlicher gegnerischen Jugendvereine sind eingeladen.

Wer ist der Tote? Am 9. d. Mts. ist aus der Habel bei Schildhorn eine zickel 50 Jahre alte unbekannt männliche Leiche gefunden. Die Leiche ist mittelgroß, ohne Schnurrbart, bekleidet mit schwarzem Jacketanzug, dunklem Winterüberzieher, schwarzen Stiefeln, schwarzen Strümpfen, schwarzen Gamaschen; anscheinend den schwarzen Ständen angehörig, rötlicher Bindehäupte. Im Stechfragen Wächergehen P. K. Event. Angehörige bezw. Relozionsagenten wollen sich beim Amtsvorsteher Postkammer Grünwald oder im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, Zimmer 322 II, melden.

Eine Märkische Arbeiter-Schachvereinigung ist am Karfreitag in einer Zusammenkunft in Rowaues gegründet worden.

Gesperrt. Das Mariannen-Ufer wird Unpflasterungsarbeiten halber vom 19. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrtage. In der letzten Nacht um 11 Uhr wurde die Feuerwehrtag nach der Hufelandstr. 4 alarmiert, weil dort eine Frau Laras aus dem Fenster zu springen versuchte. Nach vorübergehender Feuerwehrtag wurde die Keruse wieder ins Zimmer gezogen. Dort lag sie denn betäubt auf dem Fußboden und wurde zu ihrem Schutze der Revierpolizei übergeben. Angeblich soll die Frau morphiumpüchtig sein. Der 1. Zug wurde nach dem Alexanderplatz

gerufen, wo vor dem Bahnhof ein Mann zwischen zwei Straßenbahnwagen geraten war. Nachts um 4 Uhr brannten Jägerstr. 65 Pfeifhaken, Fußboden, Balken u. a. in einem Zimmer. Auf dem Hofe Weberstr. 30 war nachts Papier in Brand geraten. Gestern vormittag 9 Uhr stand in der Wälderstr. 46 das Pflanzengestell in Flammen. In der Leipziger Straße 85 mußte ein Schornsteinbrand beobachtet werden. Weitere Alarme liefen aus der Köpenicker Str. 16, Bernauer Str. 91 u. a. Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Pankow.
Parteiengenossen! Arbeiter! Handwerker! Gemeindevähler!
Am Montag, den 19. April, findet die Gemeindevorwahl im ersten Bezirk statt. Das Wahllokal ist bei Ebersbach, Berliner Straße 109 (im „Kurfarsten“). Gewählt wird in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind:
Arbeiter Johann Hirschmeier,
Kandidat Wilhelm Brall.

Unsere Wähler wollen sich mit Legitimation versehen! Der Gemeindevorstand hat Wahlhinladungen an die Wähler ergehen lassen. Wer von unseren Wählern eine solche Einladung nicht erhalten hat, soll sich diese sofort im Rathaus (Zimmer 25) persönlich abholen.

Wähler Pankow 81 Die vereinigten bürgerlichen Parteien Pankows unter Führung des fastam bekannten Reichslagenverbandes machen ungeheure Anstrengungen, um uns diese zwei Sitze im Gemeindeparkament zu entreißen. Es ist daher eure Pflicht, am Montag, den 19. April, Pankow für Pankow an der Wahl teilzunehmen. Die bürgerlichen Parteien spekulieren auf den hinter uns liegenden Streit; beweist ihnen, daß diese Hoffnung eine verkehrte ist und daß unsere Gegner die Rechnung ohne das Pflichtgefühl der sozialistischen Arbeiter Pankows gemacht haben. Kein Mann von uns darf fehlen!
Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Ueber die am Montag, den 19. April, stattfindende Gemeindevorwahl sprach am Donnerstag Reichstagsabgeordneter Genosse Jubel in gut besuchter Versammlung. Der Referent berührte in seinem vorzüglichen Referat alle großen Fragen unserer Kommunalpolitik, z. B. Verkehrswege, Wertzuwachssteuer, Schulfragen, unentgeltliche Lieferung von Schulbüchern, Schulärzte, Hygiene der Schule, Waisenpflege, Armenpflege usw. Jubel wies überzeugend nach, wie erst durch die Anwesenheit der sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindeparkamenten alle diese Fragen in Fluß gekommen und teilweise durch die Hilfe der sozialdemokratischen Gemeindevorstände erfüllt worden sind. Des weiteren verwies Jubel auf die infame Wahlrechtsverschlechterung im Rixdorfer Stadtparlament und gab den Pankower Genossen mit auf den Weg, auf der Wahl zu sein, da es auch in Pankow so ergehen könne. Der Referent zeigte, daß die bürgerlichen Parteien bei der Wahl geschlossen gegen die Sozialdemokratie auftreten; er ermahnte unsere Wähler, ihnen mit der gleichen Gesinnung zu antworten. Die zwei freigeordneten Sitze — so schloß Jubel seinen mehrstündigen Vortrag — müssen am 19. in unserer Hand bleiben; dafür zu sorgen, hierfür einzutreten, sei die Ehrenpflicht aller Pankower Parteiengenossen. Möge auch in Pankow vorgekommen sein, was da wolle, die Liebe zur Partei müsse alle diese kleinen persönlichen Streitigkeiten überwinden.

Charlottenburg.
Die Amtsräume der Armenpfleger. In Berlin wurde durch den „Vorwärts“ festgestellt, daß manche Armenvorsteher Hirschkuchen, die zu ihnen kamen, nicht in einem besonderen Zimmer abfertigten. Als „Amtszimmer“ für Arme wurde da demütig von dem einen der Korridor seiner Wohnung, von einem anderen der Verkaufsraum seines Ladengeschäftes, von einem Dritten das Gastzimmer seiner Schenkwirtschaft. Derartige beschränkt sich aber nicht nur auf Berlin, sondern kommt leider auch in Charlottenburg vor. Hier hält ein Armenpfleger Weber, der in der Berliner Straße ein Papier- und Galanteriewarengeschäft betreibt, es für zulässig, die Auszahlung von Armegehalt im offenen Laden vorzunehmen. Herr Weber glaubt sogar, Armegehalt einfach durch seine Kassiererin mitauszahlen lassen zu dürfen. Empfindet denn dieser Armenpfleger es nicht als Pflicht, solche Angelegenheiten direkt zu behandeln? Das eine muß man ihm allerdings lassen: er fürchtet nicht, daß die noble Kundenschaft, die in seinem Geschäft ein- und ausgeht, sich durch eine dort ihr Geld abholende Armenempfängerin geniert fühlen könnte. Er sollte aber nicht übersehen, daß doch auch eine Armenempfängerin sich durch seine Kundenschaft geniert fühlen kann.

Ober-Schöneweide.
Wertzuwachssteuer. Nachdem wiederholt die Anregungen unserer Genossen auf Einführung dieser Steuer in der Gemeindevorwaltung bekämpft wurden, hat jetzt die Statokommission den Gemeindevorsteher beauftragt, einen Entwurf zur Einführung der Steuer vorzulegen. Gehorsam, wie manche bürgerliche Vertreter nun einmal sind, ist jetzt aus einem Gegner in mehreren Fällen ein Befürworter geworden, wohl nur aus dem Grunde, weil sich jetzt die maßgebendsten Kreise zu anderer Stellungnahme dieser Steuer gegenüber erklärt haben. — Ein recht dreistes Ansuchen leistet sich die Gasanstalt an die Gemeinde. Den vielen Forderungen nach einem Einheitsgaspreis will sie unter den folgenden Bedingungen gnädigt nachkommen: Der Einheitspreis soll auf 12 1/2 Pf. gesetzt werden, wenn die an die Gemeinde laut Vertrag zu zahlende Abgabe von 5 Proz. der Bruttoeinnahmen aus dem in der Gemeinde verbrauchten Gas auf 2 1/2 Proz. herabgesetzt wird, und die Vertragsdauer (Monopol) auf weitere 20 Jahre, also bis 1909 verlängert wird. Dabei ist zu beachten, daß nach Ablauf des Vertrages der Gemeinde nicht einmal das Recht zusteht, die Anlage zu erwerben. Hoffentlich verliert die Gemeindevorwaltung diese Hoffnungen zu schanden zu machen.

Rummelsburg.
Ein Feuer kam vorgestern früh aus dem Grundstück Wälderstr. 70/71 zum Ausbruch. Bald darauf erschien auch die Rummelsburger Wehr an der Brandstelle. Bei den Aufräumungsarbeiten soll die Wehr entdeckt haben, daß das Feuer vom Eigentümer des Grundstückes, dem soz. Gemeindevorsteher Gorgas, angelegt worden ist. G. wurde hierauf unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Mittermeldungen zufolge soll Gorgas bereits ein Geständnis abgelegt haben.

Königs-Wusterhausen und Umgegend.
Defegiertenwahl zur Orts-Krankenkasse. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, welche der Orts-Krankenkasse zu Königs-Wusterhausen angehören, werden auf die am Sonntag, den 18. April,

nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Korschel (Neues Schützenhaus) stattfindende Vertreterwahl hingewiesen. Die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Vertreter werden den Genossen am Eingang des Saales durch Stimmgeld bekannt gegeben; es wird ersucht, nur diesen Kandidaten die Stimme zu geben.

Tegeel.

Ein Denunziantenstücklein.
Unter dieser Epithymark kennzeichneten wir in unserer Donnerstagsnummer ein hiesiges Lokaltätchen, das aus einem Vorgang zwischen Ausflüglern und einem Genarmen am Karfreitag einen „Landfriedensbruch“ konstruierte. Il. a. befand sich in unserer Notiz folgender Satz: „Daß das Blättchen, eingedenk seiner minimalen Abonnentenzahl, die Zahl 300 schon für eine ungeheuerlich hohe hält, spricht es von Hunderten von Sozialdemokraten.“ Dieser Satz hat es dem Verleger des „Tegeeler Anzeiger“, Herrn Wilhelm Müller, angetan, der uns um Aufnahme folgender Verichtigung ersucht: „Es ist unklar, daß der „Tegeeler Anzeiger“ eine Abonnentenzahl von 300 besitzt. Sie bezieht sich — ausschließlich der beiden Nebenausgaben — auf 1940. Der Verlag des „Tegeeler Anzeiger“, Wilhelm Müller.“

Herr Müller muß offenbar unsere Notiz nicht richtig gelesen haben, sonst könnte er uns nicht um Aufnahme einer solchen Verichtigung ersuchen. Weder haben wir kein Blättchen genannt, noch haben wir die Abonnentenzahl des Denunzianten bekannt geben wollen. Uns lag nur daran, den phantastischen Urheber jener von Berliner Blättern übernommenen Landfriedensbruchnotiz näher zu beleuchten. Und das dürfte uns gelungen sein.

Gerichts-Zeitung.

Polizeileutnant und Rechtskandidat als Geschworener.
Ein Pistolenduell am Großen Stern im Grunewald lag einer Anklage wegen Herausforderung zum Zweikampf zugrunde, mit der sich gestern unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Dr. Schütt die 1. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt waren wegen Zweikampfs in zwei Fällen der Kandidat der Rechte Erich Müller, in einem Falle der Polizeileutnant Johann Rolte, und ferner wegen Kartelltragens der Architekt Heinrich Stahl aus Ragdeburg. — In dem ersten Falle handelte es sich um ein Säbelduell mit Binden und Bandagen, welches zwischen M. und R. ausgedrungen worden war, und zwar zu einer Zeit, als letzterer noch nicht Polizeileutnant war. Die Veranlassung zu der Forderung boten persönliche Differenzen zwischen diesen beiden Angeklagten. In dem zweiten schwereren Fall handelte es sich um folgendes: Der Angeklagte M. hat eine Stiefschwester, die in Beziehungen zu einem Studenten P. getreten war. Diese sollten, nach Behauptung des M., zur Folge gehabt haben, daß seine Stiefschwester kompromittiert wurde. Um die Ehre seiner Schwester reinzuwaschen, verlangte R. von P. die Erklärung, daß dieser die junge Dame heiraten werde. Als sich P. weigerte, ließ ihm M. durch den Mitangeklagten St. eine scharfe Pistolensforderung, die „bis zur Kampfunfähigkeit“ lautete, überbringen. Das Ehrengericht schloß diese Forderung auf „dreimaligen Angelwechsel“ ab. Das Duell fand eines Morgens in aller Frühe in der Nähe des Großen Sterns im Grunewald statt und verlief unblutig. — Staatsanwalt Assessor Drimann beantragte gegen M. sechs Monate Festungshaft, gegen R. vier Monate und gegen St. zwei Monate Festungshaft. Das Gericht erkannte gegen Müller auf vier Monate, gegen Rolte auf drei Monate und gegen Stahl auf drei Tage Festungshaft.

Intimes aus Zentrumskreisen.

Ein Beleidigungsprozess mit kirchenpolitischem Hintergrunde beschäftigte gestern das Schöffengericht des Riegner Amtsgerichts. Kläger ist der Geheimen Regierungsrat Mohr an der königlichen Regierung zu Riegner. Privatbeklagter Rechtsanwalt und Notar Justizrat Dr. Seifert. Kläger und Angeklagter gehören zu den

Führern der hiesigen Zentrumspartei.

Beide gehören zum Vorstand der Riegner katholischen Gemeinde und bekleiden nebst ihren Gemahlinnen Ehrenstellen in den dortigen katholischen Vereinen. Vor einiger Zeit verbreitete sich in jenen Kreisen das Gerücht, die Gattin des Geheimen Regierungsrats Mohr unterhalte Beziehungen zu dem Kaplan Schall. Justizrat Dr. Seifert sagte es deshalb zu verhindern, daß Frau Mohr als Präsidentin des Riegner Zweigvereins des katholischen Frauenbundes für Deutschland gewählt werde. Er wandte sich, da seine Bemühungen erfolglos zu bleiben schienen, an den Kardinal-Bischof Dr. Knopp in Breslau. Dieser verfügte, daß die Begründung des Riegner Zweigvereins zu unterbleiben habe. Aus diesem Anlaß kam es zwischen dem Geheimen Regierungsrat Mohr und dem Justizrat Dr. Seifert zu einer heftigen Redde, die schließlich zur Anstrengung dieses Privatbeleidigungsprozesses geführt hat.

Wie sich aus der Verhandlung ergibt, hat der Privatbeklagte in einer amtlichen Erklärung behauptet, er wisse, daß Frau Mohr den Kaplan Schall monatlang, vielfach bisweilen täglich zweimal, in dessen Privatwohnung besucht habe. Kaplan Schall sei Hausfreund der Familie Mohr. Es bestעה der Verdacht, daß Kaplan Schall mit der Frau Mohr unzüchtigen Verkehr unterhalte. Außerdem habe sich die älteste Tochter des Geheimrats Mohr gerührt, Pfarrer Buchali habe sie wiederholt auf den Mund geküßt und sie „Mein Liebling“ genannt. Pfarrer Buchali weigert diese Behauptung mit Entrüstung zurück.

Bei seiner eidlischen Vernehmung bestritt Kaplan Schall, daß jemals zwischen ihm und Frau Mohr Beziehungen unzüchtlicher Art bestanden hätten. Auf einen Vorhalt des Vorsitzenden, daß Schall einmal in der Wohnung der Frau Mohr mit letzterer in einer Weise verkehrt haben soll, daß ein anwesender Herr äußerlich „zwischen den Weiden ist es nicht ganz loscher“, versichert der Zeuge, daß absolut nichts Anstößiges zwischen ihm und Frau Mohr vorgekommen sei. Weiter belundet der Zeuge, daß eines Tages im Dezember 1907 Frau Mohr in großer Aufregung zu ihm gekommen sei und ihm mitgeteilt hätte, daß sie eben beim Herrn Pfarrer Buchali gewesen sei, um ihn zum Geburtstage einzuladen. Der Herr Pfarrer habe seinen Arm um ihren Rücken geschlungen und sie wiederholt fest an seinen Körper gedrückt. Der Privatkläger, Regierungsrat Mohr, bemerkt, daß er gegen Pfarrer Buchali, Kurat Dietrich und Kaplan Schall den Anzeiger beim Kardinal-Bischof erstattet habe, der auch das Verfahren gegen die drei Geistlichen eröffnet habe. — Pfarrer Buchali erklärt als Zeuge, daß es möglich sei, daß er Frau Mohr an die Schulter gefaßt habe. Etwas Unrechtes glaube er dabei nicht getan zu haben. Er habe die Gepflogenheit, gegen jedermann, ohne Geschlechtsunterschied, etwas zärtlich zu sein. Ferner bestritt er, die 14jährige Gertrud Mohr auf den Mund geküßt zu haben. — Frau Mohr, eine schlanke Blondine von 43 Jahren, die bedeutend jünger aussieht als sie ist, erklärt als Zeugin, daß Pfarrer Buchali ihr

bei einem Besuche den Arm um die Hüfte gelegt und sie wiederholt fest an sich gedrückt habe. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob sie das für unpassend gehalten habe, erklärt sie: „Im höchsten Grade für unpassend, ja für empörend. Ich muß offen bekennen, wenn sich das ein anderer Mann erlaubt hätte, dann würde ich ihm sofort ein paar Ohrfeigen gegeben haben.“ Auf die weitere Frage des Vorsitzenden, ob sie glaube, gegen einen Pfarrer mehr Rücksicht nehmen zu müssen als gegen einen anderen Mann, meint die Zeugin: „Wir haben vor unseren Geistlichen eine ganz besondere Hochachtung.“ Sie habe aber trotzdem den Pfarrer zum Geburtstage einladen lassen, und er sei auch gekommen. Auch Frau Mohr erklärte unter ihrem Eide, daß zwischen ihr und Herrn Schall niemals etwas Unpassendes vorgekommen ist. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob sie etwas davon wisse, daß Pfarrer Buchali ihre Tochter geküßt und sie „mein Liebling“ genannt habe, erklärt die Zeugin: Es ginge das Gerücht, daß Pfarrer Buchali alle Konfirmandinnen auf den Schoß nimmt. Ob das Mädchen erzählt habe, daß der Pfarrer sie geküßt habe, sei ihr nicht erinnerlich. — Bei Erörterung der Frage, ob Pfarrer Buchali das subjektive Empfinden gehabt habe, daß er mit der Umarmung etwas Unpassendes getan habe, erklärt die Zeugin Mohr, daß sie das Benehmen des Pfarrers jedenfalls als sehr unpassend empfunden habe. Der Herr Pfarrer muß daselbe empfunden haben, da er dies schon einmal getan habe und von ihrem Manne gewarnt worden ist. Sie sei im Jahre 1904 sehr krank gewesen, und nachdem sie wieder gesund wurde, habe ihr Mann sie aufgefordert zum Herrn Pfarrer Buchali zu gehen und ihn zu bitten, dem lieben Gott zu danken, daß er sie wieder habe genesen lassen. Bei dieser Gelegenheit habe Pfarrer Buchali sie in derselben Weise umarmt und an sich gedrückt. — Nach langwierigen Einigungsverhandlungen kommt ein Vergleich zustande, wonach der Privatbeklagte erklärt, daß er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Verkehr zwischen Frau Mohr und Kaplan Schall nicht unklar gewesen sei. Er habe die Familie Mohr nicht beleidigen wollen. Darauf nimmt der Privatkläger die Klage zurück.

Zentralverband der freien Händler, Gaukler usw. Besprechung am 17. April. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Drösch, Neue Friedrichstraße 35: Generalversammlung. Gäste willkommen.
Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. Hamburg.) Rühlereverfammlungen: Filiale Berlin 8. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Nagler, Reichsberger Str. 157. — Filiale Berlin 4. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Reckow, Androstr. 26. — Filiale Berlin 6. Heute abend bei Bente, Bernauer Str. 82. — Filiale Rummelsburg. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Blume, Lilienb. 58.
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. April, vormittags 9 Uhr, in der Halle, Pappelallee 15-17: Freireligiöse Vorträge. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn R. H. Baage über „Dualismus“. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Sache der Reichslandsprache wird Genosse Peus heute abend 8 Uhr in den „Arminialen“ sprechen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde findet Ende der Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Pankow, Pankowstr. 111 wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabends beginnt die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Besuch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vorgehen. Gütige Fragen tragen man in der Ehrenrunde vor.

Dr. 18. 1. die Reklamation ist an die in der Berliner Veranlassung bezeugte Behörde zu richten. 2. In Rixdorf. — M. 7. 13. 1. Mit Einmütigkeit des Reichsoberlandesrats ja. 2. Nein. — M. 7. 20. Reineswegs. — M. 3. 102. Ab- und Anmeldeung muß erfolgen. — G. 25. 1-3. Nein. Ein Wählrecht steht nur der Witwe oder dem Witwer und den Kindern zu. — S. 42. Wenden Sie sich an das Bureau der städtischen Heimstätten, Neue Friedrichstr. 10. Die Aufnahme ist kostenlos. — Wagnen. fordern Sie den Wert zur Beilegung der Einbringlinge auf, sehen Sie ihm eine angemessene Frist, drohen ihm, falls nach Ablauf der Frist die Güter nicht eingekauft sind, würden Sie auf Kosten des Wertes dieselben durch einen Kammerjäger ermitteln lassen und führen Sie diese Drohung aus. Die Kosten können Sie nach Ihrem Vertrag nicht gegenrechnen, sondern müssen sie einlagen. Das Recht auf Aufhebung des Vertrages steht Ihnen nicht zu. — C. 23. Nein. — G. 2. 21. Ein Einspruch hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — M. 2. 2. 28. Ein notariell beglaubigtes Anerkenntnis genügt. — Rente 3. Die Krankenversicherung ist von der Invalidenrente unabhängig. — F. M. Falls nicht etwa im Urteil Ihrer Frau ein Teil der Kosten aufgelegt ist, hat sie keine Kosten zu zahlen. — Frohlich 23. Eine Klage auf Scheidung hätte in Ihrem Fall Aussicht auf Erfolg.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft flau, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Zufuhr nicht genügend, Geschäft ruhig, Preise behauptet. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 16. April 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. u. G. hoh. u. G.	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. u. G. hoh. u. G.
Stettin	763,2	W	2 molken	8	Dachau	759,2	SW	bedeckt	-1
Hamburg	766,2	W	2 molken	4	Leipzig	752,0	NO	2 bedeckt	2
Berlin	765,2	W	2 molken	2	Stettin	759,2	W	4 bedeckt	11
Frankfurt	766,0	W	3 molken	3	Aberdeen	758,2	SW	1 halb bb.	5
Breslau	766,0	W	4 halb bb.	6	Paris	763,0	W	1 halb bb.	9
Wien	766,2	W	2 molken	5					

Wetterprognose für Sonntag, den 17. April 1909.
Zunächst meist heiter, am Tage wärmer bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung mit etwas Regen.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15. 4.	am 14. 4.	Wasserstand	am 15. 4.	am 14. 4.
Remel, Teltow	446	-14	Saale, Großh.	184	+22
Regel, Jüterburg	71	0	Saale, Spandau	134	+2
Weißel, Horn	278	-10	Elbe, Rathenow	129	+1
Oder, Rathow	279	-11	Elbe, Sternberg	94	0
Stroßen	245	-1	Elbe, Seeslow	187	-3
Frankfurt	244	-13	Elbe, Rindow	2	+16
Wartze, Schrimm	228	-6	Elbe, Rindow	67	+18
Wandberg	272	-10	Elbe, Paritz	454	+14
Rehe, Borsdamm	131	+2	Elbe, Rindow	184	+16
Elbe, Rindow	68	+8	Elbe, Rindow	209	+33
Elbe, Rindow	-2	+30	Elbe, Rindow	218	+82
Elbe, Rindow	258	+12	Elbe, Rindow	175	+13
Elbe, Rindow	215	-9	Elbe, Rindow	106	+7

+) bedeutet Hoch, -) Niedrig. —) am 15. um 6 Uhr nachm. Wasserstand 34 cm.

IMK wöchentliche Teilzahlungen liefern elegante, fertige Herren-Garderoben. Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. 250L* Julius Fabian, Schneidermeister, 1. Geschäft: NO., Gr. Frankfurter Str. 38 II, Eingang Strausberger Platz. 2. „ NW., Turmstraße 18 I.